



## **Ernährungssicherung und Energieversorgung zwischen Eigeninteressen und globaler Gerechtigkeit**

Internationale Experten Dialog-Konferenz  
3. und 4. April 2009, Lusaka, Sambia

Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden  
Herausgeber: Deutsche Kommission Justitia et Pax  
Redaktion: Gertrud Casel

---

**Ernährungssicherung und Energieversorgung zwischen Eigeninteressen und globaler Gerechtigkeit.** Internationale Experten Dialog-Konferenz am 3. und 4. April 2009, Lusaka, Sambia

*Texte und Fotos (wenn nicht gesondert gekennzeichnet) von **Luise Richard**, Dipl.-Ing.agr. und Freie Journalistin, Drensteinfurt, Arbeiten u.a. für die Fachpresse und Unternehmen in der Land- und Ernährungswirtschaft sowie für soziale Einrichtungen:  
[www.redaktionsbuero-richard.de](http://www.redaktionsbuero-richard.de)*

Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden, Heft 120

Redaktion: Dr. Hildegard Hagemann

ISBN 978-3-940137-31-9

Bonn, April 2010

---

Auslieferung:

Justitia et Pax, Kaiserstr. 161, D - 53113 Bonn,

Tel: +49-228-103217 – Fax: +49-228-103318 - Internet: [www.justitia-et-pax.de](http://www.justitia-et-pax.de)

E-Mail: [Justitia-et-Pax@dbk.de](mailto:Justitia-et-Pax@dbk.de)

|  |    |
|--|----|
| <b>Vorwort</b>   | 5  |
| <i>Bischof Dr. Stephan Ackermann</i>   |    |
| <br>   |    |
| <b>Einführung</b>  |    |
| <br>   |    |
| <b>Entscheiden und Handeln aus Erfahrung</b>   | 7  |
| Internationaler Agrarhandel zwischen Ernährungssicherung,<br>Energieversorgung und Handelsliberalisierung. Konferenz mit Exposure-Wissen                     |    |
| <br>   |    |
| <b>Erfahrung besser als Unterweisung</b>   | 10 |
| EDP und Erwachsenenbildung<br><i>P. Dr. Peter Henriot SJ</i>   |    |
| <br>   |    |
| <b>Teil I Recht auf Nahrung</b>  |    |
| <br>   |    |
| <b>Neue Konzepte globaler Partnerschaft erforderlich</b>   | 13 |
| <br>   |    |
| <b>Respekt vor der Menschenwürde ist das Geheimnis des Friedens</b>  | 20 |
| <i>Prof. Dr. Markus Vogt, Universität München</i>  |    |
| <br>   |    |
| <b>Menschen sind Gemeinschaftswesen</b>  | 25 |
| <i>P. Dr. Peter Henriot SJ, JCTR Lusaka</i>  |    |
| <br>   |    |
| <b>Wir sehen nur die Spitze des Eisbergs</b>   | 31 |
| <i>Miniva Chibuye, JCTR Lusaka</i>   |    |
| <br>   |    |
| <b>Die Landwirtschaft in Sambia bietet eines der größten Potentiale für eine<br/>Steigerung des Wirtschaftswachstums und für eine Reduzierung der Armut.</b> | 35 |
| <i>Cosmore Mwaanga,<br/>Ministerium für Landwirtschaft und Genossenschaften, Sambia</i>  |    |
| <br>   |    |
| <b>10 Punkte europäischer und deutscher Agrarpolitik: Kriterien für und<br/>Auswirkungen auf nationale und internationale Marktregulierung</b>               | 41 |
| <i>Bärbel Höhn, Mitglied des Deutschen Bundestages</i>   |    |
| <br>   |    |
| <b>Teil II Ernährungssouveränität oder Exportorientierung</b>  |    |
| <br>   |    |
| <b>Zwischen Ernährungssicherung und (Export-)Marktorientierung:<br/>Zielkonflikt der realen Agrarpolitik</b>   | 49 |
| Protokoll der Podiumsdiskussion  |    |

### **Teil III Genetisch veränderte Organismen (GVO) – Gefahr oder Chance für die Ernährungssicherheit?**

|  |    |
|--|----|
| <b>Welche eigenen Wege können Entwicklungsländer gehen?</b><br>Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge | 61 |
|--|----|

### **Teil IV Internationaler Handel unter den Aspekten Ernährungssicherung und Energieversorgung**

|   |    |
|---|----|
| <b>Nur fairer Handel trägt zur Armutsbekämpfung bei</b><br><i>Angela Mwape Mulenga,</i><br><i>Consumers' Unity and Trust Society (CUTS-ARC), Sambia</i> | 73 |
|---|----|

|   |    |
|---|----|
| <b>Die Regionen können anders an ihrer unterschiedlichen Wirtschaftskraft<br/>arbeiten, als unter jedem globalen Freihandelsabkommen</b><br><i>Ulrich Kelber, Mitglied des Deutschen Bundestags</i> | 79 |
|---|----|

|   |    |
|---|----|
| <b>Den Handel verändern: ‚Pro-Poor‘ und ‚Aid for Trade‘</b><br>Bericht zur Diskussion | 83 |
|---|----|

### **Teil V Erntezeit**

|   |    |
|---|----|
| <b>Wohin kann die Reise gehen?</b><br>Ergebnisse der Arbeitsgruppen / Protokoll | 89 |
|---|----|

|   |    |
|---|----|
| <b>Ernährung an erster Stelle: Politische und wirtschaftliche Bedürfnisse</b><br>Rückblick der Beobachter | 96 |
|---|----|

|                 |    |
|-----------------|----|
| <b>Nachwort</b> | 98 |
|-----------------|----|

*Dr. Hildegard Hagemann (Sachbereich Entwicklung) und  
Prof. DDr. Johannes Wallacher (Philosophische Hochschule München),  
Deutsche Kommission Justitia et Pax*

### **Anhang:**

|  |     |
|--|-----|
| Programm der Konferenz                   | 105 |
| Teilnehmerliste der Konferenz            | 109 |
| Partnerorganisationen                    | 113 |
| Basic Needs Basket: Lusaka, Februar 2009 | 115 |
| Abkürzungsverzeichnis                    | 117 |

## Vorwort

„Das Drama des Hungers und das Problem der Unsicherheit auf dem Gebiet der Ernährung können nur überwunden werden, indem man die strukturellen Ursachen, die sie hervorrufen, beseitigt und die landwirtschaftliche Entwicklung der ärmsten Länder fördert... das muss verwirklicht werden, indem man die lokalen Gemeinschaften in die Auswahl des Ackerlandes und die Entscheidungen bezüglich seiner Nutzung mit einbezieht.“ (CiV 27) Papst Benedikt XVI. beschreibt damit in der Enzyklika Caritas in Veritate (CiV) einen Zusammenhang, den die Deutsche Kommission Justitia et Pax seit mehreren Jahren in ihren Arbeitsauftrag einbezogen hat.

Im Dezember des Jahres 2005 veröffentlichte die Deutsche Kommission Justitia et Pax zusammen mit der Katholischen Landvolkbewegung und der Katholischen Landjugendbewegung ein gemeinsames Positionspapier „Agrarhandel als Testfall für gerechte Welt-handelsbedingungen“. Das Papier widmet sich der Problematik der Gestaltung eines gerechten Weltagrarhandels, der die Interessen kleinbäuerlicher Familien im Norden und im Süden nicht gegeneinander ausspielt, sondern die Konzepte der Ernährungssouveränität, der nachhaltigen ländlichen Entwicklung und der multifunktionalen Landwirtschaft in ihrer Gemeingültigkeit unterstreicht.

Der politische Dialog über agrarpolitische und agrarhandelsbezogene Themen kann nicht auf nationaler Ebene stehen bleiben. Fragen der Ernährungssicherung und der nachhaltigen Energieversorgung müssen im Licht des Menschenrechts auf Nahrung betrachtet werden, das für alle Menschen auf der Welt Richtung geben muss. So sollte der Dialog auf internationaler Ebene geführt werden, um die Erfahrungen von Partnern in den agrarisch orientierten und armen Ländern einzubeziehen. Nur so können gemeinsame Lösungsansätze für nachhaltige und entwicklungsförderliche Landwirtschaft erarbeitet werden.

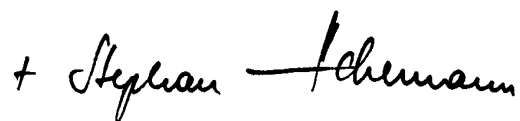
Das Jesuit Centre for Theological Reflection (JCTR) in Sambia, die Caritas Kasanaensis und der Rukararwe Partnership Workshop for Rural Development (RPWRD) in Uganda sind gleichgesinnte Partner, die sich ebenfalls dem Auftrag verpflichtet sehen, den Ursachen des Hungers und der Armut entgegen zu wirken und lösungsorientiert zu arbeiten. Mit ihnen wurde es möglich, zum Einen die Lebensrealität kleinbäuerlicher Familien mit Hilfe eines Exposure- und Dialogprogramms zu vermitteln. Zum Anderen fand ein wissenschaftlicher und politischer Diskurs mit Akteuren aus Regierung, Landwirtschaft und Agrarindustrie vor Ort im Rahmen einer internationalen Konferenz am 3. und 4. April

2009 in Lusaka statt. Im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Menschen, deren Lebensumstände und Zukunftsperspektiven sich durch die Entscheidungen der Politik und die wirtschaftlichen Aktivitäten verbessern sollen.

Auch diese Orientierung hat Papst Benedikt XVI. in seiner Grußbotschaft an den Generaldirektor der Food and Agricultural Organisation (F.A.O.) anlässlich des Welternährungstages am 16. Oktober 2009 gestärkt: „Die Erfahrung zeigt, dass auch die fortschrittlichsten technischen Lösungen wenig bewirken, wenn sie nicht auf den Hauptakteur, die Person bezogen sind, die in ihrer spirituellen und materiellen Dimension Ursprung und Zweck allen Handelns ist.“

Die vorliegende Dokumentation der Internationalen Fachkonferenz „Ernährungssicherheit und Energieversorgung zwischen Eigeninteresse und globaler Gerechtigkeit“ zeichnet die gemeinsame Arbeit der Partnerorganisationen in der Vorbereitung nach. Sie veröffentlicht die Beiträge und stellt die Ergebnisse der Diskussionen zusammen. Auf ihnen aufbauend, gilt es nun, Einzelthemen zu vertiefen und sie mit weiteren Akteuren, z.B. aus der Agrarindustrie zu diskutieren, um damit das Bewusstsein für die Verantwortung kommenden Generationen gegenüber weiter zu stärken. Dieses hat sich die Deutsche Kommission Justitia et Pax für die Arbeitsperiode 2009 bis 2014 vorgenommen, zusammen mit unseren Partnern hier und dort.

Trier/Bonn, 30.03.2010

A handwritten signature in black ink that reads "Stephan Ackermann". The signature is written in a cursive style with a small cross at the beginning.

Dr. Stephan Ackermann  
Bischof von Trier  
Vorsitzender der Deutschen Kommission Justitia et Pax

## Entscheiden und Handeln aus Erfahrung

*Internationaler Agrarhandel zwischen Ernährungssicherung, Energieversorgung und Handelsliberalisierung.*

*Konferenz mit Exposure-Wissen, Lusaka, 3. April 2009.*

Im Best Home Lodge ist die (hier dokumentierte) Fachkonferenz angesetzt zum Thema „Food Security and Energy Supply between Self-Interest and Global Justice“. Zwei Tage dauert die internationale Konferenz mit Teilnehmern<sup>1</sup> aus mehreren afrikanischen Ländern und aus Europa, mit Teilnehmern von Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen, von Interessenverbänden, Gewerkschaften, aus der Politik, von kirchlichen Trägern und aus der Wissenschaft.

Jeder hat einen anderen Blickwinkel auf die Problematik, jeder einen anderen Hintergrund, jeder ein anderes Wissen, jeder eine andere Entscheidungsbefugnis. Sie alle eint das Bestreben, in der Diskussion miteinander und im Austausch voneinander zu lernen. Sie alle eint die Sorge um gerechte Lösungen, anwaltschaftlich für die Ärmsten und Hungernden, politisch-pragmatisch mit dem Ziel des Machbaren und Durchsetzbaren und vor dem Hintergrund der jeweils spezifischen politischen Gegebenheiten in Afrika und Europa.

Wie können die Millenniumsziele, insbesondere das Ziel, den Hunger in der Welt bis 2015 zu halbieren, erreicht werden? Können sie überhaupt noch erreicht werden? Gibt es ein Recht auf Nahrung und was macht dieses Recht aus? Nur das Sattwerden oder auch die Qualität der Nahrung? Was können und müssen die Industrienationen leisten? Was ist auf Seiten der afrikanischen Partnerländer zu tun? Können und wenn ja, wie können Nahrungssicherung, Energieversorgung und Handelsliberalisierung in Einklang gebracht werden? Wo liegen die Chancen, wo die Gefahren der Globalisierung und des freien Handels?

Die Konferenz, von der Deutschen Kommission Justitia et Pax in Zusammenarbeit mit dem Jesuit Centre for Theological Reflection (JCTR) organisiert, hat Fachleute der unterschiedlichen Richtungen an einen Tisch gebracht, um die jeweils anderen Erfahrungen, Kenntnisse und Meinungen auszutauschen. Es werden keine Verhandlungen geführt, kein Positionspapier wird am Ende stehen, es werden keine konkreten Entscheidungen

---

<sup>1</sup> In dieser Dokumentation wird der Einfachheit und der Lesbarkeit des Textes halber in der Regel die männliche Schreibweise gewählt, die Männer und Frauen gleichermaßen meint.

gefällt. Es geht lediglich darum, in einen Dialog zu treten. Der Anspruch ist bescheiden und ambitioniert zugleich. Denn alle nehmen nicht nur theoretisches Wissen mit nach Hause, sondern auch Erfahrungen aus eigenem Erleben.

Wer von den europäischen Konferenzteilnehmern hier sitzt, hat zuvor an einem mehrere Tage dauernden Exposure- und Dialogprogramm (EDP) teilgenommen. Jeweils zwei Teilnehmer haben, begleitet von einem Fazilitator (einheimischen Vermittler), in ausgesuchten Gastfamilien im Norden und Süden Ugandas sowie in Sambia den Alltag erlebt. Das tägliche Wasserholen, die quantitativ und qualitativ eingeschränkte Nahrungsgrundlage, die Sorge um das Schulgeld der Kinder, die Handarbeit, um das Feld zu bestellen und die Kühe zu melken, Krankheiten und Tod. Aber auch den Aufbruch vieler, mit Ideen und Einsatz ihre ganz persönliche Lebens- und Arbeitssituation zu verbessern. Welche Mühsal mit den einfachsten Arbeiten wie zum Beispiel Wasser oder Feuerholz holen verbunden ist, ist nur begreifbar, wenn man es mitmacht. Der Widerspruch zu einem Leben im relativen Überfluss könnte größer nicht sein.

Die Konferenz bedeutet für die europäischen Teilnehmer persönlich eine Rückkehr in gewohnte Strukturen mit ausreichend Nahrung, gutem Wasser und sanitären Einrichtungen. Was bleibt und was auch die Diskussionen maßgeblich beeinflusst, ist der nachhaltige Eindruck des Alltags von Millionen und Milliarden Menschen auf der Welt, die beispielsweise nicht frühstücken, weil nicht genug da ist, und die jeden Tag dasselbe essen, weil sie nichts anderes haben.

In den Köpfen bleibt die persönliche Ebene der einzelnen Familien: Dass vor allem die ländliche Bevölkerung arm ist, obwohl sie selbst Nahrungsmittel produziert. Dass das Geld für die Behandlung von Krankheiten nicht mehr für Bildung, Investitionen oder den täglichen Bedarf zur Verfügung steht. Dass Bauern keinen adäquaten Zugang zu Märkten haben. Wie sehr mangelhafte Strukturen (z. B. Straßen, Bildung, traditionelle Handelsweisen) Veränderungen behindern, aber was auch möglich ist, wenn die politischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingen verbessert werden. In der Konferenz und vor allem im Anschluss daran geht es darum, diese persönlichen Erfahrungen mitzunehmen, sie zu transformieren auf übergeordnete Ebenen von Politik, Kirche, Wirtschaft und Gesellschaft und in Entscheidungen einfließen zu lassen.

Eine Herausforderung sondergleichen. Denn die Probleme werden nicht kleiner. Just hat die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) beim Welternährungsgipfel Zahlen vorgelegt, wonach die Zahl der Hungernden nicht geringer wird, sondern im Gegenteil schneller wächst als die Weltbevölkerung.



Lernen aus Anschauung, Verstehen durch Zuhören, Handeln aus Erfahrung. Das ist das Ziel. Der vorliegende Dokumentationsband aus der Schriftenreihe Gerechtigkeit und Frieden der Deutschen Kommission Justitia et Pax hat die Diskussionsbeiträge der Internationalen Konferenz in Lusaka zusammengefasst und will Einblicke geben in die Argumentation der Konferenzteilnehmer.

## **Erfahrung besser als Unterweisung**

*EDP und Erwachsenenbildung*

*Dr. Peter Henriot SJ, Direktor, JCTR, Lusaka (,EINBLICKE', 4/2009)*

Kürzlich wurde ich an die Einsichten des bedeutenden brasilianischen Pädagogen Paulo Freire erinnert, als ich an etwas teilnahm, das sich Exposure- und Dialogprogramm (EDP)<sup>2</sup> nannte. In Kooperation mit dem Jesuit Centre for Theological Reflection (JCTR) brachte das EDP 18 Fachleute aus Deutschland und Belgien zusammen, um sich mehrere Tage auf das Leben in ländlichen Gemeinden in Uganda und Sambia einzulassen sowie an einer Konferenz zu dem Thema Ernährungssicherung teilzunehmen.

Freire war Verfechter einer Pädagogik, die Erfahrung höher bewertet als Unterweisung. Er war der Auffassung, dass konkrete Erfahrungen dazu beitragen, Fragen aufkommen zu lassen, für die Menschen bereits einige Antworten haben; Antworten, die den Verstand und die Herzen für weiteres Lernen öffnen. Die Teilnehmer des EDP waren für mich eine Bestätigung Freires Theorie. Nachdem sie mit sehr armen Familien in afrikanischen Dörfern gelebt hatten, kamen die einzelnen Teilnehmer mit begeisterten Fragen, frischen Perspektiven und geschärfter Leidenschaft zur Konferenz. Sie waren in der Lage, über eine „romantisierte“ oder idealisierte Sicht auf die Kleinbauern hinaus den Blick auf ein kritisches Verständnis politischer, ökonomischer, sozialer und kultureller Beschränkungen der Landwirtschaft zu richten und wie all dies mit den Herausforderungen Ugandas und Sambias in einer zunehmend globalisierten Welt zusammenhängt.

Mein persönliches Interesse galt jedoch der Art und Weise, wie einige der sozialen Werte, auf die sich die Arbeit von JCTR konzentriert, in der auf den Erfahrungen beruhenden Diskussion der Konferenz zur Sprache kamen. Die Kernpunkte der Soziallehre der Kirche wie Menschenwürde, Rechte, Gerechtigkeit, Solidarität, Gemeinschaft und die Optionen für die Armen flossen ohne Weiteres einfach in die Debatte über Ernährungssicherung ein. Die kirchliche Soziallehre bot einen Rahmen für die Diskussionen, die hoffentlich – zurück in Deutschland – auf das politische Engagement für Themen wie Handel, Entwicklungshilfe, Umwelt, Gender und globale Entscheidungsprozesse, Einfluss nehmen werden. „Exposure“ fördert ein wirklichkeitsnahes Verständnis der kirchlichen Soziallehre – und dies hat sicher erfreuliche Auswirkungen!

---

<sup>2</sup> Exposure- und Dialogprogramme e.V. arbeitet im Auftrag der Deutschen Kommission Justitia et Pax und führte vom 27. März bis 6. April 2009 ein EDP zum Thema „Internationaler Agrarhandel zwischen Ernährungssicherung, Energieversorgung und Handelsliberalisierung“ in Uganda und Sambia durch, das mit der hier dokumentierten Konferenz in Lusaka abschloss.

# **Teil I**

## **Recht auf Nahrung**



## **Neue Konzepte globaler Partnerschaft erforderlich**

*Auszüge aus den Diskussionsbeiträgen zum Thema ‚Recht auf Nahrung‘*

### **Argumente für Akteure**

Das Jesuit Centre of Theological Reflection (JCTR) in Lusaka ist eine Einrichtung, die mit wissenschaftlicher Forschung u.a. Daten über den Status quo (JCTR Rural Basket und JCTR Basic Needs Basket) erhebt, dem politischen Diskurs zur Verfügung stellt und politische wie gesellschaftliche und volkswirtschaftliche Forderungen daraus ableitet, um die Lebenssituation der Menschen in Sambia zu verbessern. Um z. B. einen vollkommenen Schuldenerlass Sambias zu erreichen, braucht das Land Argumente und Hinweise für eine sinnvolle Strategie. Es muss Antworten auf dringende Fragen geben, die an der Mikroökonomie ausgerichtet sind und die Bedarfe einzelner Haushalte, die individuellen Lebensbedingungen, die Ernährungsfrage, Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft, Umwelt, Bildung, Zugang zu Schulen oder Zugang zu Märkten betreffen.

Aus diesen einzeln zusammengetragenen Mosaiksteinen an Informationen muss das Wissen auf die nächst höheren Ebenen transportiert werden: Wie kann eine nationale Politik aussehen? Wie kann good governance / gute Regierungsführung bewerkstelligt werden? Wie die Verringerung der Korruption? Wie können Maßnahmen die Gesellschaft durchdringen und die Bevölkerung erreichen, ohne dass sie wie ein Tropfen auf dem heißen Stein verdampfen? JCTR gibt hier sachlich fundiert Informationen und leitet im politischen Dialog daraus resultierend konkrete Forderungen ab.

### **Recht auf Nahrung – quantitativ wie qualitativ!**

Entwicklung muss an der Wurzel ansetzen, so Markus Vogt (Universität München). Das in Sambia wie Uganda durchgeführte EDP (Exposure- und Dialogprogramm) helfe, aus europäischer Sicht Probleme direkter zu erfassen, auch wenn nicht sofort eine Lösung zu erkennen sei. Die Kirche selbst engagiere sich aus ihrem christlichen Anspruch heraus in Afrika und sei wichtigster Akteur, um Ungleichheit als Folge der Kolonisation zu mindern. Die Würde des Menschen sei der Schlüssel, um aus dem Blickwinkel der eigenen Verantwortung (Europas) zu handeln. Die Akteure bewegen sich dabei in einen Spannungsfeld: Wie sind Ernährungssicherheit und Lebensmittelproduktion zu gewährleisten? Welche Rolle wird die Erzeugung von Bioenergie im Hinblick auf die Lebensmittelproduktion spielen, welche Chancen bringt sie, welche Nachteile sind damit verbunden? Welchen Einfluss hat der Klimawandel auf die Landwirtschaft? Kann Gentech-

nik (als neue Grüne Revolution) ein Ausweg sein oder ist es nicht eher ein Irrweg? Allem zugrunde liegt das Recht auf Nahrung als Menschenrecht (ausführlich Seite 20ff).

Der Leiter des JCTR, P. Dr. Peter Henriot SJ, legte dar, dass das Recht auf Leben, auf die Unversehrtheit des Menschen auch das Recht auf Nahrung umfasst. Gemeinsame Mahlzeiten seien für das Leben der Menschen in Gemeinschaft extrem wichtig. Das Recht auf Nahrung beinhalte auch das Recht auf adäquate Ernährung dieser und zukünftiger Generationen. Wer sich damit beschäftige, müsse sich um die Produktionsbedingungen (z. B. den Zugang zu Boden oder auch Nachhaltigkeit) kümmern, um Gender-Aspekte und die Rolle der Frauen bei der Ernährungssicherung und der Beschaffung von Nahrung einerseits und dem Recht, selbst ebenfalls ausgewogen ernährt zu werden, andererseits. Henriot forderte, die ursächlichen Gründe für den Hunger zu suchen. Er forderte für Sambia, das Recht auf Nahrung in die Verfassung aufzunehmen, damit es ein einklagbares Recht werde und die finanzielle Förderung nicht so einfach gestrichen werden könne. Landwirtschaft müsse einen anderen Stellenwert in der Gesellschaft bekommen, die Ernährung auch von Kindern (z. B. über die Schulen) gefördert werden (ausführlich Seite 25ff).

### **Wie kann das Recht auf Nahrung gesichert werden?**

Wenn man von einem Recht auf Nahrung ausgeht, wie ist es zu sichern? Eine Verankerung in der Verfassung bedeute noch nicht, so Peter Henriot, dass damit die Regierung über Nacht alle Menschen mit Lebensmitteln versorgen könne. Aber die Regierung müsse dann Fortschritte sichtbar machen. Wenn es ein Armutsbekämpfungsprogramm gebe, müsse die Regierung nachweisen, dass sie das Geld zweckgebunden verwendet. Die Bürger erhielten ein einklagbares Recht. Und nicht nur sie, sondern auch Interessengruppen wie die Kirche oder beispielweise das JCTR. Firmen könnten auf der anderen Seite dahin gehend kontrolliert werden, ob sie Mindestlöhne zahlen und ihre Arbeiter die nötige Nahrung auch kaufen könnten. Das ist ein Argument auch bei Investments von ausländischen Firmen – auch sie wären dann zu kontrollieren, ob sie Sozialstandards einhalten, Mindestlöhne zahlen, die Umwelt schonen etc. Ein verfassungsmäßiges Recht auf Nahrung ziehe weite Kreise und setze einen gesetzlichen Rahmen fest, der sich auch auf die gesamte Entwicklung einer Kultur eines Landes erstreckt.

Sambia befinde sich derzeit in einer Neuordnung der Verfassung. Das Land brauche klare und gesicherte Verhältnisse, nicht mit unterschiedlichen Regierungen immer wieder wechselnde Verfassungen. Derzeit gibt es einen sehr kontroversen Diskurs über eine neue Verfassung. Die Kirche oder andere gesellschaftliche Gruppen melden sich zu Wort, um Druck zu machen, das JCTR hat beispielsweise eine nationale Petition mit

13.000 Unterschriften eingereicht mit der Forderung, das Recht auf Nahrung in der Verfassung zu verankern.

Recht auf Nahrung heiße auch, so Miniva Chibuye (JCTR), für die Landbevölkerung auszurechnen, wie viel eine Familie zum Leben brauche, um bis zur nächsten Ernteperiode zu kommen. Davon ausgehend sei zu berechnen, was und wie auf der landwirtschaftlichen Fläche zu wirtschaften sei. Hier komme auch der Konflikt mit wild lebenden Tieren (z. B. Elefanten) ins Spiel, die Anbauflächen schädigen oder zerstören. Es gehe darum, den dort lebenden Menschen wenigstens die Produktion von nötigen Nahrungsmitteln zu ermöglichen. Die Regierung sei aufgefordert, entsprechende Richtlinien zur Landsicherung zu verabschieden und durchzusetzen. Auch solche Komponenten seien zu berücksichtigen, um das Recht auf Nahrung zu sichern.

Dass ein verfassungsmäßig verankertes Recht auf Nahrung für die Menschen etwas bringt, bestätigte Christoph Eichen (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, BMZ) in der Diskussion. Es sei nicht nur wichtig für Entwicklungsländer, sondern auch in entwickelten Ländern mit funktionierendem Rechtssystem. Beispielsweise hätten Migranten in der Schweiz sehr erfolgreich gegen die Regierung geklagt und ihren Rechtsanspruch durchsetzen können.

### **Ziel: Zehn Prozent für die Landwirtschaft**

Das international festgelegte Ziel, mindestens 10% eines Staatsbudgets für Landwirtschaft auszuweisen, erreicht Sambia offenbar nicht. Und manches Geld geht in andere Kanle. Derzeit liegt der Anteil bei nur 7%, wovon ein Großteil in das sogenannte FSP (Fertilizer Support Program) geht, das den Anbau von Mais fördert. Dabei läge ein großes Potenzial auch im Anbau von anderen Früchten wie Cassava oder Melonen.

In der Diskussion wurde auch die Forderung laut, das Geld solle dort ankommen, wo es gebraucht werde. Auch die Kleinbauern müssten Zugang zu Produktionsmitteln wie Dünger haben und Zugang zu Märkten, damit mehr erlöst werden könne sowie Zugang zu Informationen. Es sei Aufgabe der Regierung, dafür zu sorgen, dass die Preise stabil und sicher seien. Es gebe eine Disparität, dass Bauern alle Produkte verkauften und selbst nicht genug zu essen hätten.

Aber wie sollten diese Anliegen im politischen Prozess wirkungsvoll implementiert werden, wie könnte Lobbying gelingen? In Afrika scheinen Offizielle allzu leicht aufzugeben, was die Verankerung des Rechtes auf Nahrung in der Gesellschaft und in der

Politik angehe, so Angela Mulenga (CUTS, Consumers' Unity and Trust Society). Hier komme es darauf an, Prioritäten festzulegen und sich in der Zivilgesellschaft zu Interessengruppen zusammenzuschließen, meinte Peter Henriot. Ressourcen gebe es in Sambia, er sage es mit großer Vorsicht, aber Geld sei immer da, um den Präsidenten mit einer unglaublich großen Eskorte zum Flughafen zu bringen. Geld sei aber nicht vorhanden, wenn es um den grundlegenden Ausbau sanitärer Einrichtungen gehe. Die Frage sei nicht, ob genug Geld da sei, sondern für was es verwendet werde. Und das sei eine Frage der Prioritäten.

*"Aber die Ressourcen sind vorhanden. Alles, was wir brauchen, sind neue Prioritäten."*  
(Peter Henriot SJ)

*"Politik bedeutet, die Lücken zwischen Bedürfnissen und Pflichten und begrenzten Ressourcen zu bearbeiten. Es ist eine Frage der richtigen Prioritäten. In Deutschland wird entwicklungspolitisch gefordert, dass arme Menschen zunächst gefördert werden. Das bedeutet, dass es zur Hungerbekämpfung ländliche Entwicklung braucht. Einerseits ist es eine Frage der Prioritätensetzung, andererseits muss in komplexen Zusammenhängen gedacht werden ...Entwicklung ist nicht möglich ohne die komplexen Realität der verschiedenen Segmente vor Augen zu haben. Und so wird klar, dass das zugrunde liegende Problem hier in Sambia und überall in der Welt die Vernachlässigung der Grundbedürfnisse, der kulturellen Ressourcen, der sozio-ökonomischen Systeme und der Natur ist. .. Ein politisches Konzept kann nur erfolgreich sein, wenn diese Beziehungen berücksichtigt werde."* (M. Vogt)

### **Produktivität verbessern**

Die Landwirtschaft in Sambia biete ein großes Potenzial für die Entwicklung des Landes und der ländlichen Bevölkerung, sagte Cosmore Mwaanga (Ministry of Agriculture and Cooperatives in Sambia). Rund 70% der Menschen lebten in und von der Landwirtschaft. Die natürlichen Bedingungen der Produktion (Wasservorkommen, Dürren, Überschwemmungen, Tierseuchen, Pflanzenkrankheiten etc.) seien bedeutend. Die Produktivität insbesondere der Kleinbauern sei viel zu gering. Die Preise für Lebensmittel seien hoch, insbesondere für Importware. Auch die Preise für Öl, Dünger, Treibstoff seien gestiegen, was die Kosten der landwirtschaftlichen Produktion in die Höhe treibe. Vor allem gefährdete Haushalte am Rande von Städten und in ländlichen Gegenden litten zunehmend unter einer unsicheren Lebensmittelversorgung. Es gebe mehr Unterernährung und Krankheiten.

Mwaanga sah im Zusammentreffen von steigenden Preisen für Treibstoff, Dünger und Lebensmittel eine Gefahr für die soziale, politische und wirtschaftliche Stabilität des



Landes. Er forderte, dass Sambia von steigenden Preisen am Weltmarkt profitieren müsse. Exporthilfen seien notwendig.

Wo Menschen steigenden Preisen nicht begegnen könnten, sei die Regierung am Zuge. Regierung und privater Sektor hätten die Unterstützung ausgeweitet, allerdings sei die Lebensmittelverteilung ein Problem mit teils gravierenden negativen Auswirkungen auf lokale Märkte.

Die größte Herausforderung für Sambia bestehe darin, die wiederkehrenden Dürren und Überflutungen einzudämmen. Der Ausbruch von Tierseuchen, wie in den letzten Jahren vorgekommen, sei zu verhindern. Landwirte müssten Zugang zu günstigen Geldern für Investitionen erhalten. Die Infrastruktur müsse verbessert werden, Landwirte müssten verbessertes Saatgut erhalten und Ernteverluste minimiert werden.

Die Regierung habe bereits das Budget für Landwirtschaft auf sieben Prozent hochgesetzt und treibe die Gewinnung von Neuland heran, das sowohl an Kleinbauern und mittlere Betriebe als auch an große Farmen vergeben werde. Nicht allein bessere Maiserträge seien das Maß, sondern die Verbesserung der Nahrungsmittelversorgung einzelner Haushalte (ausführlich Seite 35ff).

### **Handelsregeln notwendig**

Bärbel Höhn (Mitglied des deutschen Bundestages, Berlin) beleuchtete die europäische und deutsche Agrarpolitik und ihre Auswirkungen für die Landwirtschaft in Afrika (ausführlich Seite 41ff). Sie stellte die Landwirtschaftspolitik der EU in den globalen Kontext von Nahrungsmittelsicherheit für die Menschen in Entwicklungsländern, Einfluss auf den Klimawandel sowie Bedeutung von Gentechnik und Produktion von Bioenergie für die landwirtschaftliche Produktion.

Höhn forderte die Öffnung des europäischen Marktes und unterstützte die Bemühungen der EU, LCD-Ländern den Zugang zum europäischen Markt zu gewähren. Gleichzeitig hielt sie es für gerechtfertigt, wenn diese Länder ihre eigenen Märkte und ihre eigene Landwirtschaft bezüglich bestimmter Produkte schützen. Sie hielt es nicht für vertretbar, die Überproduktion der reichen und industrialisierten Staaten zu Dumping-Preisen in Entwicklungsländern abzusetzen und dort womöglich lokale Märkte zu zerstören. Sie kritisierte die Exportsubventionen der EU als untragbar. Das sei kein ‚Fair trade‘. Um einen fairen Handel zu gewährleisten, seien klare Handelsregeln unabdingbar. Und ins-

gesamt gelte es, der landwirtschaftlichen Produktion als Urproduktion wieder die Bedeutung zuzumessen, die ihr gebühre.

### **Zwischenhändler berücksichtigen**

Brian Ssebunya (AMFRI, Uganda) führte an, dass den Zwischenhändlern in der Diskussion um die Ernährungskrise und um die Krise der Lebensmittelpreise besondere Aufmerksamkeit zu widmen sei. Sie müssten bei der Realisierung von Maßnahmen seitens der Regierung und von Forderungen seitens der Bauern unbedingt miteinbezogen werden. Dem stimmte Cosmore Mwaanga zu. Sie spielten eine wesentliche Rolle bei der Bestimmung des Marktpreises. Ein von der Regierung garantierter Grundpreis sei nur ein letzter Ausweg, um ein bestimmtes Preisniveau zu sichern.

Auf die Frage, ob er in der Förderung lokaler Märkte bessere Perspektiven sehe als im Export meinte Mwaanga, es sei schwierig vorherzusagen, wie bestimmte Maßnahmen wirken. Das betreffe lokale Märkte wie den Export. Restriktionen könnten genau das Gegenteil von dem bewirken, was bezweckt sei. Was eine Regierung tun könne, sei bestimmte Rahmenbedingungen festzulegen, z. B. die ausgewiesene Förderung von Kleinbauern.

Eine weiterer Kommentar von Dr. Evita Schmieg (BMZ) befasste sich mit den Disparitäten hoher und niedriger Lebensmittelpreise. Hohe Preise seien gut für die Erzeuger, niedrige gut für die Konsumenten. Im Endeffekt müsse die Regierung Entscheidungen treffen, Prioritäten festlegen und zwischen den Interessengruppen vermitteln. Es gebe Beispiele, wo die Regierung aufgehört habe, die eigene Produktion durch Einfuhrzölle zu schützen, und der Markt habe funktioniert. Es hänge von den Strukturen eines Landes und von den Strukturen der je eigenen Landwirtschaft ab. Möglicherweise seien höhere Preise sogar gut für alle, weil die Landwirtschaft gestützt werde, Bauern zur Produktion animiert würden und letztendlich ein guter Zyklus von Produktion, Konsum und Beschäftigung erreicht werde.

Mwaanga gab zu, es sei schwierig, eine ausgewogene Balance zu halten, die Regierung habe, politisch motiviert, Angst vor hohen Lebensmittelpreisen und subventioniere deshalb die Produktion. Er halte sie kurzfristig für sinnvoll, aber langfristig nicht für nachhaltig, auch wenn es immerhin besser sei, die Produzenten zu unterstützen als die Konsumenten.

Eine weitere Frage (Father Hilary Muheezangango, Uganda) befasste sich mit der Notwendigkeit, die nächste Generation einzubeziehen, damit Landwirtschaft langfristig eine Zukunft habe. Landwirtschaft müsse in den Schulen gelehrt werden, auch das sei eine der wichtigsten Aufgaben einer Regierung. In Deutschland haben, so Bärbel Höhn, nur noch wenige Kinder einen direkten Bezug zur Landwirtschaft. Nur zwei Prozent der Bevölkerung verdienen ihr Geld in der Landwirtschaft. Es gebe aber besondere Programme (Schulgruppen), um Kinder wieder an die Lebensmittelproduktion auf den Bauernhöfen heranzuführen. In Sambia wachsen Kinder völlig anderen in familiären Strukturen auf. Wer nach der High School keinen Job bekomme, werde Landwirt, so Cosmore Mwaanga. Aber die Frage nach dem Zugang zu Land werde zu einem Hindernis.

### **Fazit**

Das Recht auf Nahrung, da waren sich die Teilnehmer der Konferenz einig, sei wesentlich für die Gesellschaften Afrikas und leite sich sowohl aus biblischen Grundlagen als auch aus humanitären Erwägungen der Solidarität und Mitmenschlichkeit ab. Eine Verankerung in der Verfassung eines Landes wurde als Möglichkeit gesehen, dieses Recht justiziabel und einklagbar zu machen. Regierungen wie andere politische, gesellschaftliche und kirchliche Akteure stellt dies vor besondere Herausforderungen.



*Prof. Dr. Markus Vogt, Universität München*

## **Respekt vor der Menschenwürde ist das Geheimnis des Friedens**

EDP, das Exposure- und Dialogprogramm, ist ein gutes Konzept in der Entwicklungszusammenarbeit. Hinter der Idee des EDP steht der Gedanke, dass Entwicklung an den spezifischen Ressourcen eines jeden Landes ansetzen muss. Deshalb ist es notwendig, die kulturellen, wirtschaftlichen, ökologischen und politischen Gegebenheiten eines Landes genau zu kennen. Wir hatten die Möglichkeit, an einem EDP in Uganda und Sambia teilzunehmen, und wir sind hierher gekommen, um zuzuhören und zu lernen.

Die Teilnehmer aus unserer deutschen Gruppe sind Entscheidungsträger aus Politik, Forschung, Regierungs- und Nicht-Regierungs-Institutionen, Medien, Wissenschaft und Investmentorganisationen. Zuerst möchten wir uns ein Bild von der Situation machen. Welche Bedürfnisse, Hoffnungen und Probleme haben die Menschen hier? Wir haben noch keine Lösungen für Sie, aber wir möchten gerne in einen Dialog mit Ihnen treten.

An diesem Programm sind auch viele andere Organisationen beteiligt, insbesondere Organisationen für ländliche Entwicklung in Sambia, Uganda, Deutschland und Europa. Dies ist sehr wichtig, denn einer der Hauptgründe für den Hunger und die Armut in der Welt ist die Situation der ländlichen Entwicklung.

### **Die Kirche muss bei der Globalisierung Verantwortung übernehmen**

Warum beschäftigt die Kirche sich mit Landwirtschaft und Welthandel? Auf den ersten Blick scheint es, als seien wir in wirtschaftlichen und politischen Fragen nicht besonders kompetent. Außerdem sollten wir bedenken, dass der christliche Glaube nicht direkt zu Lösungen für die gegenwärtigen Probleme führt. Ich sage es noch einmal: Wir sind hier-

her gekommen, um zuzuhören und zu lernen. Nichtsdestoweniger kann die Kirche die Probleme nicht einfach ignorieren, denn der christliche Glaube bedeutet, dass wir an Gerechtigkeit und Frieden glauben. Wir glauben, dass ohne gerechte und friedliche Beziehungen zu anderen Menschen kein Weg zu Gott führt und keine Gerechtigkeit und kein Frieden geschaffen werden können.

Die Welt ist zu einem globalen Dorf geworden, und deshalb ist die Lebenssituation der Menschen hier in Sambia und in Uganda eng mit der der Menschen in Deutschland und anderen Industrienationen verbunden. Es dauerte einige Zeit, bis die Kirche die neuen Herausforderungen der Globalisierung erkannt hat, aber sie muss sich damit befassen, da sie der erste Global Player in unserer Welt ist. Die Kirche hat den Globalisierungsprozess eingeleitet, und sie ist stark darin eingebunden, auch hier im Süden Afrikas. Zuerst muss die Kirche also kritisch über ihre eigene Rolle bei der Globalisierung nachdenken. Trotzdem muss sich die Kirche, auch vor dem Hintergrund der Soziallehre, energisch für globale Partnerschaften und globale Verantwortung einsetzen. Ausgangspunkt ist die Würde der Menschen, und zwar aller Menschen. Dies sollte immer im Mittelpunkt jeglichen Bemühens um Entwicklung stehen.

*Respekt vor der Menschenwürde ist das Geheimnis des Friedens. Der neue Weg zum Frieden ist Entwicklung, und Entwicklung ist ein Schlüsselbegriff für unser Konzept.*  
(M. Vogt)

## **Entwicklung und Solidarität sind Vorbedingungen für den Frieden**

- Ab 1967 begann man global über die Soziallehre der katholischen Kirche nachzudenken. Die Lehre besagt, dass der neue Weg zum Frieden die Entwicklung ist. Sie ist ein Schlüsselbegriff für unser Konzept.
- Der zweite wichtige Schritt für die globale Lehre der katholischen Kirche war 1987 die Veröffentlichung eines Dokumentes über Solidarität. Papst Johannes Paul II sagte, dass die Globalisierung der Märkte von einer Globalisierung der Solidarität begleitet werden sollte. Wir müssen an ein Gleichgewicht zwischen der ethischen Globalisierung und der Globalisierung der Märkte glauben. Deshalb müssen wir auch darüber nachdenken, wie wir diese Verantwortung übernehmen können.

Studien zeigen, dass es nicht nur eine Kluft zwischen den reichen Ländern im Norden und den armen Ländern im Süden gibt, sondern auch eine Kluft innerhalb der einzelnen Länder. Für mich war es ein großer Kulturschock, wie niedrig der Entwicklungsstand in ländlichen Gebieten ist und wie hoch die Entwicklung hier in Teilen von Lusaka ist. So etwas gibt es auch in Deutschland, wo zum Beispiel zwanzig Prozent der Kinder als arm

gelten. Diese Armut liegt sicherlich auf einem anderen Niveau als hier, aber trotzdem gibt es diese Schere zwischen Arm und Reich auch in unserer Gesellschaft.

*In allen Ländern müssen wir über die verschiedenen Grade der Ungerechtigkeit nachdenken – Ungerechtigkeit auf persönlicher, nationaler, internationaler und interkontinentaler Ebene – und die Verbindung zwischen diesen Ebenen. (M. Vogt)*

Meines Erachtens ist dies sehr wichtig, wenn wir die Situation in unserer Welt verstehen möchten. Ohne neue Ideen für Landwirtschaft und Entwicklung können wir die Millenniumsziele der UNO nicht erreichen. Meiner Meinung nach wurden bei der Entwicklungspolitik in den letzten Jahrzehnten viele Fehler gemacht, die sich besonders auf die Lage im südlichen Afrika und hier in Sambia und Uganda auswirken. Diese Fehler haben mit dem Klimawandel zu tun. Die Dürreperiode dauert inzwischen zwei Monate länger als früher, und die Auswirkungen des Klimawandels als ein zentraler Aspekt für die Gerechtigkeit in der Welt – globale Gerechtigkeit und Gerechtigkeit zwischen Menschen und der Natur – ist einer der Schwerpunkte meiner wissenschaftlichen Arbeit.

### **Entwicklung mit guter Regierungsführung und kulturellen Regeln**

Vor zwei Wochen sagte unser Bundespräsident, dass die Bescheidenheit der Welt die Entwicklung im südlichen Afrika entscheiden wird, und ich glaube, dass er Recht hat. Auch in der Kirche wird über die Lage im südlichen Afrika nachgedacht. Einer der Schlüsselbegriffe im Dokument von Papst Benedikt XVI über den globalen und kontinentalen Dialogprozess der Kirche und Afrika ist „Korruption“ – eines der Hauptprobleme in Afrika.

- Zuerst brauchen wir eine gute Regierungsführung!
- Der zweite Gedanke dieses Dokumentes besagt, dass es keine technische Entwicklung ohne kulturelle Regeln gibt. Dieser Gedanke könnte uns bei Diskussionen über Gentechnik eine Hilfe sein.
- Der Hauptgedanke dieses Dialogprozesses ist eine neue Befreiungstheologie für Afrika. Diese Theologie gibt es bereits in Lateinamerika, und ich halte es für eine große Herausforderung, diese Befreiung auch nach Afrika zu bringen, eine neue Entwicklungstheorie.
- All diese Themen müssen wir in die Themen unserer Konferenz einbinden: Internationaler Agrarhandel, Ernährungssicherung, Energie und Liberalisierung des Handels. Wir müssen über die Rolle der globalen Märkte reden, die eine starke Wirkung auf die Lage aller Menschen in der Welt haben. Mit der Gründung der Welthandelsorganisation wurde 1995 ein neuer Grad der Diskussion erreicht. Sicher ist daraus viel

Positives entstanden, aber es bestehen auch große Gefahren und Probleme für die Entwicklung. Aufgrund der globalen Finanzkrise befinden wir uns jetzt in einem Klima der Schulden und des Ungleichgewichtes, welches wir berücksichtigen müssen, wenn wir über Landwirtschaft und Ernährung reden.

## **Ernährungssicherung, Energie, Klimawandel und Gentechnik**

Wir müssen über den Konflikt zwischen Ernährungssicherung und Energie reden. Meines Erachtens bestehen in Sambia und Uganda gute neue Möglichkeiten für Entwicklung, Landwirtschaft und Biokraftstoffe. Die positiven Aspekte müssen jedoch sorgfältig gegen die negativen abgewogen werden. Man könnte einen Kompromiss zwischen Energie und Landwirtschaft und Ernährung finden, aber die Ernährung sollte gegenüber der Energie auf jeden Fall Priorität haben. Trotzdem könnten ländliche Gegenden eine gewisse Autonomie erreichen. Der Konflikt ist jedoch nicht leicht zu lösen. Die Welthandelsorganisation gab bekannt, dass in den letzten Jahren aufgrund der Biokraftstoffe 30 Millionen mehr Menschen hungern mussten, sodass wir mit dem Thema Biokraftstoffe sehr vorsichtig umgehen müssen.

Der Klimawandel und seine Auswirkungen auf Entwicklung und Landwirtschaft müssen ebenfalls diskutiert werden. Zwischen Konzepten für Entwicklung und Klimaschutz könnten ebenfalls Konflikte entstehen. Es gibt jedoch auch neue Chancen, wie die Zertifizierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Durch dieses neue Konzept könnten aus den nördlichen Ländern mehr Gelder in die südlichen fließen als durch sämtliche Entwicklungshilfe in den letzten Jahren. Wieder eine große Chance für ein neues Konzept.

Unserer Konferenz liegt das Dokument "Agrarhandel als Testfall für gerechte Welthandelsbedingungen" der Deutschen Kommission Justitia et Pax zugrunde.

- Der Ausgangspunkt ist das Recht auf Nahrung für alle Menschen als Teil der Menschenrechte und als Teil des globalen Sozialpaktes. Das Konzept dafür ist die Ernährungssicherung, besonders für Kleinbauern.
- Der zweite wichtige Schlüsselbegriff für unser Konzept ist die multifunktionale Landwirtschaft. Wir müssen also darüber reden, dass Konzepte zur Entwicklung der Landwirtschaft Teil eines größeren Konzeptes zur Entwicklung der ländlichen Gebiete sind. Dabei kann auch die Energiegewinnung eine wichtige Rolle spielen. Es muss darüber nachgedacht werden, ob wir hier in Sambia oder in der Welt eine neue grüne Revolution für die Landwirtschaft benötigen.
- Eines der am häufigsten diskutierten Themen in diesem Zusammenhang ist die Gentechnik. Ich glaube, dass es viele Möglichkeiten gibt, Pflanzen an neue Situationen anzupassen und sie wirkungsvoller zu machen. Wir müssen jedoch auch viele nega-

tive Aspekte, wie zum Beispiel die Abhängigkeit von globalen Unternehmen, berücksichtigen. Die Rolle der Gentechnik muss erörtert werden, da sie die Zukunft der Landwirtschaft nachhaltig beeinflussen wird!





*P. Dr. Peter Henriot SJ  
Jesuit Centre of Theological  
Reflection (JCTR), Lusaka*

**“Menschen sind Gemeinschaftswesen. Sie haben verschiedene Grundrechte und eines davon ist das Recht, gemeinsam mit der Familie zu essen.”**

Gibt es ein Recht auf Nahrung? Warum gibt es solch ein Recht? Was bedeutet es? Und was bedeutet es hier in Sambia, wo wir eine Fallstudie betreiben? Was bedeutet es für uns alle, die wir in Sambia, Uganda oder anderen Ländern Afrikas leben und für die, die wir als Gäste aus Europa hierher gekommen sind?

Heute Morgen hatten die meisten Menschen in Sambia kein Frühstück. Ich habe gefrühstückt, und Sie alle wahrscheinlich auch, aber die meisten haben nicht gefrühstückt. Und die meisten können sich nicht auf drei Mahlzeiten am Tag freuen. Fünfundsechzig Prozent der Menschen in Sambia leben unterhalb der Armutsgrenze und achtzig Prozent in ländlichen Gebieten. In einem Land mit fruchtbarem Boden, genügend Wasser, reichlich Potential und wie ich gestern Abend sagte, in einem der an Bodenschätzen reichsten Länder Afrikas herrscht trotzdem Hunger. Und in einer Welt des Überflusses herrscht großer Mangel.

Im JCTR sprechen wir nicht gerne von Armut, sondern von Verarmung. Armut ist ein Zustand, Verarmung ist eine Folge, und es ist eine Tatsache, dass Armut, oder Menschen, die verarmen, eine Folge von wirtschaftlichen, politischen, kulturellen und religiösen Strukturen sind. Die Zahlen haben Sie sicher schon gehört: manche sprechen von 950 Millionen, andere von einer Milliarde Menschen, die unterernährt sind, und von 40.000 Kindern, die täglich an Unterernährung sterben. Es besteht also ein Zusammenhang.

## Gibt es ein Recht auf Nahrung?

Vor vielleicht sieben oder acht Jahren sagte der Vizepräsident von Sambia in einer Diskussion: "Ich möchte es ganz deutlich sagen, kein Bürger Sambias hat das Recht auf Nahrung. In unserer Verfassung ist das Recht auf Nahrung nicht verankert." Er folgte damit der Aussage des Bildungsministers, der einige Wochen vorher erklärt hatte, dass kein sambisches Kind das Recht auf Bildung habe. Wenn wir also nach der Verfassung gehen, gibt es kein Recht auf Nahrung oder Bildung, ebenso wenig wie sonstige soziale, wirtschaftliche oder kulturelle Rechte. Die Verfassung Sambias wurde 1964 von der britischen Kolonialmacht verabschiedet und wurde seitdem nicht verändert. Im Moment gibt es bei uns eine große Kampagne für die Aufnahme von wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Rechte in die Verfassung, so wie in anderen neuen Verfassungen wie in Südafrika und Namibia. Gegenwärtig können wir also nicht über verfassungsmäßig garantierte Rechte in Sambia reden, aber können wir über etwas anderes reden?

*"Sicherlich gibt es einen afrikanischen Gemeinschaftssinn. Es gibt die afrikanische ubuntu-Philosophie, und eines der ersten Sprichworte, das ich lernte, als ich vor 20 Jahren nach Afrika kam, lautet wie folgt: 'Ich bin, weil wir sind, und wir sind, weil ich bin.' Ich bin meine Würde, meine Rechte, meine Möglichkeiten, meine Zukunft, denn ich gehöre zu einer Gemeinschaft, und die Gemeinschaft ist Schönheit und Kreativität und Zukunft, da sie aus Menschen wie mir besteht. Ein Mensch wird durch alle Menschen zum Mensch." (P. Henriot)*

Sollten wir nicht noch über viel mehr als das Recht auf Nahrung reden? Über einen ethischen Sinn der Menschlichkeit und das Recht auf Leben? Falls es ein Recht auf Leben und die Notwendigkeiten des Lebens gibt, dann gehört Nahrung bestimmt dazu. Der Begriff der Solidarität stellt einen unmittelbaren Kontext zum Recht auf Nahrung her. Natürlich wird das Recht auf Nahrung auch schon in der Bibel erwähnt, wo es darum geht, die Hungernden zu speisen. Die ethische Grundbedeutung der Achtung vor dem Leben und folglich der Grundbedürfnisse für das Leben besagt, dass es ein Recht auf Nahrung geben sollte.

Wenn bei uns Hunger und Mangelernährung auftreten, dann ist die Solidarität zerstört. Einer der Schlüsselbegriffe hier ist Solidarität. Solidarität bedeutet, dass wir mehr als nur voneinander abhängig sind, dass wir zwangsläufig zusammen leben. Wenn du leidest, dann leide ich auch. Ich wohne in einem Land, in dem 65 Prozent der Menschen unter der Armutsgrenze leben. Sie sind unterentwickelt. Folglich bin auch ich als Mensch unterentwickelt. Dies ist die Fiktion der entwickelten Länder, von denen sich gestern einige Vertreter getroffen haben. Ich stamme aus den USA, einem Land, das zwar zu den entwickelten Ländern gehört, unter dem Gesichtspunkt der Humanität jedoch stark un-

terentwickelt ist, angesichts der dort herrschenden großen Disparität. Wenn wir also vom Recht auf angemessene Nahrung sprechen, dann sprechen wir auch von unserem Recht auf ein menschenwürdiges Leben, auch für mich, selbst wenn ich im Moment nicht hungrig bin.

### **Es gibt eine biblische Grundlage für unser Recht auf Nahrung**

Was ist mit den biblischen Grundlagen für unser Recht auf Nahrung? Sie sind sehr stark und elementar. Wir Christen gehören zu einer biblischen Kirche und unsere ethischen Grundsätze beruhen auf der Bibel. Das Alte Testament spricht vom "Manna für die Hungrigen". Im Neuen Testament steht die Frage "Habt ihr den Hungrigen zu Essen gegeben?" für den Sieg und das Reich Gottes. Jesus zum Beispiel unterbrach eine wunderbare Predigt, weil er sah, dass die Menschen hungrig waren. „Ich kann nicht weiter reden, wenn die Menschen Hunger haben.“ Das Wichtigste zuerst. Und wir denken auch an Jakobus, bei dem das Zeichen des Glaubens gute Werke sind und bei dem es auch darum geht, den Hungrigen zu essen zu geben.

*"Gemäß der Bibel sind Mahlzeiten in der Gemeinschaft äußerst wichtig. Das macht das Menschsein aus." (P. Henriot)*

Internationale Abkommen über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verpflichten die Staaten gesetzlich dazu, Schritte zu unternehmen, um das Recht auf Nahrung zu respektieren, zu schützen, durchzusetzen und zu erfüllen. Sie müssen respektieren, dass die Menschen dieses Recht haben – ihr Recht zu schützen, durchzusetzen, zu fördern und zu erfüllen. Artikel 11, Kapitel 1, betont deutlich, dass das Recht auf einen angemessenen Lebensstandard Nahrung, Wohnung und Kleidung beinhaltet. Artikel 11, Punkt 2 erkennt das Grundrecht eines jeden Menschen auf Nahrung an. Diese Abkommen wurden von Sambia zwar unterzeichnet, bisher aber nicht umgesetzt, das heißt sie wurden noch nicht in einem Gesetz zum Recht auf Nahrung festgeschrieben. Hier handelt es sich aber um internationale Abkommen und Statuten. Die Deklaration zur Sicherstellung der Welternährung von Rom aus dem Jahr 1996 machte dies sehr deutlich. Auf Einladung der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) versammelten sich unsere Staats- und Regierungschefs zum Welternährungsgipfel in Rom und bekräftigten das Recht eines jeden Menschen auf Zugang zu ausgewogener Nahrung, in Übereinstimmung mit dem Recht auf ausreichende Nahrung und dem Grundrecht auf Nahrung überhaupt.

Wir haben schon über die Millenniumsentwicklungsziele gesprochen. Zu Ziel Nr. 1 gehören die Ausrottung von Armut und Hunger sowie die Halbierung der Zahl der unter Hunger leidenden Menschen zwischen 1990 und 2015. In Sambia bewegen wir uns

möglicherweise auf dieses Ziel zu, mit Ausnahme des letzten Jahres, als die Nahrungsmittelpreise stiegen und wir in der westlichen Provinz starke Überschwemmungen zu verzeichnen hatten.

Das Recht auf Nahrung wirft weitere Fragen auf, und deshalb bin ich der Meinung, dass wir am Anfang der Konferenz nur über Recht auf Nahrung diskutieren sollten. Wir werden auch das Thema Agrarpolitik ansprechen, aber was bringt das? Sambia ist ein sehr fruchtbares Land, aber wer hat etwas davon? So landen wir beim Thema Land und Landbesitz. Der größte Teil des Landes ist seit jeher im Besitz des Präsidenten. Land ist in der Tat ein bedeutendes Thema.

Außerdem: Beinhaltet das Recht auf Nahrung auch eine ausgewogene Ernährung? In einem Land wie den USA oder in Ländern, aus denen Sie stammen, mag es ausreichend Nahrung geben, aber was sind die Folgen? Fettleibigkeit ist im Moment die häufigste Todesursache in den Vereinigten Staaten. Wichtig wären noch Themen wie Handel, Binnenhandel, Zugang zu Außenhandel, Umwelt und Naturschutz. Nicht zuletzt die Nachhaltigkeit – die Menschen haben heute und in Zukunft das Recht auf Nahrung.

### **Das Recht auf Nahrung bedeutet das Recht auf angemessene Nahrung**

Wichtig im Zusammenhang mit dem Recht auf Nahrung ist auch die Gender-Frage, da die Frauen meist für die Ernährung zuständig sind. In den meisten Familien, und besonders hier in Afrika, sind es die Frauen, die die Mahlzeiten zubereiten und auf den Feldern arbeiten, um das Essen auf den Tisch zu bringen. Gleichzeitig sind es aber oft auch die Frauen, die zuletzt essen oder nur das Essen, was übrig bleibt. Während meiner Arbeit in den ländlichen Gegenden der südlichen Provinzen erlebte ich einige Überraschungen. So wurde ich zum Beispiel bei einer Familie zum Essen eingeladen. Das Familienoberhaupt, der Vater, die Brüder und vielleicht noch ein Onkel und ich setzten uns an den Tisch und ich fragte mich: „Wo sind die anderen?“ Nun, sie warteten, bis wir fertig waren, um dann das zu essen, was wir übrig gelassen hatten. Das Recht auf Nahrung bedeutet ein Recht auf angemessene Nahrung, sowohl qualitativ als auch quantitativ. Zugang zu angemessener Nahrung ist grundlegend für das Recht auf angemessene Nahrung, denn die Nahrung, zu der man Zugang hat, muss bezüglich der Qualität als auch der Quantität angemessen sein. Wenn vom Zugang zu angemessener Nahrung die Rede ist, fallen auch Begriffe wie Nährstoffe, Kalorien und Proteine. Hunger und Mangelernährung sind die Folgen von fehlendem Zugang zu angemessener Nahrung. Hier reden wir nicht über üppige Mahlzeiten, über Bankette. Ich meine nahrhafte und gesunde Mahlzeiten, kurzum: grundlegende Bedürfnisse.

Ein zentrales Thema der katholischen Soziallehre ist das Recht auf Nahrung – das betonte Papst Benedikt XVI. vor zwei Jahren in einer Rede vor der UN-Ernährungs- und

Landwirtschaftsorganisation. Die verfügbaren Daten zeigen, dass die Nichterfüllung des Rechtes auf Nahrung nicht nur auf natürliche Ursachen, wie z.B. Dürren zurückzuführen ist, sondern vor allem auf menschliches Verhalten, durch das sich soziale und wirtschaftliche Verhältnisse sowie menschliche Werte verschlechtern.

*“Hunger ist ein Zustand. Verarmung ist eine Folge.” (P. Henriot)*

Zur Ernährungssicherung – so Kardinal Martino, Präsident des Päpstlichen Rates *Justitia et Pax*, im letzten Jahr bei der FAO – gehören die Komponenten:

- Produktion einer ausreichenden Nahrungsmenge
- eine stabile und kontinuierliche Versorgung im ganzen Jahr
- Zugang zu Nahrung für alle
- eine angemessene und faire Verteilung
- Verpflichtung zur Herstellung der Bestandteile einer ausgewogenen und gesunden Ernährung in Übereinstimmung mit globalen Ernährungsstandards

Hier noch ein aussagekräftiges Zitat von Benedikt: Lebensumstände und Umfeld eines Menschen beeinflussen seine Meinung über die Gründe von Armut. Wer zum Beispiel fragt: ‘Warum gibt es diese Verarmung um mich herum?’ könnte jemand sein, der aus einem Gebiet stammt, wo die Bauern Armut mit Dürre verbinden. ‘Deshalb sind wir arm, wegen der Natur.’ Die Menschen in der Stadt verbinden ihre Armut mit Preisen, die rasant ansteigen. Das wirkt sich enorm auf deren Einkommen aus. Die Wohlhabenden verbinden Armut vielleicht mit einem Rückgang des Binnen- oder des Internationalen Handels, mit einer Vernachlässigung alter Gewohnheiten und Traditionen oder mit fehlender Motivation in bestimmten Gesellschaftsschichten.

Der frühere Finanzminister von Sambia behauptete, dass es hier in Sambia keine armen, sondern nur faule Menschen gebe. Das stimmt so nicht. Fehlende Motivation, Preisliberalisierung, Abwertung: Armut entsteht nicht nur, weil eine Sache fehlt, sondern durch viele miteinander verbundene Faktoren, die sich in den Erfahrungen der Armen offenbaren. Was bedeutet dies in Sambia, einem reichen Land, in dem arme Menschen ohne das verfassungsmäßige Recht auf Nahrung leben? Wie ich schon sagte, beschäftigen wir uns vornehmlich mit den sozialen Verhältnissen der Menschen. Wir betreiben Forschung, engagieren uns für Bildung und Erziehung, vertreten Interessen und beraten. Lassen Sie uns dies in die Praxis umsetzen!

## Einige Schlussbemerkungen

Was machen wir also in Sambia? Wir reden über das Recht auf Nahrung. Damit dieses Recht von den Menschen anerkannt und akzeptiert werden kann, müssen wir bei den Grundursachen des Hungers ansetzen. Warum gibt es in einem so fruchtbaren Land mit ausreichendem Wasser und enormen Potential so viel Hunger? Und das 45 Jahre nach der Unabhängigkeit, in einem Land, das von unseren Nachbarn beneidet wird und 45 Jahre in Frieden lebt. Warum dann der Hunger? Deshalb fragen Gruppen wie JCTR und die Regierung nun „was sind die Grundursachen?“ Wir sind fest davon überzeugt, dass das Recht auf Nahrung in die Verfassung aufgenommen werden muss.

Wenn sie im Haushalt enthalten sind, müssten sie herausgenommen werden, dürften nicht anderweitig verwendet werden. Mittel zur Unterstützung für Arme im Budget könnten immer angezapft werden. So gab es Nachwahlen, der Präsident musste eine große Reise machen, und dann wurden Gelder aus den Hilfsprogrammen gegen Armut genommen. Eine verfassungsmäßige Garantie sichert diese Zuwendungen aus dem Haushalt ab. Wir müssen eine bessere Agrarpolitik fördern.

Für das JCTR ist nicht nur landwirtschaftliche Entwicklung, sondern die Weltentwicklung ein Thema. Man hält die Leute nicht auf dem Land, wenn es kein gutes Bildungssystem, keine Gesundheitsvorsorge und kein Trinkwasser gibt. Kleinere Industriebereiche wären auch von Vorteil. Man muss also die Entwicklung auf der ganzen Welt betrachten, und nicht nur die Ernährungsfrage. Bei den GVO ist Vorsicht geboten, und wir werden heute Nachmittag mehr darüber hören. Wie Sie wissen, hat sich Sambia gegen GVO ausgesprochen, und viele andere sind der Meinung, dass wir mit diesem guten Beispiel weiter vorangehen sollen.

Wir sollten auch so etwas wie ein Programm zur Schulspeisung fördern. Das JCTR befasst sich gerade mit einem größeren Forschungsprojekt zur Schulspeisung, um Kinder in der Schule zu halten, damit sie notwendige Fähigkeiten erlernen können. Natürlich sollen auch weitergehende Fragen zum Handel, mit denen sich diese Konferenz noch beschäftigt, thematisiert werden. Was muss in Sambia getan werden, was in Deutschland und darüber hinaus? Darauf werden sich einige der folgenden Diskussionen konzentrieren. Vielen Dank!



*Miniva Chibuye, JCTR, Lusaka*

## **Wir sehen nur die Spitze des Eisbergs**

Das Recht auf Nahrung ist einer der Ecksteine für die Forschungen des JCTR bezüglich des Warenkorbs für Grundbedürfnisse. Was ist ein Warenkorb für Grundbedürfnisse? Laut JCTR können wir nur dann eine erfolgreiche Interessenvertretung betreiben, wenn wir aussagekräftige Forschungen durchführen. Aus diesem Grund haben wir den Warenkorb für Grundbedürfnisse eingesetzt. Hierbei handelt es sich um ein Instrument zur Berechnung der Lebenshaltungskosten in Lusaka und vielen anderen Nachbarstädten. Wir stellen Untersuchungen in Livingstone, Kasama, Ngola, Kikwe, usw. an.

Was ist so besonders an der Zahl sechs? Das ist die Durchschnittsgröße einer Familie in Sambia, und der Warenkorb für Grundbedürfnisse stellt fest, wie hoch die Lebenshaltungskosten und die Kosten für Grundnahrungsmittel für eine sechsköpfige Familie in Sambia sind.

Die Kosten für ausreichende Lebensmittel für eine sechsköpfige Familie belaufen sich auf 774.250 Kwacha, das sind ungefähr USD 188,00. Vielleicht denken Sie, dass das nicht viel ist, aber wie sieht das für Sambier aus? Was muss ein Sambier tun, um so viel Geld zu verdienen? Wenn wir jetzt die anderen elementaren Grundbedürfnisse wie Wohnung, Wasser, Kanalisation usw. betrachten, dann stellen wir fest, dass Kleidung nicht im Warenkorb enthalten ist, obwohl sie ebenfalls ein Grundbedürfnis darstellt. Die Summe für diese Ausgaben beläuft sich auf 1.435.250 Kwacha, was ungefähr USD 254,00 entspricht. Der Gesamtbetrag für die Lebenshaltungskosten auf einem sehr niedrigen Niveau liegt bei ungefähr 2.199.000 Kwacha.

## **Nur wenige Menschen gehen einer geregelten Beschäftigung nach.**

Wir stellen fest, dass die meisten Sambier mit weniger auskommen müssen als im Warenkorb festgelegt ist. Die meisten von ihnen verdienen weniger als eine Million, und einige, die im öffentlichen Dienst beschäftigt sind, erhalten zwischen 1,5 und 2,5 Millionen. In Sambia gibt es jedoch nur wenige Menschen, die in einem geregelten Beschäftigungsverhältnis stehen. Die meisten gehen einer informellen Beschäftigung nach. Wir reden hier von 65 Prozent der Menschen, die in ländlichen Gebieten leben, und die meisten von ihnen haben überhaupt keine Arbeit. Mit anderen Worten, wir haben hier eine Situation, in der die meisten Menschen ihre Grundbedürfnisse, wie sie im Warenkorb des JCTR vorgegeben sind, nicht erfüllen können.

Im Moment liegt der Mindestlohn in Sambia bei ungefähr 498.000 Kwacha, etwas weniger als USD 100,00. Was bedeutet das? Viele Arbeitgeber, besonders die im Privatsektor, zahlen kaum mehr als diese Summe. Natürlich liegt so alles innerhalb der gesetzlichen Vorschriften, aber was ist mit der Moral? Was kann eine sechsköpfige Durchschnittsfamilie davon kaufen? Offensichtlich müssen Abstriche gemacht werden.

*“Der Warenkorb für Grundbedürfnisse informiert uns nur über die Kosten für Nahrung und andere wesentliche Grundbedürfnisse, aber er sagt nichts darüber aus, wie die Menschen zurechtkommen.” (M. Chibuye)*

Deshalb haben wir beim JCTR beschlossen, unsere Untersuchungen auch auf die höher gelegenen Wüstengegenden von Lusaka auszudehnen, damit wir eine Vorstellung darüber erhalten, wie die Menschen zurechtkommen. Wir stellen fest, dass die Menschen in der Regel bezüglich der Qualität der Lebensmittel Abstriche machen müssen, manchmal auch bezüglich der Quantität.

- Sie reduzieren die Zahl der täglichen Mahlzeiten.
- Abstriche sind auch erforderlich beim Wasser, bei der Bildung, Erziehung und Bekleidung.
- Die meisten kaufen ihre Medikamente in einer Drogerie (weil sie die kennen), selbst wenn sie die Arztkosten für ein Rezept im Krankenhaus bezahlen.

In den Städten werden also viele Abstriche gemacht. Aber wir haben auch andere Gegenden besucht und Interessenvertretung betrieben. Es ging uns besonders um die Menschen auf dem Land. Die Mehrheit der Sambier lebt auf dem Land, und wie sich aus einer Statistik der Regierung ergibt, sind 80 Prozent dieser Menschen arm. Bei genauem Hinsehen stellen wir jedoch fest, dass fast 60 Prozent der Menschen in diesen Gegenden sozusagen chronisch unter Armut leiden, d.h. dass sie nicht einmal angemessenen Zugang zu nährstoffreicher Nahrung haben.



Deshalb haben wir für die Stadt Masaiti einen ländlichen Warenkorb für Grundbedürfnisse erstellt. Dieser Warenkorb unterscheidet sich sehr von dem anderen, und der Grund dafür ist ein ganz einfacher. Während in anderen Gebieten in Sambia die meisten Menschen ihre Lebensmittel kaufen, gibt es auf dem Land keine echte Mikro-Ökonomie, so dass die Menschen dort ihre Nahrungsmittel selbst erzeugen.

*“Wir stellen fest, dass fast 60 Prozent der Menschen in diesen Gegenden sozusagen chronisch unter Armut leiden, d.h. das sie nicht einmal einen angemessenen Zugang zu nährstoffreicher Nahrung haben.” (M. Chibuye)*

Ich weiß, dass wir vor dieser Konferenz über Ernährungssicherheit redeten, und es wurde die Frage gestellt, warum wir uns nicht über Ernährungssouveränität statt über Ernährungssicherheit unterhielten. Im ersten Teil des ländlichen Warenkorbes haben wir uns sehr auf die Ernährungssicherheit konzentriert, weil wir alle Dimensionen der Ernährungssicherheit betrachten wollen: Gibt es Nahrung? Wird sie verwendet? Dienen die erzeugten Nahrungsmittel der eigenen Ernährung?

Beim JCTR haben wir uns intensiv um die Erstellung eines Warenkorbes für Lebensmittel bemüht, da wir wissen, dass die Situation unzulänglich ist. Vor zwei Jahren haben wir diese Richtschnur entwickelt, und laut dem Korb für die Gesellschaft sollten einem Menschen idealerweise 2.400 Kalorien zur Verfügung stehen. Wir haben uns häufig mit der Nationalen Ernährungskommission zu diesem Thema beraten. Es beunruhigt uns, dass im Februar 2009 in Masaiti durchschnittlich nur 1.200 Kalorien pro Tag und pro Person verfügbar waren. Schauen Sie sich diesen Mangel an! Wo ist das Ideal von mindestens 2.400 Kalorien pro Tag? Letztendlich reden wir immer noch über großen Hunger in diesem Land.

Die nächsten Dias, die ich Ihnen zeige, bestärken die Ergebnisse der Ernährungskommission und werden vielen bekannt vorkommen. Hier wird der Ernährungszustand von Patienten, die in einigen der großen Krankenhäuser in Sambia aufgenommen wurden, dokumentiert. In 2008 stieg die Zahl der Patienten mit Mangelernährung in Sambia steil an. Dies könnte zum Teil auf höhere Preise, zum Teil auch auf die Überschwemmungen usw. zurückzuführen sein. Aber dem ländlichen Warenkorb entnehmen wir, dass die Unterernährung allgemein sehr hoch ist. Diverse Organisationen bemessen den Grad der Mangelernährung auf unterschiedliche Weise, aber Menschen, die am Tag nur 1.600 Kalorien zu sich nehmen, leiden eindeutig Hunger. Was bedeutet dies im Hinblick auf angemessenen Zugang zu Nahrung oder hinsichtlich der Erfüllung anderer lebensnotwendiger Grundbedürfnisse? Was bedeutet dies für den Entwicklungsstand eines Landes wie Sambia?

In den ländlichen Gebieten gibt es unendlich viele Defizite bei der Erfüllung der notwendigen Grundbedürfnisse der Menschen außer Nahrung. Dienstleistungen und Versorgung sind mangelhaft, aber das muss ich Ihnen nicht sagen, denn ich weiß, dass einige von Ihnen diese Erfahrung auf dem Land schon gemacht haben. Für bäuerliche Haushalte gibt es kaum Möglichkeiten. Wenn es um den Grad der Armut und die Befindlichkeit der Menschen geht, dann sehen wir beim JCTR nur die Spitze des Eisbergs. Dann gewinnen wir unsere Argumente und Angaben aus Untersuchungen wie dieser. Es ist gut, dass wir weiterhin darüber nachdenken, was in Sambia passiert. In Uganda mag die Lage anders aussehen, aber in Sambia stellt sie sich uns in der hier beschriebenen Weise dar.

*(Siehe Anhang: JCTR Basic Needs Basket: Lusaka, Februar 2009)*



*Cosmore Mwaanga  
Ministerium für Landwirtschaft und Genossenschaften, Sambia*

## **“Die Landwirtschaft in Sambia bietet eines der größten Potentiale für eine Steigerung des Wirtschaftswachstums und für eine Reduzierung der Armut.”**

Sambia lässt sich in drei ökologische Zonen einteilen, wobei die Einteilung nach den Niederschlägen erfolgt:

- In der ersten Region liegt die Niederschlagsmenge bei weniger als 80 Millimeter pro Jahr.
- In der zweiten Region liegt die Niederschlagsmenge zwischen 800 bis 1.000 Millimeter pro Jahr.
- In der dritten Region beläuft sich die Niederschlagsmenge auf ca. 1.000 Millimeter pro Jahr. Der nördliche Teil des Landes liegt in der dritten Region, der südliche Teil in der ersten.
- 95 Prozent des bewirtschafteten Landes werden in Sambia durch Regen bewässert, nur 5 Prozent müssen künstlich bewässert werden.

In Sambia ist die Landwirtschaft sehr wichtig. Mehr als 70 Prozent der Bewohner Sambias sind in der Landwirtschaft tätig. Die Landwirtschaft bietet einige Möglichkeiten zur persönlichen Intervention, wenn man an das Thema der Armutsreduzierung denkt. Die Landwirtschaft macht 18 bis 24 Prozent des BIP aus. Wir haben einen nationalen Landwirtschaftsplan, der von 2004 bis 2015 gilt. Ein weiteres Planungsinstrument ist der fünf-

te nationale Entwicklungsplan. Im Wesentlichen geht es darum, eine veränderte Landwirtschaft zu schaffen, die produktiv, wettbewerbsfähig und nachhaltig ist.

*“Die Landwirtschaft in Sambia bietet eines der größten Potentiale für eine Steigerung des Wirtschaftswachstums und für die Reduzierung von Armut für die meisten Menschen.” (Cosmore Mwaanga)*

Wie wir bereits gehört haben, arbeiten mehr als 70 Prozent der Menschen in Sambia in der Landwirtschaft. Deshalb muss eines der ersten Ziele darin liegen, die Produktivität der Ernteerträge, der Vieh- und Fischbestände zu erhöhen. Bei den Kleinbauern in Sambia ist die Produktivität sehr gering. Das Produktivitätsniveau ist sehr, sehr gering. Also ist es eine große Herausforderung für uns, die Produktivität zu erhöhen, besonders bei den Kleinbauern. Außerdem müssen wir die Ernährung für hilfsbedürftige Menschen verbessern, die Exporterlöse erhöhen, und den Umgang mit natürlichen Ressourcen verbessern, welches ein weiteres Ziel innerhalb der Planungsinstrumente der nationalen Agrarpolitik und der Entwicklungspläne ist.

### **Krise durch hohe Lebensmittelpreise**

Die Welt erlebt gerade eine Phase hoher Lebensmittelpreise, die auf ein geringeres Angebot zurückzuführen sind und auf den Einsatz von Biomasse für die Kraftstofferzeugung. Es besteht eine weltweit erhöhte Nachfrage nach Lebensmitteln und anderen Rohstoffen, insbesondere im Osten. Außerdem sind die Ernteerträge in den Entwicklungsländern gesunken, und die meisten dieser Länder haben auch mit dem Problem der geringen Produktivität zu kämpfen. Diese Themen zu untersuchen, stellt eine große Herausforderung dar. Nicht vergessen dürfen wir die widrigen Klimaverhältnisse in Form von Dürren und Überschwemmungen. All diese Faktoren beeinflussen die landwirtschaftliche Produktion und führen dazu, dass die Nahrungsmittelbestände auf dem Markt knapper werden.

### **Steigende Lebensmittel- und Ölpreise**

Im Moment sind die Ölpreise auf dem Weltmarkt gesunken, aber als die Bauern die Felder für die zu erwartende Ernte bestellten, waren die Preise recht hoch und beeinflussten damit die Produktionskosten. Die Preise für Düngemittel sind gestiegen, und die am meisten vom Preisanstieg betroffenen Nahrungsmittel sind Mais, Weizen, Reis, Rindfleisch, Geflügel und Fisch. Immer noch unter der Einwirkung der steigenden Lebensmittelpreise im Land, wird Sambia jetzt auch noch vom drastischen Preisanstieg für importierte Lebensmittel betroffen. Dieses Phänomen trifft jedoch nicht nur auf Sambia zu.

Wir haben gehört, dass in einigen Ländern Demonstrationen stattfanden. Wie schon meine Vorredner erläuterten, ist ein allgemeiner Anstieg der Verbraucherpreise zu beobachten. Steigende Kraftstoffpreise führen zu erhöhten landwirtschaftlichen Produktionskosten – es besteht ein Zusammenhang zwischen Brennstoff- und Produktionskosten. So wird die Ernährungssicherheit für Haushalte in peri-urbanen und ländlichen Gegenden, die Lebensmittel einkaufen müssen, geringer.

## **Nährstoffversorgung**

Mangelnde Nährstoffversorgung und Krankheiten werden zunehmen. Es gibt Menschen, die keinen Zugang zu Nahrungsmitteln haben. Die Armut wird größer werden, wenn es von Seiten der Regierung keine ausreichenden Interventionen gibt, um die Nahrungsmittelproduktion zu subventionieren. Es ist jedoch unklar, bis zu welchem Grad die Regierung die Produktion subventionieren kann, ohne dass Verzerrungen des Marktes auftreten. Die durch steigende Brennstoff-, Dünger- und Nahrungsmittelkosten entstehende Belastung kann zu ernsthafter sozialer, politischer und wirtschaftlicher Instabilität im Land führen.

Wenn wir das Preisniveau für unser Maismehl betrachten, dann stellen wir fest, dass der Preis von Januar 2007 bis Juni 2008 rasant und kontinuierlich angestiegen ist. Ein Ende dieses Trends ist noch nicht abzusehen. Bei einigen anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen verläuft die Entwicklung gleich, und bei den Lebensmittelrohstoffen ist ebenfalls ein starker Preisanstieg zu verzeichnen.

## **Der Trend für Düngemittel**

Von Januar bis Mai letzten Jahres hat sich der Preis für Düngemittel fast verdoppelt, aber für die gegenwärtige Saison erwarten wir einen noch höheren Preisanstieg. Wir gehen davon aus, dass dieser Aufwärtstrend für Mais und Düngemittel anhält. Wie wir bereits erfahren haben, sind Düngemittel ein wesentlicher Bestandteil der Maisproduktion, und Mais ist unser Hauptnahrungsmittel.

Sambia muss die hohen Preise dazu nutzen, die Nahrungsmittelerzeugung zu erhöhen, denn dann könnte man Exportmärkte bedienen und die Hungernden könnten ein Einkommen erzielen.

## **Die Kehrseite der Medaille**

Bei uns gibt es auch Menschen, die die ständig steigenden Lebensmittelkosten nicht bezahlen können. Die Regierung und der private Sektor haben die Unterstützung für solche Haushalte erhöht. Einige Interventionsmaßnahmen sollten durchgeführt werden.

Selbst wenn wir diese Interventionsmaßnahmen durchführen, dann brechen sie vor den steigenden Kosten zusammen.

Hier in Sambia gibt es auch Sachzwänge, und die Politiker sagen einfach "in meinem Wahlbezirk gibt es Hungernde". Innerhalb des Wahlbezirkes ist jedoch gar nicht jeder von Hunger betroffen, aber am Ende werden im ganzen Wahlbezirk Lebensmittel verteilt. Die Frage des Targeting ist wirklich ein Problem. Die Lebensmittel, die in diesen Wahlbezirk fließen, werden den Marktpreis auch für die Bauern verzerren, die schwer gearbeitet haben, um den Mais zu produzieren.

### **Die notwendige Reaktion**

Als die Regierung bei der Krise im letzten Jahr intervenierte, kam auch das Thema der erhöhten Budgethilfe zur Sprache. Diese Hilfe richtet sich an 200.000 Bauern, von denen jeder mindestens einen Hektar bewirtschaften soll. Die notwendige Intervention, die die Regierung im letzten Jahr einleitete, diente nur dazu, die Zuteilung für das Hilfsprogramm zu erhöhen. Natürlich hat es auch einige Probleme beim Welternährungsprogramm bezüglich des Targeting oder der Durchführung gegeben, aber dieses wird verbessert, damit die Frage der Durchführung bestmöglich angegangen werden kann. Sie werden feststellen, dass die internen Ziele am Ende nur zu 50 oder 60 Prozent erreicht worden sind.

Eine weitere Reaktion der Regierung war die Bildung einer Projektgruppe zur Untersuchung der hohen Lebensmittelkosten. Untersuchungen über die Auswirkungen und über Möglichkeiten zur Linderung sollten ebenfalls angestellt werden. Mit dieser Politik sollte eine Art Sprungbrett für zukünftige Aktivitäten der Regierung geschaffen werden.

### **Weitere Herausforderungen**

Die größten Herausforderungen, denen wir hier in Sambia gegenüberstehen, sind häufige Dürreperioden und Überschwemmungen. In einem Teil des Landes mag es angemessene Niederschlagsmengen geben, aber in einem anderen Teil tauchen Überschwemmungen oder Dürrephasen auf. Außerdem gibt es spezifizierte Krankheiten. Im südlichen Teil des Landes wird hauptsächlich Viehzucht betrieben, und in den letzten Jahren gab es große Probleme mit dem Ausbruch von Krankheiten.

Unzureichende Agrarhandelsmöglichkeiten bilden eine weitere Herausforderung. Für einen Kleinbauern ist es unmöglich, einen Bankkredit zu erhalten. Warum? Weil die Bank eine Sicherheit verlangt, die der Kleinbauer nicht leisten kann.

*“Für einen Kleinbauern ist es unmöglich, einen Bankkredit zu erhalten. Warum? .... Sie werden feststellen, dass Marketing für die Menschen in ländlichen Gebieten äußerst schwierig wird.” (C. Mwaanga)*

Neben der geringen Produktivität, die bereits angesprochen wurde, besteht auch das Problem von HIV/Aids, das in erster Linie die Beratungsdienste beeinträchtigt hat. Menschen sind davon betroffen. Die Bauern haben Menschenleben und Arbeitskräfte verloren, letzteres auch deshalb, weil die Kranken gepflegt werden müssen. Außerdem ist das Straßennetz nur unzureichend ausgebildet, wodurch es für Menschen in ländlichen Gebieten äußerst schwierig wird, ihre Waren zu vermarkten.

Aufgrund der schlechten Infrastruktur haben private Unternehmen kein Interesse, in solchen Gebieten zu investieren. Wenn es um durchgeführte Maßnahmen geht, dann müssen wir auch von Erreichbarkeit und Zuverlässigkeit reden. Häufig kommt es vor, dass Saatgut im Stadtbezirk und der Umgebung in ausreichendem Maße vorhanden ist, aber in ländlichen Gebieten nicht zur Verfügung steht. Dadurch werden Produktivität und Überproduktion beeinflusst. Eine funktionierende Infrastruktur ist in der Tat der Schlüssel zur Verbesserung.

Wie wir bereits gehört haben, hat die Regierung das Budget auf ungefähr 7 Prozent erhöht, aber früher lag es nur bei fünf Prozent oder weniger. Die Maputo-Deklaration legt fest, dass jedes Mitgliedsland mindestens 10 Prozent seines Haushaltes für die Landwirtschaft bereitstellen soll. Innerhalb dieses Systems treten jedoch immer wieder Verzerrungen auf.

Ein weiteres Thema sind die Nahrungsmittelreserven. Wer unterstützt die Kleinbauern, wenn sie ihren Mais vermarkten wollen? Um die Produktivität zu steigern, benötigen sie besseres Saatgut. Die Frage des Marktes wurde bereits angeschnitten. Wenn der Bauer für seine Erzeugnisse hohe Preise erzielt, dann hat er einen direkten Nutzen. Also muss der Wert für die Erzeugnisse, die der Bauer produziert, steigen.

Wenn wir von denen reden, die am meisten Hunger leiden, dann müssen wir aber auch feststellen, dass ungefähr 10 Prozent der Ernte am Ende eines Tages verloren geht, und darüber muss auch gesprochen werden.

Bezüglich der mittel- und langfristigen Ziele beabsichtigt die Regierung, neue landwirtschaftliche Nutzflächen zu erschließen, die “farm groups” genannt werden. Aus diesem Grund versucht die Regierung, in jeder Provinz Grundstücke in der Größe von mindestens 100.000 Hektar zu finden. Einige Provinzen haben auf den Aufruf der Regierung bereits reagiert, und die Hauptarbeiten finden im Kasanga-Distrikt statt, einem Distrikt in

der Zentralprovinz. Unter den "farm groups" befinden sich kleine und mittlere Pachtgrundstücke sowie solche, die von Großbauern bewirtschaftet werden.

In Zeiten der sich ständig verändernden Umwelt ist die Frage nach der Sicherheit für die Landwirtschaft wesentlich. In Sambia findet man ungefähr fünf Prozent der Wassermasse im Süden. Aber wie viel davon nutzen wir? Sie werden feststellen, dass es nur wenig ist. Mittel- und langfristig muss die Infrastruktur weiterentwickelt werden.

### **Schlussfolgerung**

Bei unserer letzten Untersuchung konnten wir eine leicht überschüssige Maisproduktion feststellen, aber das Thema der Ernährungssicherheit sollte nicht in großem Rahmen, sondern auf der Ebene von Haushalten untersucht werden. In den Gebieten, in denen Misere die Ernährungssicherheit gefährdeten, sind die Naturkatastrophen alle überwunden.

Auch das Thema der Finanzierung ist wesentlich. Man mag recht gute Dokumente vorlegen, aber wenn diese Dokumente nicht finanziell abgesichert sind, dann sind sie wertlos. Für die Landwirtschaft ist es deshalb entscheidend, dass Gelder dahin fließen, wo sie benötigt werden, und innerhalb des Sektors müssen die richtigen Prioritäten gesetzt werden.





*Bärbel Höhn,  
Mitglied des Deutschen Bundestages*

## **10 Punkte europäischer und deutscher Agrarpolitik: Kriterien für und Auswirkungen auf nationale und internationale Marktregulierung**

**1** Finanzielle Unterstützung für Bauern ist das Kernstück der europäischen Agrarpolitik. Die Hilfeleistung für europäische Bauern war eines der Hauptmotive für die Gründung der Europäischen Union nach dem Zweiten Weltkrieg. Ungefähr 40% des EU-Budgets werden für die Landwirtschaft ausgegeben, aber es gab immer schon Diskussionen darüber, wofür wir die Bauern bezahlen.

In der Vergangenheit wurden die Bauern für die erwirtschaftete Menge bezahlt. Je mehr Weizen, Raps oder Mais ein Bauer erntete, desto mehr Geld erhielt er. So überrascht es kaum, dass das System der Subventionen zu einer massiven Überproduktion führte. Dieses System war anderen Ländern und Konkurrenten gegenüber auch sehr unfair.

Heute – das System wurde inzwischen reformiert – erhalten die Bauern direkte Zahlungen, die von der Größe der bewirtschafteten Fläche abhängen, egal, wie viel sie produzieren. Diese direkte Unterstützung bildet die sogenannte „erste Säule“ der Europäischen Agrarpolitik. Zusätzlich wurde eine „zweite Säule“ geschaffen. Sie unterstützt die ländliche Entwicklung und belohnt agrarpolitische Maßnahmen, die der Umwelt dienen – wie der Schutz von Wasserquellen, Vermeidung von Chemikalien wie Dünger oder Pestizide oder zunehmende Biodiversität. In die erste Säule fließen rund 80% der Landwirtschaftsgelder, in die zweite Säule ein Fünftel der Zahlungen. Meines Erachtens stimmt das Gleichgewicht nicht. Wir sollten die direkten Zahlungen senken und die Beträge erhöhen, die in die Umweltmaßnahmen der zweiten Säule fließen.

*“Wir sollten die direkten Zahlungen senken und die Beträge erhöhen, die in die Umweltmaßnahmen der zweiten Säule fließen”. (Bärbel Höhn)*

**2**Für die organische Landwirtschaft sollte mehr Geld bereitgestellt werden. In Deutschland werden ungefähr fünf bis sechs Prozent der landwirtschaftlichen Fläche für die organische Landwirtschaft genutzt. Der Bedarf an organischen Produkten steigt ständig, denn die Verbraucher schätzen ihre hohe Qualität und die umweltfreundliche Erzeugung. Aus diesem Grunde bin ich davon überzeugt, dass wir die organische Landwirtschaft in Europa ausweiten sollten, denn sie bietet unseren Bauern die Möglichkeit, die qualitativ hochwertigen Güter zu erzeugen, die viele Verbraucher wünschen. Letztendlich werden wir jedoch weiterhin beides haben: die konventionelle und die organische Landwirtschaft.

**3**Das gleiche kann von der Koexistenz der traditionellen Landwirtschaft und der Genetisch Veränderten Organismen (GVO) nicht behauptet werden. GVO stellen ein Risiko für die Zukunft unserer Landwirtschaft dar. Sobald GVO in der Natur freigesetzt werden, werden wir sie nie mehr loswerden. Danach wird es keine Rückkehr zu einer GVO-freien Landwirtschaft geben. Ein so großes Land wie Kanada kann heute keinen GVO-freien Raps mehr erzeugen. Deshalb wird das Thema der GVO in Europa so heftig diskutiert. Die meisten Verbraucher sind dagegen. Einige Länder wie Österreich und Ungarn haben genetisch veränderten Mais verboten. Meines Erachtens sollte Deutschland genauso handeln. Die Befürworter der GVO behaupten, dass ihre Technologie die Produktion steigern und den Hunger bekämpfen kann. Ich befürchte, das Gegenteil ist der Fall. Durch GVO wird es für die Kleinbauern in Afrika oder Asien noch schwieriger zu produzieren, denn sie müssen teuren GVO-Samen bei Firmen wie Monsanto kaufen. Diese Unternehmen haben kein Interesse daran, Armut und Hunger zu bekämpfen, sondern sie streben nach Gewinn und Macht für sich selbst und nicht danach, den Hungernden zu helfen.

*“Durch GVOs wird es für die Kleinbauern in Afrika oder Asien noch schwieriger zu produzieren” (Bärbel Höhn).*

**4**Der Klimawandel wird auf die Landwirtschaft in Europa und in Afrika starke Auswirkungen haben. Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change – Zwischenstaatlicher Ausschuss für Klimaänderungen) geht davon aus, dass die potentielle weltweite Nahrungsmittelproduktion nachlässt, falls die Temperaturen um mehr als ein bis drei Grad steigen. Afrika wird besonders stark betroffen sein. Nach den Aussagen des

IPCC, wird der Klimawandel auf diesem Kontinent zu größeren Wasserproblemen, zu geringerer Nahrungsmittelproduktion und zu abnehmenden Fischbeständen führen. Die Fläche, die landwirtschaftlich nutzbar gemacht werden kann, wird geringer werden sowie die Länge der Vegetationsperiode und das Erntepotential der Bauernhöfe. Außerdem zeigen die jüngsten Ergebnisse der Klimaforschung, dass selbst die unheilvollen Voraussagen des IPCC aus dem Jahr 2007 noch zu optimistisch sein könnten. Aus diesem Grund müssen wir bei der UN-Klimakonferenz in Kopenhagen im Dezember einen neuen internationalen Vertrag zum Klimawandel abschließen. Dieses Thema hat höchste Priorität.

**5** Lange Zeit wurde die Bioenergie als praktische Lösung gegen den Klimawandel angepriesen. Heute wissen wir jedoch, dass sie auch Teil des Problems sein kann. Die starke Nachfrage nach Biokraftstoffen kann auch weitere negative Auswirkungen haben, besonders für die Ernährungssicherung. Eine Politik, die zu vollen Tanks und leeren Mägen führt, dürfen wir keinesfalls unterstützen. 2007 setzte die EU bezüglich der Biokraftstoffe ein Ziel von 10%. Ein solches Ziel kann sinnvoll sein, aber nur, wenn es von strengen Umwelt- und Sozialstandards begleitet wird.

*“Eine Politik, die zu vollen Tanks und leeren Mägen führt, dürfen wir keinesfalls unterstützen” (Bärbel Höhn).*

Ich halte die Diskussion über Sozial- und Umweltstandards für dringend erforderlich. Unserem Klima nützt es nichts, wenn kostbare Regenwälder abgebrannt werden, damit Biokraftstoffe für europäische Autos produziert werden können. Außerdem ist es schädlich für die soziale Entwicklung, wenn Kleinbauern von ihrem Land vertrieben werden, um riesigen Plantagen von Biomasse für die Erzeugung von Biokraftstoffen Platz zu machen. In einigen Teilen der Welt passiert dies bereits, und wir müssen dem ein Ende bereiten.

**6** Jedoch glaube ich nicht, dass die Debatte über Sozial- und Umweltstandards sich auf Biokraftstoffe beschränken sollte. Das gleiche Problem haben wir auch mit anderen landwirtschaftlichen Erzeugnissen. Für die Wälder spielt es keine Rolle, ob sie niedergebrannt werden, damit Palmöl zur Herstellung von Biokraftstoff erzeugt wird oder zur Herstellung von Margarine. Für arme Bauern ist es unwichtig, ob sie von ihrem Land vertrieben werden, damit Soja für das Vieh oder für Biokraftstoff angebaut werden kann. Das Problem ist das gleiche, und deshalb sollten die gleichen Standards Anwendung finden.

Solche Standards dürfen jedoch nicht als Vorwand für Protektionismus dienen, damit ausländische Erzeugnisse keinen Zugang in die EU finden. Im Gegenteil, sollten wir als Europäer den Bauern in Uganda, Sambia, Indonesien oder Brasilien dabei helfen, diese Standards zu erfüllen und ihre Erzeugnisse zu liefern. Wir sollten Standards und gleichzeitig fairen Handel anstreben.

**7** Im Allgemeinen brauchen wir fairen Handel und keinen freien Handel, wenn es um landwirtschaftliche Erzeugnisse geht. In der Welt des "Freien Handels" setzen sich die Starken durch und die Schwachen leiden. Wir müssen Handelsrichtlinien schaffen, die jeden begünstigen. Die reichen, industrialisierten Länder sollten ihre Märkte öffnen, aber sie sollten weniger entwickelte Länder nicht dazu zwingen, das Gleiche zu tun.

Tatsächlich hat die EU Zolltarife abgeschafft und ihren Markt für 50 LDCs, einschließlich Uganda und Tansania geöffnet. Die im Jahr 2001 beschlossene „Alles-außer-Waffen-Initiative“ gewährt diesen Ländern zollfreien Zugang zur EU für alle Produkte, außer für Waffen und Munition und, bis zu einem gewissen Grad, Zucker und Reis. Diese Politik ist sinnvoll und ein guter Beitrag zum fairen Handel.

**8** Gleichzeitig sollten kleine und weniger entwickelte Länder das Recht behalten, ihre Bauern und Märkte zu schützen. Sonst könnte billige Überproduktion aus dem Ausland lokale Märkte zerstören und die örtlichen Bauern um ihre Existenz bringen. Wir konnten dies am Beispiel von Kamerun mit Hühnerfleischimporten sehen. Europäer essen lieber Hühnerbrust als das Flügelfleisch. Deshalb wurden die Hühnerflügel zu niedrigen Preisen nach Kamerun exportiert. Die Preise waren so niedrig, dass die Hühnerzüchter in Kamerun damit nicht konkurrieren konnten. Die örtliche Industrie brach zusammen, Tausende verloren ihren Arbeitsplatz und damit ihre Einkommensquelle. Außerdem wurde die Fähigkeit des Landes, für die Ernährungssicherung seiner Bevölkerung zu sorgen, geschwächt.

**9** Ein weiteres Hindernis für den fairen Handel sind Exportsubventionen der reichen Länder. Bei der Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation 2005 in Hongkong versprach die EU, diese schädlichen Subventionen bis zum Jahr 2013 abzuschaffen. Ich halte das für zu spät. Wir sollten sofort mit den Exportsubventionen aufhören. Aber das Gegenteil geschieht. Nach einer Erhöhung der europäischen Milchquoten beschloss die EU im Januar, die zusätzliche Milch mit Hilfe von neuen Exportsubventionen für Butter und Milchpulver zu verkaufen. Das ist unfairem Handel, der armen Bauern in Afrika schadet. Diese Exportsubventionen sollten abgeschafft werden.

Im Zusammenhang mit Agrarhandel gibt es noch einen weiteren Punkt, einen Skandal, gegen den wir etwas unternehmen müssen: die Lebensmittelspekulation. Wir erinnern uns alle daran, dass 2008 die Preise für Grundnahrungsmittel wie Weizen, Mais oder Reis sprunghaft anstiegen und zu einem dramatischen Anstieg der Nahrungsmittelpreise in der ganzen Welt führten. Wir erinnern uns auch alle an die Lebensmittel-Unruhen, die darauf folgten. Was war die Ursache für diese Preisspitze? Vor zwei Wochen veröffentlichte die UN einen Bericht zur Beantwortung dieser Frage. Folgendes ist das Ergebnis: Der Preisanstieg für Lebensmittel war auf die großangelegte Spekulation von Finanzinvestoren zurückzuführen. Als Folge davon wird in diesem Bericht eine stärkere internationale Kontrolle zur Unterbindung dieser Art von Spekulation gefordert. Dem kann ich nur zustimmen, denn wir können das Schicksal von hungrigen Menschen nicht von gierigen Spekulanten in London oder Chicago bestimmen lassen.

**10** Zum Abschluss noch eine letzte Beobachtung: In den letzten Jahren wurde der Landwirtschaft in unserer Gesellschaft, weder in Europa noch in Afrika, keine besondere Wertschätzung entgegengebracht. Nur wenige intelligente Kinder wollten Bauern werden. Es war viel reizvoller, in die Stadt zu ziehen und in einem Büro oder einer Bank zu arbeiten. Auch die Politiker hatten andere Prioritäten als die Agrarpolitik. Angesichts der Finanz- und der Wirtschaftskrise könnte sich das alles jedoch ändern. Die Landwirtschaft ist ein relativ stabiler Sektor der Wirtschaft. Im Gegensatz zu vielen Finanzprodukten sind die Erzeugnisse der Landwirtschaft real, sinnvoll und nützlich. Lassen Sie uns der Landwirtschaft den Respekt und die Aufmerksamkeit zollen, die sie verdient. Lassen Sie uns mehr in die ländliche Entwicklung investieren. Lassen Sie uns eine nachhaltige Agrarpolitik entwickeln! Und lassen Sie uns für fairen Handel sorgen!



## **Teil II**

# **Ernährungssouveränität oder Exportorientierung**





## **Zwischen Ernährungssicherung und (Export-)Marktorientierung: Zielkonflikt der realen Agrarpolitik**

Die unterschiedliche Nachfrage nach agrarischen Gütern bringt es mit sich, dass eine nationale Agrarpolitik sich einerseits an eigenen Bedarfen orientiert und/oder andererseits sich ein Land am internationalen Handel beteiligen und sich dort behaupten will. Die Ansätze bewegen sich zwischen Exportorientierung und Ernährungssicherung, zwischen lokaler Energieversorgung und der Produktion von Biotreibstoffen für den Export. Regierungen sind für die Entscheidung über die Richtung der Agrarpolitik verantwortlich. Doch welche Kriterien liegen dem zugrunde? Was hat Priorität? Ist die Exportorientierung Mittel zum Zweck der Ernährungssicherung oder konkurriert sie mit diesem Ziel? Wie kann Einfluss genommen werden, damit Nachhaltigkeit und Konzepte für die Zukunft in die Beratungen Eingang finden?

### **Kleinbauern unter Druck der großen Abnehmer**

Unter welchen Rahmenbedingungen ein sambischer Landwirt arbeitet, schilderte Burton Shinganga aus der Sicht eines Kleinbauern im Plenum der Konferenz: Er bewirtschaftet eine Farm im Südwesten von Lusaka mit Baumwolle und Mais. Der Mais dient als Nahrungsgrundlage seiner fünfköpfigen Familie. Baumwolle, eine Anbaufrucht, die sehr viel Sorgfalt und Arbeit bei der Kultivierung erfordert, wird für den Export produziert. Ein großes Problem stellen die Anforderungen der großen Agrarfirmer für die Kleinbauern dar: Sie verkaufen Saatgut und Pflanzenschutzmittel, damit eine gesicherte Qualität produziert werden kann. Andernfalls wird der Richtpreis nicht gezahlt. Die Aufkäufer bieten zu Beginn der Saison einen bestimmten Preis. Wenn aber nach sieben Monaten Kultur (mit sechs bis acht Behandlungen und drei Pflückdurchgängen) die Baumwolle verkauft werden soll, verweigern die Aufkäufer oft den vereinbarten Preis. Kleinbauern sind diesen Bedingungen ausgeliefert, wenn sie kein Alternativangebot haben.

Viele Betriebsmittel müssen auf Kredit gekauft werden. Wenn die Qualität nicht stimmt, was ein Landwirt erst nach der Ernte weiß, gibt es Preisabschläge und die Kredite können nicht zurückgezahlt werden. Weil dann die Maisvorräte oft nicht reichen und das Geld knapp wird, sind viele gezwungen, schon vor der Reife an Händler in Lusaka zu verkaufen. Die Bauern leben in einem Spagat zwischen Exportorientierung und Sicherung der eigenen Lebensgrundlagen.

Dass diese Erfahrung kein Einzelfall ist, bestätigte Daisy Herman (FIMARC, International Federation of Rural Adult Catholic Movements, Belgien). Sie habe im vorausgegangenen

EDP ähnliche Erfahrungen gemacht. Sie ergänzte, dass die Einschätzung, was ein ‚small scale farmer‘ sei, in allen Ländern sehr unterschiedlich sei. Beispielsweise gelte in Argentinien, wo Monokulturen v. a. von Sojabohnen vorherrschen, ein Landwirt mit 200 Acre Land als Kleinbauer, während andernorts die Durchschnittsgröße eines Kleinbetriebes bei 1 Hektar (etwa 2,5 Acres) liege. Die katholische Kirche (Caritas) unterstütze Landwirte darin, durch Diversifikation und Zusammenschlüsse sowie gemeinsame Vermarktung ein ausreichendes Einkommen zu sichern. Das sei aber unter Wettbewerbsgesichtspunkten durch die WTO nicht erlaubt gewesen, die Initiativen seien wieder zerlegt worden.

### **Kein Gegeneinander**

Einen wichtigen Hinweis zum Blickwinkel gab Evita Schmiege (BMZ) in ihrer Stellungnahme. Sie plädierte dafür, von einem Entweder – Oder abzugehen. Sambia habe ein großes Potenzial und genug davon, um sowohl für den Export produzieren zu können als auch Kleinbauern ausreichend Möglichkeiten zu bieten, den Eigenbedarf an Lebensmitteln zu erzeugen. Ein weiterer Punkt sei, dass die Handelsliberalisierung nicht an ihrem Ende angekommen sei. Jedes Land habe spezifische Bedingungen und es mache keinen Sinn, Märkte unkontrolliert zu öffnen. Für Afrika stelle sich die Frage nicht mehr, ob die Märkte offen sein sollten oder nicht, denn sie seien es längst und sie benötigten den weiteren Ausbau des Handels. Vielmehr gehe es um den Schutz einiger bestimmter Produkte und die Definition des Exportpotenzials. Drittens komme es darauf an, wie Regierungen die Liberalisierung gestalteten. Die wichtigste Frage sei, wie es Regierungen gelinge, einen entsprechenden Rahmen für Produktion und Handel zu setzen. Egal was diskutiert werde, immer komme man darauf zurück, dass ‚good governments‘ ohne Korruption die richtigen Anreize gebe.

Wesentlich sei, die Menschen nicht daran zu hindern, aktiv zu werden und zu produzieren. Und tatsächlich gebe es vielfältigen Handel bereits mit einem hohen Anteil an informellen Handelsbeziehungen über die Grenzen. Ein besonderes Augenmerk sei auf innerafrikanischen Handel zu legen. Sambia beispielsweise importiere sehr viel, aber sehr viel eben aus den Nachbarländern. Das sei ein ermutigendes Zeichen. Sie glaube, dass regionale Integration, regionale Märkte und regionale Improvisation wichtig seien und die einzelnen Länder davon mehr gebrauchen könnten.

### **Schere zwischen oben und unten geht weiter auf**

Lali Naidoo (ECARP, Eastern Cape Agricultural Research Project) stellte fest, dass die Erfahrungen der Kleinbauern unterschiedlicher Länder sich ähnelten und verallgemeinert werden könnten. Sie hätten durchweg kaum Autonomie oder Kontrolle über wirt-

schaftliche Aktivitäten und über ihre Lebensqualität. Ihre Abhängigkeit von großen Agrofirmaen und internationalen Konzernen in Sachen Saatgut oder Dünger beeinträchtigt ihre Chancen und Motivation, aktiv und lebendig am Markt teilzuhaben, lasse sie vielmehr zu Marionetten der Großunternehmen werden.

In Südafrika, so Naidoo, habe die Deregulation der Märkte und die Liberalisierung Gewinner und Verlierer. Gewinner sind oft Menschen an der Spitze der Wertschöpfungskette, beispielsweise in Kontrolleinrichtungen oder bei Eigentümern von Supermärkten oder Supermarktketten, die dann auch vorgeben, wie zu produzieren ist und was der Konsument wie angeboten bekommt. Und wieder seien die Kleinbauern Marionetten der Supermarktketten.

Im globalisierten Süden geht eine Deregulierung des Produktmarktes oft einher mit einer Deregulierung des Arbeitsmarktes. Das heißt, dass Farmer, die sowieso in instabilen Verhältnissen produzieren, nicht die Anforderungen des Arbeitsrechts erfüllen. Bezüglich eines Mindestlohnes, das zeigen die Erhebungen deutlich, können große Farmen diese Vorgaben eher erfüllen. Für viele kleine Farmer ist es unmöglich, einerseits die Anforderungen zu erfüllen und andererseits wirtschaftlich zu überleben.

Es ist zu sehen, dass eine Vielzahl von Farmarbeitern aus dem System sozialer Schutzmechanismen herausfallen, oft sind es Frauen oder Saisonarbeiter, die sich nur schwer organisieren lassen und die schlecht zu interviewen sind. Deshalb werden sie von Farmern nicht selten bevorzugt. Wir müssten uns fragen (lassen), wie wir damit umgehen, meinte sie sinngemäß.

Naidoo forderte eine breite Basis sozio-ökonomischer Schutzmechanismen für die ländliche Bevölkerung. Dazu gehöre ein garantierter Mindestlohn und Bildung mit dem Ziel, jeden einzelnen abzusichern und zu unterstützen. Erst danach rückten Qualität und Lebensstandard in den Blick, so dass Menschen menschenwürdig leben könnten.

Naidoo meinte, die Exportorientierung sei nicht der richtige Weg, vielmehr sei auf die richtige Balance zwischen dem Schutz der heimischen und lokalen Märkte und einer Exportorientierung zu achten. Denn das grundlegende Konzept der Nahrungssicherung sei nur über lokale Märkte zu garantieren. Es gehe darum, soziale Schutzmechanismen von unten nach oben zu installieren, es gehe nicht um die letzten Standards, aber um den Zugang zu Land und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln.

Sie hielt die Globalisierung auch deshalb für problematisch, weil sie Gesellschaften verändere, indem diese zunehmend zersplitterten und es begünstigten, wenn die Menschen immer eigennütziger denken und handeln würden.

*„ ...wir können diese Probleme nicht wie gewohnt angehen, und ernsthaft die Frage nach der Rolle des Marktes, d.h. welche Marktform wir tatsächlich wollen, stellen. Wir können den Markt so umgestalten, dass er die Landarbeiter in ländlichen Gebieten, und die Gesellschaft insgesamt, tatsächlich in ihrer Selbstbestimmung fördert. ....Die Landarbeiter in Südafrika sind in dieser Hinsicht kein Einzelfall, global gesehen sind Landarbeiter am wenigsten organisiert. Sie sind international die am schlechtesten bezahlten ... Wir müssen uns also Gedanken machen, wie die Globalisierung und Handelsregulierungen Gemeinschaften spalten, die einst einen Zusammenhang und eine Einheit bildeten und aufeinander angewiesen waren. Das löst sich heute auf, weil der Markt die Menschen dazu zwingt, selbstüchtig und egoistisch zu werden.“ (L. Naidoo).*

### **Gute Preise stützen Milchbauern**

Wie sich ein Unternehmen der Milch verarbeitenden Industrie im Markt verhält und welche Philosophie sein Unternehmen vertritt, schilderte Martin Njubvo vom Parmalat Zambia Ltd. 1998 ursprünglich Ableger des italienischen Mutterkonzerns hat Parmalat Zambia die südafrikanische Gesellschaft Bohita gekauft und sich mittlerweile verselbstständigt. Das Unternehmen kauft Milch von kommerziellen Farmern wie von Kleinbauern in Mengen von 2 bis 400 Litern täglich. Die meisten der rund tausend ‚small-scale-farmers‘ produzieren hauptsächlich für den Eigenbedarf und verkaufen lediglich den Überschuss. Parmalat arbeitet mit Kooperativen von Bauern zusammen, die das Abholen der Milch selbst organisieren. Parmalat sichert zu, alle verfügbare Milch auch abzunehmen. Das Unternehmen hat derzeit noch nicht genug Milch und kauft alles, was zu bekommen ist. Gleichzeitig investiert das Unternehmen, indem es die Landwirte ermuntert die Produktion auszuweiten, indem Geld in die Verbesserung der Hygiene gesteckt wird, indem auch Maßnahmen zur Verbesserung der Tiergesundheit ergriffen werden.

Zwar sind die Kosten sehr hoch, insbesondere im Süden des Landes, wo es viele Tierkrankheiten gibt, und insbesondere da, wo die Infrastruktur schlechter ist. Trotzdem liegt der Milchpreis in Sambia deutlich höher als in Kenia, wo Kleinbauern im Vergleich nur etwa ein Drittel des Preises erhalten. Sambische Milchbauern sind dadurch konkurrenzfähiger geworden mit insgesamt positiven Folgen auch für die Industrie. Auf diese Weise sind nicht nur die Kleinbauern gestärkt worden, sondern auch auf lokaler Ebene weitere Jobs entstanden.

*“Auch wenn wir von Ernährungssouveränität in Zusammenhang mit Solidarität, Wirtschaft und einigen unserer Bewegungen sprechen, geht es immer noch um souveräne Wirtschaften. ... Ich denke, dass wir sehr oft falsch liegen, weil wir uns nur darüber Gedanken machen, was wir tun können, um auf dem Markt zu sein. Wir vergessen dabei, dass wir uns in erster Linie darüber Gedanken machen sollten, welche Form nachhaltiger Entwicklung wir wollen” (D. Herman).*

Eine Bemerkung aus dem Auditorium brachte die Frage auf, ob es nicht notwendig sei, einen Paradigmenwechsel zu vollziehen und statt eines Katastrophenmanagements (z.B. bei Naturkatastrophen), das bisher vorherrschend sei, ein vorbeugendes Konzept der Reduzierung eines Katastrophenrisikos zu verfolgen und immanente Lösungen zu suchen. Die afrikanischen Gesellschaften seien sehr anfällig für diese Desaster; eigentlich werde erst reagiert, wenn repariert werden müsse. Dann werde Hilfestellung von außen erforderlich und gewährt. Richtig, so die Kommentare der Diskussionsteilnehmer, sei es, dass Landwirtschaft insgesamt ein gefährdeter Wirtschaftsbereich ist und von vielen grundlegenden Bedingungen wie dem Wetter und dem Klima abhängt. Weil die USA oder auch Europa in großem Maße für die Klimaveränderungen verantwortlich seien, seien sie auch gefordert Hilfe zu leisten und mit den Ländern des Südens zusammenzuarbeiten. Augenmerk sei sicher darauf zu richten, die Produktion zu stabilisieren und Risiken zu verhindern bzw. zu minimieren.

Brian Ssebunya (AMFRI, Uganda) vertrat in der Diskussion die Ansicht, dass Ernährungssicherheit nicht zu erreichen sei, wenn nicht die Souveränität der Bauern wiederhergestellt würde. AMFRI als Unternehmen, das sich dem ‚organic farming‘ (biologischen Landbau) und ‚fair trade‘ (fairen Handel) verschrieben habe, versuche, die Farmer in dieser Hinsicht zu schulen. Sie glaubten, dass es besser und dem Farmer zuzumuten sei, selbst zu entscheiden, was wachsen solle. Wenn der Landwirt die Kontrolle und Befugnis über seine eigene Produktion habe, sei das Risiko minimal. Er sei auch nicht abhängig von der Lieferung von Saatgut o.a.

Wenn die Landwirte so ihre eigene unternehmerische Verantwortung hätten, seien sie motiviert, weil sie den Erfolg ja auch für sich hätten. Das mache das System nachhaltiger. Dem stimmte Lali Naidoo uneingeschränkt zu. Diese Vorgehensweise sei eine Grundvoraussetzung von Ernährungssouveränität.

*“Unterschiedliche Anbausysteme und Methoden müssen gefördert werden, weil im Grunde auch unsere Arbeit (und wir arbeiten sowohl mit Landarbeitern als auch mit Kleinbauern) zeigt, wie wichtig das ist, was sie gesagt haben. Der Kleinanbau spielt auf dem informellen Markt eine so wichtige Rolle. Wie wir von dem Vertreter von Parmalat gehört haben, sind die Straßen in den ländlichen Gebieten*

*Afrikas schlecht und es gibt nicht genug Beförderungsmittel. Es gibt Landbesitzer, die unterschiedliche Nahrungsmittel biologisch anbauen, und die Menschen haben qualitativ gute Lebensmittel, die sie in der Stadt in den Geschäften kaufen können. So dient der Kleinanbau auch der lokalen Nahrungsmittelversorgung.*

*Er trägt auch dazu bei, den Klimawandel aufzuhalten, weil die Bauern mit unterschiedlichen Getreiden und nicht nur mit einer Getreidesorte wirtschaften. Und bei biologischen Anbaumethoden schmecken die Lebensmittel auch viel besser.“ (L. Naidoo)*

Ulrich Kelber (MdB) stellte die Frage nach notwendiger Unterstützung in technischer, organisatorischer und programmatischer Hinsicht. Das sei von elementarem wirtschaftlichem Interesse, um die Qualität der Produkte zu verbessern und die Produktion der Einzelbetriebe auch mengenmäßig zu steigern. Er habe das in ‚seiner‘ Gastfamilie des EDP gesehen, wo 3 Liter Milch über einen weiten Weg zu Fuß zur Sammelstelle gebracht werden musste und dann nicht angenommen wurde, weil sie angesäuert war. Technische Verbesserungen, z. B. die Pasteurisierung der Milch, oder organisatorische, z. B. die effektive Abholung der Milch, seien nicht nur von wirtschaftlichem Interesse, sondern darüber hinaus auch ein Teil sozialer Verantwortung.

*“Wir müssen uns darauf konzentrieren, den Bauern Marktzugang für Preise und Programme zu geben. Wir müssen auch versuchen, sie technisch zu unterstützen, um die Qualität der Produkte rechtzeitig zu verbessern.“ (U. Kelber)*

Martin Njubvo (Parmalat Zambia Ltd.) stimmte ihm zu und unterstrich, dass die Zukunft der (Milch)Industrie auch von den Kleinbauern abhängen, sie müssten sich aber zusammenschließen und in Gruppen/Kooperativen arbeiten. Das helfe ihnen, sowohl qualitativ gute Milch zu produzieren als auch die Produktion auszudehnen und zu wachsen. Aus Sicht seines Unternehmens könne er sagen: Indem es im eigenen Interesse arbeite, handle es auch im Sinne sozialer Verantwortlichkeit, denn dann erhielten die Farmer mehr Geld und könnten ihr Einkommen und ihre Ernährungssicherheit steigern.

Eine weitere Frage beschäftigte sich mit dem Aspekt der lokalen Integration. Wie könne es gelingen, dass Konsumenten und Produzenten, die städtische und ländliche Bevölkerung zu einem gemeinsamen Weg der Entwicklung kämen? Eine nicht zu unterschätzende Aufgabe auf allen Ebenen, so Lali Naidoo. In Südafrika, so ihr Eindruck, habe das Post Apartheid-System die herrschenden Verhältnisse mit weißen kommerziellen Farmern, die schon unter dem vorigen Regime an der Spitze der Leiter gestanden hätten, eher konsolidiert. Weil die Regierung daran aktuell nichts ändern wolle, mache das die Zertifizierung der Produktion und small-scale-farming sehr schwer. Die einzigen, die damit klar kämen, seien gut ausgestattete Farmer.

Diskutiert wurde auch, ob Kooperativen grundsätzlich der geeignete Weg seien, damit Kleinbauern ein höheres Produktionslevel erreichen könnten. Das sei sicher auch eine Frage des entsprechenden Produktes. Bei Zucker sei small-scale-farming nicht möglich, bei der Milch scheine es dagegen möglich zu sein, sich bestimmte Arbeiten zu teilen.

Kritisiert wurde von einem Teilnehmer des Auditoriums, dass in Europa Überschüsse produziert würden, während in Afrika die Kapazität nicht ausgenutzt werde. Er fragte, ob es nicht angemessen sei, Kleinbauern, die vergleichsweise geringe Kosten haben, die Produktionsausweitung zu erlauben und bei Investitionen zu unterstützen. Dann könnten pro Betrieb die ersten 5 bis 10 Liter schon rentabler produziert werden. Derzeit werde nur geerntet, was da sei, und nicht versucht zu wachsen.

Martin Njubvo erläuterte, dass Parmalat für die Ermittlung des Milchpreises bereits ein Bonus-System installiert habe, das unabhängig von der Größe des Betriebes gelte, wohl aber abhängig sei von der Qualität der gelieferten Milch (A,B,C-Milch). Die Kleinbauern haben seiner Aussage nach allerdings oft nicht das entsprechende Wissen und nicht die Ausstattung mit Produktionsmitteln, um A-Milch zu erzeugen. Um einen Anreiz zu schaffen, habe sein Unternehmen den Bonus für B-Milch eingeführt. Je besser die Qualität, desto besser zahlt Parmalat, was als Unterstützung der Kleinbauern gemeint ist.

### **Kapital für investitionswillige Landwirte**

Drei kritische Punkte gebe es in der agrarischen Entwicklung eines Landes, meinte Johannes Flosbach (Kaito Investment). Grund und Boden sowie Arbeitskraft seien vorhanden. Eine unsichere Gesetzgebung sowie der Zugang zu Wissen seien sicher nicht optimal und verbesserungsfähig und verbesserungswürdig. Einen wesentlichen Punkt habe die Diskussion aber bisher außer Acht gelassen, nämlich den Zugang der Landwirte zu Kapital, um überhaupt investieren zu können. Er halte es für einen Teil der Lösung, die Kleinbauern entsprechend mit Kapital auszustatten, um das Land bewässern zu können, die Mechanisierung voranzutreiben oder andere Investitionen zu tätigen, die die Steigerung der Produktion zum Ziel haben.

Daisy Hermann pflichtete bei, dass der Zugang zu Kapital und Wissen sehr wichtig sei. Allerdings müssten sich alle fragen, welches Wachstum man wolle. Ob Afrika zu einem zweiten Europa gemacht werden sollte? Die Osterweiterung der EU beispielsweise habe in den Oststaaten zur Folge gehabt, dass Hunderte und Tausende landwirtschaftliche Betriebe verschwunden seien. Diese Art und Weise der Entwicklung werde auch soziale Probleme bringen, gab Flosbach zu, der damit verbundene Strukturwandel werde sicher einige Farmer arbeitslos machen. Er glaube aber, dass es nicht richtig sei, den Agrarsek-

tor isoliert zu betrachten, denn Sambia sei auf vielen Sektoren zur gleichen Zeit unterwegs.

### **Die Rolle der Frauen**

Wenn es um Entwicklung in Afrika geht, müssten insbesondere die Frauen unterstützt werden, meinte eine andere Teilnehmerin. Sie brachte ein Beispiel ihres vorausgegangenen EDP. Sie sei in einer Gastfamilie gewesen, deren männliches Oberhaupt häufig nicht bei der Familie lebte, sondern insgesamt drei verschiedene Familien gehabt hätte. Während ihrer Anwesenheit habe er sich aber ständig blicken lassen, vermutlich wegen der hohen Bedeutung, die dem europäischen Besuch beigemessen wurde, vielleicht auch, um eventuell Gelder ‚abzuschöpfen‘. Für die Gastmutter war die Tatsache, dass der Ehemann noch andere Familien hat, der wesentliche Grund, wieder die Schule zu besuchen und so die Grundlage für ein eigenes Erwerbseinkommen zu legen. Die Geburt der außerehelichen Kinder habe ihr verdeutlicht, wie fragil ihre Situation sei.

Wenn man Auskommen und Wohlstand fördern wolle, sei die Förderung von Frauen ein wichtiger Ansatzpunkt. Sie hätten eine Menge Ideen, seien sehr engagiert und trotz ihrer unverschuldet schlechten Lebenssituation erfolgreich.

Geberländer müssten dies im Blick behalten. Sie könnten zwar Hilfe geben, um Gesetze und Rahmenbedingungen zu verbessern, nach dieser sehr persönlichen Erfahrung sei ihr aber deutlich geworden, dass ‚Gender‘, also die Rolle der Frauen ausschlaggebend sei. Familien hätten zwar ein großes Interesse, Kinder gut aufwachsen zu lassen und wirtschaftlich zu überleben. Frauen hätten aber keinen Anreiz, zum Wohlstand beizutragen, da alles dem Ehemann gehöre und er es mitnehme und sie mittellos zurücklasse, wenn er gehe. Im Falle seines Todes sei seine Herkunftsfamilie die erbende, nicht die Ehefrau. Diese kulturellen Gegebenheiten, die so völlig von denen in Europa abweichen, seien ein großes Hindernis für die Entwicklung.

Ergänzt wurde die Bemerkung, dass am Ende doch die Männer die Entscheidungen in politischen und wirtschaftlichen Themen trafen. Auch wenn sich die Frauen zusammenschlossen, müssten die Männer unbedingt miteinbezogen werden. Martin Njubvo (Parmalat) schilderte, dass Parmalat im Süden Sambias mit sechs Kooperativen zusammenarbeitet, deren Mitglieder in der Mehrzahl Frauen sind. Grund dafür ist, dass ein Regierungsprojekt installiert wurde, dass Kühe ausschließlich an Frauen vergab. Es gibt Kooperativen, die heruntergewirtschaftet wurden und sich erholten, als die Frauen das Ruder übernahmen. Das sei bei Mikrofinanzierung zu berücksichtigen.



### **... und der Middlemen**

Kooperativen mögen ein Ausweg sein, allerdings könnten viele Bauern nicht anders, als an Händler, sogenannte ‚middlemen‘ zu verkaufen, gab Father Hilary Muheezangango (Caritas Luweero, Uganda) zu bedenken. Viele der Kleinbauern lebten auf sehr wenig Land und könnten gar nicht wachsen, sie seien gezwungen, ihre Produkte schon zu verkaufen, bevor sie reif seien, einfach weil sie das Geld brauchten, nicht um den größten Profit zu machen. Für die Kleinbauern sei es eine große Herausforderung, wenn die Händler (vorzeitig) kommen und dann nur wenig Geld bieten.

Wenn diese Bauern unterstützt würden, möge es zunächst klappen. Zu berücksichtigen sei aber immer auch die Wirkung auf den Markt und die Ernährungssicherheit. Letztlich müsse die Nachhaltigkeit dieser Hilfe auch geprüft werden. Die Bauern versuchten, Früchte für den Markt zu produzieren. Sie müssten aber in die Lage versetzt werden, nicht nur für den Moment zu produzieren, sondern nachhaltig.

Kleinbauern profitieren davon, wenn sie bessere Produkte verkaufen können, betonte Martin Njubvo. Beispielsweise profitierten sie selbst davon, wenn die Tiergesundheit verbessert würde, denn von etwa 10 Litern Milch pro Kuh würde nur etwa 2 bis 3 Liter verkauft, den Rest verbrauche die eigene Familie. Parmalat unterstütze die Bauern, größere Einheiten zu bilden. Das Unternehmen helfe auch bei der Ausweitung der Weidehaltung, damit weniger Futter zugekauft werden muss. Mikrokredite seien wichtig und müssten breiter vergeben werden, wenn es darum gehe, die Weidehaltung durch Bewässerung auch in den trockenen Monaten zu gewährleisten.

### **Soziale Verantwortung**

Charles Chivweta (Norwegian Church Aid) stellte die kritische Frage nach sozialer Verantwortung der Unternehmen. Kleinbäuerliche Betriebe hätten im Gegensatz zu den großen Firmen wie beispielsweise Parmalat die niedrigste Rendite, sie machten die Erfahrung, dass ihre Art des Wirtschaftens immer weiter abwärts führe. Die großen Unternehmen hingegen hätten ein exponentielles Wachstum aufzuweisen und bestimmten die Preise. Im Ergebnis würde nie ein Kleinbauer wachsen können.

In Sambia würde von vielen Leuten diskutiert, dass die Unternehmen eine soziale Verantwortung hätten, aber nirgends sehe er sie verwirklicht. Er halte es für eine gute Rechnung, 10 Prozent eines Unternehmensgewinns an die öffentliche Verwaltung abzuführen, zweifelte aber an der Bereitschaft dazu. So könnten die Unternehmen soziale Verantwortung praktizieren. Wer bestimme, was die Unternehmen von den Bauern

nehmen? Firmen müssten transparenter machen, was sie bekämen und wofür sie es brauchten, forderte Chivweta.

Martin Njubvo machte für Parmalat klar, dass der italienische Mutterkonzern lediglich 70 Prozent der Anteile am Unternehmen halte, 30 Prozent gehöre den Bauern, kommerziellen wie Kleinbauern. Sie würden durch eine Gesellschaft vertreten. Ihre Interessen seien auch durch regionale Vertreter im Unternehmen präsent. Jeder Landwirt könne erfahren, wie hoch der Gewinn sei und die Bauern verhandelten die Preise auch.

### **Fazit**

Kleinbauern und Familien in Afrika, die landwirtschaftliche Produkte hauptsächlich für den Eigenbedarf produzieren, sind durch viele unterschiedliche Determinanten bestimmt: Die natürlichen Bedingungen, die Bedingungen regionaler und überregionaler Märkte, die Infrastruktur, kulturelle und traditionelle Lebensweisen und Arbeitsformen, gesetzliche Vorgaben und Rahmenbedingungen für Handel und Produktion. Inwieweit unter dem Aspekt der Öffnung der Märkte eine Exportorientierung oder die Ernährungssicherung für die heimische Landwirtschaft in erster Linie zielführend ist, bleibt weiter zu diskutieren. Beide Ziele dürfen aber nicht im Widerspruch zueinander, sondern sollten gleichbedeutend nebeneinander stehen. Der Zugang zu Märkten, zu Wissen und Kapital muss auch für Kleinbauern grundsätzlich möglich sein und verbessert werden, damit sie je individuelle Entwicklungsmöglichkeiten haben. Große Unternehmen tragen eine besondere Verantwortung für die Entwicklung eines Landes.

## **Teil III**

# **Genetisch veränderte Organismen (GVO) - Gefahr oder Chance für die Ernährungssicherheit?**



## Welche eigenen Wege können Entwicklungsländer gehen?

*Zusammenfassung der Diskussionsbeiträge zum Thema ‚Genetisch Veränderte Organismen (GVO): Gefahr oder Chance für die Ernährungssicherung im Kontext eines fairen Welthandels?‘*

An der Frage, ob GVO Fluch oder Segen für die Landwirtschaft sind, scheiden sich nicht nur in Europa die Geister. Die kontroverse Diskussion wird auch in den Ländern Afrikas zum Teil heftig geführt. Können genetisch veränderte Organismen in einer grünen Revolution den Kontinent retten und den Landwirten, auch den Kleinbauern, eine zukunfts-trächtige Perspektive in der Entwicklung bieten?

Oder handelt man sich mit der Zulassung von GVO nicht vielmehr eine Wirtschaftswei-se ein, deren Folgen für die Menschen, für den Boden, für die gesamte Natur und das Klima derzeit noch unabsehbar sind? Und wie kann ein Land reagieren, wenn es auf Nahrungsmittelhilfe angewiesen ist? Muss es nehmen, was zu bekommen ist, nämlich Lebensmittel, die womöglich auf gentechnisch veränderten Rohstoffen basieren? Wie finden, wie verantworten Staaten ihren eigenen Weg, wie grenzen sie ihn ab? Die Teilnehmer der Konferenz in Lusaka waren einhellig der Meinung, dass Vorsicht angebracht sei, wo es um die Zulassung von GVO gehe. Das wunderte nicht, denn lei-der, so der Moderator Peter Henriot (JCTR) sei es nicht gelungen, klare Befürworter von GVO als Konferenzteilnehmer zu bekommen. So kam zwar keine kontroverse Diskussi-on auf, es wurden aber einige kritische Aspekte aufgelistet.

### **Der Status quo in Sambia und Uganda**

Unter dem Blickwinkel der Ernährungssicherung, der eigenen Souveränität und der Überwindung von Hunger und Armut sowie unter dem Aspekt des weltweiten Handels und der Liberalisierung der Märkte scheint es immer schwieriger zu werden, eine ab-weichende eigene Haltung zu definieren und sie respektiert zu wissen. Sambia habe sich, das sei der derzeitige Stand der Dinge, so Peter Henriot vom JCTR und Mbikusita Lewanika vom National Institute of Scientific Research (NISR) in Sambia, dagegen ent-schieden, GVO zuzulassen; das Land habe aus diesem Grund selbst in einer akuten Si-tuation Nahrungsmittelhilfe aus den USA abgelehnt. Sambia wehre sich auch gegen GVO-Einfuhren aus dem benachbarten Südafrika.

*„...und der Präsident sagte, es werden keine GVO ins Land kommen. Drei bis vier Gründe wurden genannt:*

- Die noch ungeklärte Frage nach den Auswirkungen der Zulassung von GVO in der Landwirtschaft auf Kleinbauern.*
- Zweitens die Frage der Nahrungsmittelsicherheit an sich.*
- Drittens als Vorsichtsmaßnahme; falls es Zweifel an der Sicherheit und deren Auswirkungen gebe, dann wäre es das Beste, eine Zeit lang zu warten.*
- Und viertens, sagte der Präsident, es gäbe andere nicht genetisch veränderte Organismen, auch innerhalb der Region, und das würde von den USA nicht akzeptiert.“*

(Peter Henriot SJ)

Uganda scheint eine nicht so rigide Ablehnung von grüner Gentechnik zu vertreten wie Sambia, wurde in den Redebeiträgen deutlich. Nicht zugelassen ist dort offenbar GVO-Saatgut, gentechnisch veränderte Lebensmittel gibt es aber in den Regalen. Die Diskussion darum habe aber das Problem ins Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt, vor allem bei all jenen, die bis dahin nicht wussten, dass GVO vorhanden sind. Insbesondere bei verarbeiteten Produkten dürfte ein hoher Anteil GVO enthalten sein.

Auch die Positionierung der Nachbarländer Sambias zu GVO wurde diskutiert: Das Risiko sei hoch, weil viele Lebensmitteltransporte nicht nur quer durch die Welt, sondern auch in der Region hin und her gingen. So hätte jedes Land andere Regeln, was zum Beispiel auch die Akzeptanz der Lebensmittelhilfe angehe. Auch der informelle Handel über die Ländergrenzen hinweg sei nicht zu unterschätzen. Er liege bei schätzungsweise 30 bis 40 Prozent. Insofern könne man tatsächlich nicht ganz sicher sein, dass in Sambia kein GVO-Mais wachse. Auch wenn viele Proben genommen würden, sei der Grenzverkehr auf jeden Fall zu beachten.

Einig waren sich die Teilnehmer der Konferenz weitgehend, was die grundsätzlich sehr vorsichtige bis ablehnende Haltung der grünen Gentechnik anging. Negative Auswirkungen werden insbesondere auf die Wirtschaft, auf die Umwelt, auf die Menschen selbst, ihre Gesundheit oder auch ihre Lebensweise befürchtet. Hervorgehoben wurde vor allem, dass nach wie vor Forschung notwendig ist.

### **Dringender Forschungsbedarf**

Noch viel zu wenig sei bekannt über die Folgen von GVO, positive wie negative. Im internationalen Kontext, so Christoph Eichen (BMZ), werde deshalb eine sehr vorsichtige Sprache benutzt, wenn es um die Möglichkeiten des Einsatzes von GVO gehe. Aus diesem Grunde sei auch die deutsche Politik sehr zurückhaltend.

*“Wir sollten fragen: Wie könnten sich GVO auf die Situation der Kleinbauern auswirken? ... es zeigt sich, dass der Einsatz von GVO nur in einem größeren Kontext gesehen werden kann und von der Verfügbarkeit abhängt .... Welche Chancen und Risiken gibt es? Die Risiken liegen auf der Hand, unklar ist, welche Möglichkeiten der Einsatz bringt. Wenn wir die Ausgaben für die Erforschung der GVO betrachten, dann stellen wir fest, dass sie sehr eng mit den großen Märkten der OECD-Staaten verknüpft sind. So wurde viel Geld für eine größere Herbizidresistenz und für die Verbesserung der Lagerung von z.B. Tomaten ausgegeben. Viel weniger Geld aber wurde für wirklich wichtige Themen wie Ernährungssicherheit, Bekämpfung von Dürren, Salzhaltigkeit usw. aufgewendet. Aus diesem Grund glaubte die Bundesregierung nicht, dass GVO einen wesentlichen Beitrag zur Lösung dieser Probleme leisten könnten. ... Die G8 and andere ... sagten schließlich, dass weitere Forschung nötig sei, bevor man sich endgültig zu GVO äußern könne. Es handelte sich also nicht um eine bloße Werbung für GVO. Man verwendete eine sehr vorsichtige Sprache. Dies zeigt sich auch in unseren Diskussionen in Deutschland ... wir müssen die Forschung noch weiter verbessern, um mehr über die Chancen und Risiken dieser neuen Technologie zur Überwindung der Ernährungskrise zu erfahren.” (Christoph Eichen)*

Warum man sich nicht die Erfahrungen aus den USA zunutze mache, die schon einige Zeit gentechnisch veränderte Nahrungsmittel produzieren, wurde gefragt. Ein Land wie Sambia und dessen Regierung sollte die Wirkung auf Boden usw. in Erfahrung bringen, damit man daraus lernen könne.

Auch dazu sei bislang zu wenig geforscht worden, zumal in den USA Erzeugnisse beider Produktionsweisen ohne Unterschied nebeneinander auf dem Markt vorhanden seien und nicht auseinander dividiert werden könnten, so Pete Henriot.

Mbikusita Lewanika meinte, man entdecke die Konsequenzen von GVO-Anwendungen wohl erst Generationen später. Auch er betonte, sehr viel Geld werde zwar in die Förderung der GVO-Technologie gesteckt, nicht aber in die Erforschung der Effekte. Wer GVO zulassen wolle, müsse die gesamte Gesellschaft und ihre unterschiedlichen Interessengruppen berücksichtigen. Wer Experimente erlaube, brauche eine fundierte Risikoabschätzung. Es sei fraglich, ob in Sambia dafür ausreichend Expertise vorhanden sei.

*“Man nimmt ein Gen, bringt es in einen anderen Organismus ein, ohne die Kontrolle darüber zu haben, wo man es einbringt. Bis heute verstehen wir noch nicht genau, wie GVO erzeugt werden. Wir kennen noch nicht die Langzeitfolgen der Einführung von Genen. Aus diesem Grund beginnt hier die Kontroverse.  
... Deshalb glaube ich, dass die sambische Regierung um mehr Zeit für weitere Studien gebeten hat, aber offiziell sind GVO in Sambia nicht erlaubt. Es gibt ein Gesetz, das bald ausgeweitet wird und vorsieht, dass jeder einzelne Fall von einem Gremium unabhängiger Personen, die nicht von außen beeinflusst sind, überprüft wird.”  
(Mbikusita Lewanika)*

## Auswirkungen auf Kirche und Gesellschaft

Die Kirche tue sich schwer, eine eindeutige Haltung zu finden, so Pete Henriot in seinem Eingangsstatement. Sie befinde sich offenbar in einem Konflikt bei der Frage, ob die Zulassung von GVO zur Überwindung von Hunger und Armut ein realistischer und guter Weg sei.

*“Wir sollten uns darüber im Klaren sein, dass es auch in Kirchenkreisen kontroverse Diskussionen gibt.... Der Vatikan hat eine Konferenz zum Thema Ernährung der Armen und Hungrigen mit der Hilfe von GVO abgehalten. Auf der Konferenz befanden sich viele GVO Befürworter, aber wir fragten:“ Wäre es nicht gut, wenn man auch eine Stimme aus den Philippinen hörte, wo die Bischofskonferenz nein gesagt hat, eine Stimme aus Brasilien, wo die Bischofskonferenz nein gesagt hat, eine Stimme aus Südafrika, wo es bereits entsprechendes Material gibt und unsere eigene Stimme?“*

*... Interessanterweise legte Papst Benedikt XVI. vor zwei Wochen die Agenda für die Zweite Afrikasynode auf den Tisch... Sie enthält einen bemerkenswerten Abschnitt, in dem eine gewisse Vorsicht zum Ausdruck kommt. Es handelt sich um ein offizielles Dokument aus dem Vatikan, das zur Sicherstellung von Ernährungssicherheit aufruft. Aber diese Kampagne sollte ... die wahren Probleme der Landwirtschaft in Afrika nicht übersehen. Der Mangel an bebaubarem Land, an Wasser, Energie, Zugang zu Krediten, landwirtschaftlicher Ausbildung, lokalen Märkten und ländlicher Infrastruktur ... Ich finde es sehr interessant, dass es ein offizielles Dokument aus dem Vatikan gibt und einen Papst, der ein weiteres Dokument aus Afrika selbst vorlegt.“ (Peter Henriot SJ)*

Vom wissenschaftlich-ethischen Gesichtspunkt der katholischen Theologie aus, die durchaus von der Sozialdoktrin der Kirche auf globaler Ebene abweiche, argumentierte Markus Vogt, es gebe drei kritische Punkte:

- 1** Inwieweit dürften Akteure von außen überhaupt in das System einer Nation eingreifen? Wann sei man an dem Punkt, das Gleichgewicht eines komplexen ökologischen Systems zu zerstören?
- 2** Wer profitiere? Großartiges Wachstum durch die Anwendung der grünen Gentechnik werde versprochen, aber ob die Armen daran teilhaben könnten, sei fraglich.
- 3** Auch die ethische Dimension von politischer Macht sei an dieser Stelle zu diskutieren. Vogt war skeptisch, ob Regierungen in der Lage sein würden, diese technologische Entwicklung mit ihrem kapitalkräftigen Hintergrund seitens der Unternehmen zu kontrollieren. Den Firmen gehe es um den Zugang zu interessanten Märkten.

Vogt meinte, es sei eine Frage der Gerechtigkeit und eine Frage der Strukturen, eine Frage des Zugangs zu Märkten und eine Frage der Autonomie. Diese Probleme seien mit GVO nicht zu lösen.



Markus Vogt merkte an, es werde kolportiert, dass es eine Frage von Freiheit sei, GVO zu verwenden. Dadurch werde die Problematik aber verkürzt, denn die Folgen habe auch der Nachbar zu tragen. Es sei eine Frage für die Gesellschaft, alles müsse im Rahmen von Vorgaben geschehen. Zuallererst gehe es um nachhaltiges Wirtschaften, das auch für die Landwirtschaft der Kleinbauern Raum lassen müsse.

Vogt meinte weiter, weil die Marktwirtschaft als Wirtschaftssystem eng mit demokratischen Regeln verknüpft sei und für die Organisation der Gesellschaft elementar, komme es drauf an, klar zu analysieren, welche Regeln und Bedingungen für einen guten Markt, einen freien Markt notwendig seien.

Die Zulassung gentechnisch veränderter Organismen inklusive ihrer Auswirkungen sei nicht allein eine technische Frage, sondern ziehe grundlegende Folgen bezüglich der Wirtschaftsweise und bezüglich der Struktur landwirtschaftlicher Produktion nach sich. Letztere verändere sich mit der Anwendung grüner Gentechnik radikal, unabhängig vom einzelnen Produkt. Insofern könne es auch kaum ein Nebeneinander von gentechnisch veränderten sogenannten cash crops (wie z. B. Baumwolle) und nicht gentechnisch veränderten Lebensmitteln geben.

*“Für mich ist das Nebeneinander von einer Landwirtschaft mit oder ohne Gentechnik eine Frage des Risikos. In der Natur gibt es einen Austausch an genetischen Informationen. Deshalb muss die Gesellschaft entscheiden, welches Risiko sie eingehen will. Der genetische Austausch wird bis heute unterschätzt. Im Kleinanbau kann es nicht beides nebeneinander geben. Entscheidungen dazu können nur für eine größere Region und für eine lange Zeit getroffen werden. Deshalb liegt die Entscheidung bei der Gesellschaft.” (Markus Vogt)*

## **Ökologische Auswirkungen**

In einem offenen System sind immer auch die ökologischen Risiken einer solchen Technologie zu berücksichtigen. Manuel Benteler, der im Podium die internationale katholische Landjugendbewegung vertrat, äußerte die Befürchtung, dass bei Nutzung von GVO schnell der ‚Point of no return‘ erreicht werde, ähnlich wie beim Einsatz von Düngemitteln. In Sambia sei Landwirtschaft ohne Dünger beispielsweise nicht mehr denkbar. Es wies auf das Problem der Kontamination hin: Landwirte seien dann nicht mehr frei zu entscheiden, was auf ihren Feldern wachse, da die Felder auf lange Zeit kontaminiert würden, sobald GVO einmal zum Zuge kämen. Er hielt, wie auch andere Diskussions Teilnehmer, in einem solchen Fall die Biodiversität für gefährdet. Dabei sei sie die bessere Möglichkeit, negative Folgen zum Beispiel auch im Zuge des Klimawandels abzuwenden.

*“Ich habe gelesen, dass einige den Einsatz von GVO in Zeiten des Klimawandels für nützlich halten, damit genug Nahrung für die Menschen produziert werden kann, die dazu selbst nicht mehr in der Lage sind. Davon halte ich nicht sehr viel, denn ich glaube, dass GVO eine Gefahr für die Biodiversität darstellen, die meiner Ansicht nach am ehesten geeignet ist, den Klimawandel aufzuhalten.” (Manuel Benteler)*

Mit Bezug zum Klimawandel könne Gentechnik in Zukunft eventuell durchaus wichtige Möglichkeiten eröffnen, hielt Markus Vogt für diskutabel. Insbesondere weil Pflanzen sich damit sehr viel schneller an Umweltveränderungen anpassen könnten. Vor diesem Hintergrund seien aber intensive wissenschaftliche Forschungen vonnöten. Daran mangele es derzeit noch.

Mbikusita Lewanika warnte vor Monokulturen und Kontamination durch gentechnisch veränderte Organismen: Landwirte in Sambia, insbesondere small scale farmer, würden von einem zum anderen Jahr Saatgut der vorherigen Ernte nutzen und sich damit womöglich eine Kontamination der lokalen Varietäten (beispielsweise von Mais) einhandeln.

In der weiteren Diskussion um die ökologischen Auswirkungen wurde problematisiert, dass Farmer, die ohne GVO arbeiten wollten, die Beweislast für die GVO-Freiheit ihrer Produkte. Das setze sie enorm unter Druck, sei kaum zu leisten und mit erheblichen Kosten für sie verbunden mit den entsprechenden negativen Auswirkungen auf ihre Marktposition.

Im Gegenzug seien die großen Unternehmen, die GVO propagierten, auf Dauer am längeren Hebel. Denn auch wenn beispielsweise die Konsumenten in Europa mehrheitlich gentechnisch veränderte Lebensmittel ablehnten, komme die Technologie über die Hintertür über die Verfütterung entsprechender GVO-Futtermittel doch auf den Tisch. Weltweit stünden bereits auf mehr als 50 Prozent des Bodens GVO-Pflanzen, meist als Futtermittel für den Trog, so dass langfristig auch die anderen landwirtschaftlichen Produkte unweigerlich kontaminiert würden. So könnten die Firmen später argumentieren, die Verbraucher bekämen ja schon lange ohne nachteilige Auswirkungen GVO-Produkte.

## **Ökonomische Auswirkungen**

In einem globalen Markt treffen sehr unterschiedliche Haltungen aufeinander. In den meisten Redebeiträgen wurde moniert, dass die Zulassung von GVO einzig den großen US-Konzernen diene, die die Rechte an Entwicklung und Saatgut hielten. Letzten Endes

seien es vier große Unternehmen, von denen die Bauern dann in zunehmendem Maße abhängig seien. Es gebe dann beispielsweise keinen freien Handel von Saatgut mehr, was für die Kleinbauern aber sehr wichtig sei. Mit dieser Abhängigkeit ließe sich keine landwirtschaftliche Entwicklung für Arme durchführen, denn das Interesse der großen Konzerne sei es, Geld zu machen. Deshalb sei auch die Forschung nicht darauf ausgerichtet, den Armen zu dienen.

Kritisiert wurde auch, dass die afrikanischen Länder bei Nahrungsmittelimporten sich nur schwer gegen Nicht-GVO-Ware wehren könnten. Die USA seien eines der Hauptgeberländer des Welternährungsprogramms, das damit aber in erster Linie seine eigenen Bauern unterstütze und offensichtlich überhaupt kein Interesse an einer anderen Zielrichtung habe. Die Empfänger von Nahrungsmittelhilfe hätten keine Wahl: Entweder sie nähmen die zugedachte Hilfe an oder sie bekämen keine. Den Ländern werde damit über die Nahrungsmittelhilfe eine GVO-affine Haltung aufoktroiert.

*“Wer profitiert davon? Die US-Farmer. Sie richten sich sogar gegen die Nahrungsmittelhilfekonvention, nach der die Menschen eine Wahl haben sollen. Aber sie lassen uns keine Wahl. Alles oder nichts.” (Mbikusita Lewanika)*

Die Patentierung der gentechnischen Verfahren stelle ein weiteres Problem dar, das die Bauern in erheblichem Maße in Mitleidenschaft ziehe, weil es die Ernährungssicherung und die Nahrungsmittelsouveränität berühre. Seit Jahrtausenden habe es Zucht gegeben mit einer Verbesserung und Anpassung der jeweiligen Vorgängergenerationen. Jetzt plötzlich werde eine solche Technologie patentiert, in wessen Interesse? Eine mögliche Erklärung sei, dass sich die Forschung von öffentlichen oder staatlichen Institutionen hin zu privaten Unternehmen verschiebe, die als Tribut dafür eine Abgabe auf Saatgut etc. verlange. Für die Lebensmittelproduktion sei das letzten Endes eine Katastrophe.

Ein Interessenausgleich sei auch notwendig, wenn es darum gehe, lokale Investitionen zu tätigen, wurde in der Diskussion deutlich. Einerseits sei viel Kapital vorhanden, um die Gentechnik voranzubringen, andererseits fehle es aber, um beispielsweise die organisch-biologische Wirtschaftsweise zu fördern. Hier sei öffentliche Unterstützung dringend erforderlich.

Ein Argument gegen die Nutzung von grüner Gentechnik stütze sich auf die ohnehin großen Möglichkeiten Sambias: Entwicklung habe vom jeweiligen Status und vom Potenzial eines jeden Landes auszugehen, werde immer gesagt. Sambia habe GVO aber gar nicht nötig, es habe ausgedehnte fruchtbare Landstriche, die nicht mal zur Hälfte genutzt würde. Warum seien GVO überhaupt ein Thema, wenn die Sambier auch ohne Gentechnik die Fruchtbarkeit des Landes leicht steigern und nutzen und so die eigene Souveränität behaupten könnten?

Dass dies bislang nicht ausreichend gelungen sei, so Mbikusita Lewanika, liege zum Teil daran, dass die Regierung in den 90er Jahren nicht genug für die Landwirtschaft, nicht genug für die Vorratshaltung und nicht genug für die Unterstützung der Landwirte in Sachen Produktionssteigerung getan habe. Das sei in den letzten paar Jahren anders geworden.

*“Wir hatten nicht genügend Vorräte. Aber in den 90er Jahren gab es diese Strukturanpassung, und die Regierung kümmerte sich weder um die Landwirtschaft noch um die Vermarktung. Damit begann die Nahrungsunsicherheit. In den letzten Jahren ... hat die Regierung die ... Landwirte in Sachen Produktionssteigerung unterstützt.“*

(Mbikusita Lewanika)

Doch nicht nur mikroökonomische Folgen seien zu bedenken, auch makroökonomisch hat eine Gesellschaft die Folgen einer Entscheidung für oder gegen GVO zu tragen. Dass eine solche Entscheidung nicht zum Nulltarif zu haben ist, darauf wies Christoph Eichen hin. Die Entwicklungsländer sollten nicht übersehen, dass diese Technologie extrem kostspielig sei, wenn nach dem Vorsichtsprinzip sichere Standards wie in Europa aufgebaut und betrieben würden. Es sei die Gesellschaft, die letztlich dafür aufkommen müsse.

*“Es gibt wirtschaftliche Risiken. In erster Linie das sozio-ökonomische Risiko, wodurch sich die Abhängigkeit der Bauern erhöht. ... Dazu kommen die Marktrisiken, vor allem für export-orientierte Produkte. Bisher lehnen die Konsumenten in Europa ökologisch veränderte Nahrungsmittel ab, und wenn man für die Weltmärkte produziert, sollte man sich dieses Risikos wohl bewusst sein.“* (Christoph Eichen)

### **Auswirkungen auf die Menschen**

Auch auf die Menschen habe die Einführung und Zulassung von GVO nachteilige Wirkungen, so Mbikusita Lewanika. Traditionelle Wirtschaftsweisen mit ihren auch sozialen Aspekten (z. B. was das Miteinander der Menschen angehe) seien dann nicht mehr möglich und es gehe viel Lebensqualität verloren. Fraglich bleibe, ob und wie die Menschen mit den sozialen Folgen von einer durch Gentechnik geprägten Landwirtschaft zurecht kämen.

*“Nun zu den Verkaufsargumenten für GVO. Dafür spricht eine erhöhte Nahrungsmittelproduktion, die Produktivität steigt. Das zweite betrifft den Einsatz von Herbiziden. GVO sind so gezüchtet, dass sie herbizidresistent sind. Das heißt, dass man Herbizide auf die Felder aufbringen kann, ohne dass die GVO eingehen. Nur das Unkraut geht ein. ...Dadurch haben die Bauern mehr Zeit, denn sie müssen kein Unkraut mehr jäten. Was aber machen sie mit dieser gewonnenen Zeit? Es wird ihnen fehlen, beim Unkraut-*

*jäten miteinander zu arbeiten und zu lachen. Deshalb müssen die sozialen Auswirkungen auf jeden Fall berücksichtigt werden.“ (Mbikusita Lewanika)*

Ein weiteres Risiko sind die möglichen negativen Auswirkungen durch gentechnisch veränderte Lebensmittel an sich auf die Gesundheit der Menschen. Bis jetzt gibt es offenbar keine soliden, verlässlichen Informationen dazu. Auch weil deren langfristige Folgen derzeit noch überhaupt nicht abschätzbar sind, sei Vorsicht geboten. Die sambische Regierung habe sich auch aus diesem Grund, so Mbikusita Lewanika, gegen GVO entschieden: Wenn es inhärente Probleme mit GVO-Nahrungsmitteln geben sollte ( z. B. verstärktes Auftreten von Allergien), wären davon bestimmte, ohnehin benachteiligte gesellschaftliche Gruppen mehr betroffen, die Alten, die Kranken, die Armen, die sich eine gute, gesunde Ernährung nicht leisten könnten.

### **Schlussfolgerungen**

Das Spannungsfeld bleibt bestehen und die Diskussion blieb zum Ende hin offen. Die Teilnehmer der Konferenz in Lusaka waren sich einig, dass Vorsicht geboten ist, was gentechnisch veränderte Nahrungsmittel angeht, sowohl in Bezug auf die Lebensmittelhilfe als auch auf die Produktionsbedingungen und die Wirtschaftsweise eines Landes. Sie waren überwiegend der Meinung, dass die Zulassung von GVO eher eine Gefährdung der kleinbäuerlichen Landwirtschaft nach sich ziehe, ganz unabhängig von den noch unabsehbaren Folgen für die Gesundheit der Menschen oder für die Umwelt.

Sambia reklamiert für sich das Recht, einen eigenen Weg zu finden, weiter zu forschen und ohne Einfluss von außen unabhängig entscheiden zu dürfen. Insofern gebe die Regierung mit ihrer derzeit ablehnenden Haltung der Forschung Spielraum und Zeit, um neue Kenntnisse zu gewinnen, sagte Mbikusita Lewanika.

Die Redebeiträge der deutschen Konferenzteilnehmer bildeten die in Deutschland vorherrschende Ablehnung von GVO-Nahrungsmitteln ab. Deutschland geht in der Entwicklungshilfe ebenfalls einen zurückhaltenden Weg und will vorrangig Projekte zum nachhaltigen Wirtschaften fördern und nicht Projekte, die den Einsatz von GVO voranbringen.



## **Teil IV**

# **Internationaler Handel unter den Aspekten Ernährungssicherung und Energieversorgung**





## Nur fairer Handel trägt zur Armutsbekämpfung bei

*Angela Mwape Mulenga,  
Consumers' Unity and Trust Society  
(CUTS-ARC), Zambia*



Dieser Vortrag beschäftigt sich damit, wie die internationale Agrarpolitik Ernährungssicherheit und Energieversorgung in Afrika sicherstellt. Ebenfalls betrachtet werden internationale Richtlinien, die die Nahrungsmittelproduktion sowie die Teilnahme afrikanischer Länder am Agrarhandel fördern oder unterminieren. Des Weiteren werden Empfehlungen ausgesprochen, inwieweit ein menschenrechtlicher Ansatz angewendet werden kann, um fairen Handel zu erzielen, der die Ernährungssicherung im Süden unterstützt.

Die Definition für Ernährungssicherheit, die beim Welternährungsgipfel 2002 festgelegt wurde, besagt, dass Ernährungssicherheit dann existiert, wenn jeder Mensch zu jedem Zeitpunkt einen physischen und ökonomischen Zugang zu ausreichender, sicherer und gesunder Nahrung hat, damit er ein aktives und gesundes Leben führen kann. Die Ernährungssicherheit kann jedoch von diversen Faktoren wie Klima, Naturkatastrophen, Krieg, Unruhen, Bevölkerungswachstum, Fehlen einer wirksamen Agrarpolitik und von Handelsbeschränkungen beeinflusst werden. Der Schwerpunkt dieses Vortrags liegt jedoch auf dem Agrarhandel und der Ernährungssicherung.

### **Zielorientierung: Pro-Poor-Growth- Politik**

Die Befürworter der Handelsliberalisierung behaupten, dass sie zu wirtschaftlicher Entwicklung führt, und dieser Ansatz muss bei der WTO, der Weltbank, dem IMF und an-

deren Vereinbarungen zum freien Handel durchgesetzt werden. Da die Handelspolitik durch ihren Einfluss auf das Wirtschaftswachstum und eine gerechte Einkommensverteilung auch eine Auswirkung auf Armut hat, beeinflusst eine Wachstumspolitik für die Armen die Reduzierung der Armut stärker als eine Wachstumspolitik per se. Angesichts des gegenwärtigen Handels- und Investitionsklimas, kann eine offene und einfache Handelspolitik externe Disziplin fördern, eine inländische Marktverzerrung reduzieren und den Spielraum für eine irrige oder unausgewogene Politik einschränken.

Obwohl die Exportorientierung der landwirtschaftlichen Produktion ein bedeutender Faktor im Kontext der Liberalisierung der Märkte ist, geleitet durch nationale Regierungen und internationale Interessen, nutzt sie hauptsächlich den entwickelten Ländern und untergräbt die Ernährungssicherung. Dies zeigen zahlreiche Untersuchungen und Dokumente aus den letzten zehn Jahren. Besonders auf dem landwirtschaftlichen Sektor in Afrika hatte die Handelsliberalisierung negative Auswirkungen. Es muss erwähnt werden, dass der Agrarhandel den Export von Nahrungsmitteln in Afrika bis zu einem gewissen Grad gefördert hat, aber Kleinbauern, die nicht über Ernährungssicherheit verfügen, haben vom Agrarhandel weder auf nationaler noch auf internationaler Ebene profitieren können. Dies liegt an strengeren Handelsrichtlinien.

Die meisten Entwicklungsländer und LDCs sind Mitglieder der WTO und sind an das Abkommen über Landwirtschaft (AOA), das in der Uruguay-Runde (1986-1994) verhandelt wurde, gebunden. Gemäß diesem Abkommen ist der Einsatz von nichttarifären Handelshemmnissen illegal und Entwicklungsländer werden verpflichtet, die gebundenen Zölle für die landwirtschaftliche Zolllinie zu senken. Gegenwärtig beträgt die Zolllinie in den meisten Fällen 20 %. Die Lage in der WTO untergräbt in der Tat die Entwicklung des Agrarhandels in Afrika. Die Situation wird noch dadurch verschlimmert, dass es unter einigen Freihandelsabkommen, die mit afrikanischen Ländern verhandelt werden, wie zum Beispiel Wirtschaftspartnerschaftsabkommen, einen Ruf nach Abschaffung von 99% der Zölle auf alle Waren und Dienstleistungen, einschließlich landwirtschaftlicher Erzeugnisse, gibt.

## **Handelsrichtlinien, die die Ernährungssicherheit unterminieren**

Zu den komplexen Faktoren innerhalb der internationalen Handelsabkommen bezüglich des Agrarhandels, die die Ernährungssicherheit in Afrika unterminieren, gehören unter anderem folgende:

### **► Ursprungsregeln**

Viele Industriestaaten bieten den LDCs besondere Programme an, damit sie vom Handel profitieren können. Dies wurde jedoch durch die Ursprungsregeln eingeschränkt, obwohl man erkannt hat, dass die Ursprungsregeln vom präferenziellen Marktzugang profitieren können. Diese Regeln legen fest, ob und unter welchen Voraussetzungen der Ursprung einer Ware einem bestimmten Land zuzuerkennen ist und ob die Ware für einen präferenziellen Marktzugang qualifiziert ist. Die Länder müssen den Ursprung der Ware mit Zertifikaten von bestimmten Institutionen belegen.

Damit die Entwicklungsländer aus diesen Regeln einen Nutzen ziehen können, sollten sie benutzerfreundlich und einfach abgefasst werden, sodass ein Marktzugang zu den Industriestaaten auch optimal erreicht werden kann. Restriktive Ursprungsregeln reduzieren die Wettbewerbsfähigkeit auf den Binnenmärkten und untergraben die regionale und internationale Wettbewerbsfähigkeit von Erzeugern in Ländern, in denen wenig Material vorhanden ist. Die Ursprungsregeln sollten asymmetrisch sein, um den Grad der Entwicklung zu berücksichtigen, und sie müssen so gestaltet sein, um eine langfristige Entwicklung und ein Wirtschaftswachstum für afrikanische Länder zu ermöglichen.

### **► Quoten**

Obwohl bestimmte afrikanische Länder, besonders die LDCs, einen zoll- und quotenfreien Marktzugang erhalten haben, müssen sie trotzdem noch ihre Exportquoten beschränken. Es ist erstaunlich, dass einige Industriestaaten ihre Quoten erhöhen, um mehr Exporte verzeichnen zu können, während die Quoten für afrikanische Länder reduziert werden. Dies konnte anhand der letzten Quotenerhöhung für Milch in der EU festgestellt werden, wodurch Exporte erhöht werden konnten und man mit der Milchproduktion in afrikanischen Ländern konkurrierte.

### ► **Standards**

Das Festsetzen von Standards für den Agrarhandel soll zu einem verstärkten Marktzugang für Waren durch Verbesserung der Sicherheit, der Qualität und der Wettbewerbsfähigkeit führen. In den meisten Fällen begünstigen diese Richtlinien die afrikanischen Länder jedoch nicht, da sie wie nichttarifäre Handelshemmnisse wirken. Diese Standards werden von den Industriestaaten festgesetzt und liegen außerhalb der technischen Möglichkeiten der meisten afrikanischen Länder. Außerdem berücksichtigen sie die besonderen und finanziellen Bedürfnisse dieser Länder nicht. Es gibt auch keine wirksame Beteiligung an der Festlegung der Standards. Festzustellen ist auch eine unzureichende technische Kooperation seitens der entwickelten Länder, um die Kompetenz der afrikanischen Staaten bezüglich des Arbeitskräftepotentials, des technischen Know-How, der finanziellen Mittel und der Ausstattung, wie z.B. durch Laboratorien, zu verbessern.

### ► **Wertschöpfung**

Den meisten afrikanischen Ländern ist es nicht gelungen, landwirtschaftliche Erzeugnisse mit Wertschöpfung zu exportieren, sondern sie exportieren nach wie vor hauptsächlich Rohstoffe. Die Aufrechterhaltung der Zollbefreiung für den Export landwirtschaftlicher Erzeugnisse der entwickelten Länder nach Afrika, trägt zur Zerstörung der landwirtschaftlichen Verarbeitungsindustrie in Afrika bei. Afrika wird normalerweise mit starkem Wettbewerb durch Importe von meist hochwertigen Gütern konfrontiert. Ein Weg aus dieser Situation sind massive Investitionen in die afrikanische Handelsinfrastruktur, da das technische Know-How für die Errichtung von Aufbereitungsanlagen fehlt. Wichtig ist auch, empfindliche landwirtschaftliche Produkte mit Potential zur landwirtschaftlichen Verarbeitung zu schützen, indem höhere Zölle für die Importe von verarbeiteten Erzeugnissen aus den Industriestaaten festgelegt werden. So hat Südafrika seine Weizen verarbeitende Industrie durch einen Importzoll von 23 % geschützt, während Mosambik sogar einen Zollsatz von 30 % erhebt. Afrikanische Regierungen sollten die Errichtung von Verarbeitungsanlagen in ländlichen Gegenden, wo die landwirtschaftlichen Erzeugnisse hauptsächlich erwirtschaftet werden, vorrangig behandeln.

Die oben genannten Handelsrichtlinien erschweren die Teilnahme von LDCs wie Sambia am Agrarhandel und unterminieren die landwirtschaftliche Produktion durch Importe aus den entwickelten Ländern. Sie stellen somit eine Herausforderung für die Ernährungssicherheit dar.

## Der menschenrechts-basierte Ansatz

Der Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (ICESR) ist das wichtigste internationale Menschenrechtsinstrument zum Schutz des Rechtes auf angemessene Nahrung. Das Recht auf Nahrung wird wie folgt beschrieben: „Das Menschenrecht auf Nahrung gilt dann als erfüllt, wenn jedes Kind, jede Frau und jeder Mann, allein oder in Gemeinschaft mit anderen, jeder Zeit und aus eigener Kraft Zugang in Würde hat zu quantitativ, qualitativ und kulturell angemessener Nahrung und über die entsprechende Kaufkraft verfügt, um sich versorgen zu können“.

In diesem Pakt werden auch die Verpflichtungen der Staaten zur Durchsetzung des Rechtes auf angemessener Nahrung auf nationaler Ebene definiert. Es handelt sich um folgende:

- Die Verpflichtung zu respektieren bedeutet, dass Länder den bestehenden Zugang zu Nahrung respektieren und keine Schritte unternehmen sollen, wodurch der Zugang zu Nahrung erschwert oder verhindert wird.
- Die Verpflichtung zu schützen bedeutet, dass Regierungen Gesetze verabschieden müssen, die verhindern, dass mächtige Einzelpersonen oder Unternehmen das Recht auf angemessene Nahrung für Einzelpersonen verletzen oder ihnen entziehen.
- Die Verpflichtung zu gewährleisten bedeutet, dass Staaten proaktive Maßnahmen ergreifen müssen, um den Zugang der Menschen zu angemessener Nahrung verstärkt zu ermöglichen.

Es muss erwähnt werden, dass die meisten Länder, besonders die entwickelten Länder, den ICESR ratifiziert haben. Deshalb müssen sie die Richtlinien respektieren und dazu beitragen, dass das Recht auf Nahrung auch in anderen Ländern gewährleistet werden kann, wenn Handelsvereinbarungen der WTO und Freihandelsvereinbarungen wie Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) ausgehandelt werden. Afrikanische Staaten sollten auch garantieren, dass keine Handelsvereinbarung die Fähigkeit des Staates zum Schutz und zur Gewährung des Rechtes auf angemessene Nahrung für seine Bevölkerung untergräbt. Wenn Sambia z.B. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen unterzeichnet, dann bedeutet dies, dass es das Recht auf Nahrung nicht schützen kann und somit die Verpflichtungen des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte verletzt.

## Fazit und Empfehlungen

Aus meinem Vortrag geht deutlich hervor, dass der internationale Agrarhandel die entwickelten Länder mehr als die afrikanischen Staaten begünstigt hat. Dies ist zurückzuführen auf die unfairen Spielregeln der Handelsrichtlinien. Die meisten afrikanischen Regierungen haben die Landwirtschaft vorrangig behandelt, um die Ernährungssicherheit zu gewährleisten. Zu diesem Zweck haben sie entsprechende politische Maßnahmen durchgesetzt, die aber in den meisten Fällen durch die internationale Handelspolitik untergraben werden. Deshalb ist es erforderlich, dass diese Richtlinien flexibel gestaltet werden, und dass der Handel dazu beitragen kann, die Armut zu senken und die Ernährungssicherheit zu fördern, und zwar im Süden und im Norden. Afrikanische Regierungen sind sich über die Faktoren einig, die den policy space nicht unterminieren sollten. Wichtig ist auch, dass die importierenden und exportierenden Länder die internationalen Abkommen einhalten, die sie geschlossen haben, wie z.B. die Millenniums-entwicklungsziele (MDG), die Maputo-Erklärung und die ECSR, damit das Recht auf Nahrung gewährleistet wird. Im Folgenden meine Empfehlungen:

- Handelsrichtlinien müssen die Armen sowie die Entwicklung unterstützen, damit Ernährungssicherheit geschaffen werden kann. Wenn das geschieht, dann kann Handel zur Reduzierung der Armut führen.
- Ideale Agrarhandelsbeziehungen zwischen zwei ungleichen Partnern sollten
  - Handelsverträge auf Gegenseitigkeit abschaffen (90% sind zu viel) und regionale Märkte aufbauen
  - den Markt verbessern = Ursprungsregeln, SPS-Abkommen, Wertschöpfung
  - auf dem Erreichen von Zielen sozio-ökonomischer Indikatoren basieren anstatt auf dem prozentualen Anteil der gehandelten Waren
  - dem Schutz der Kleinerzeuger und der regionalen Märkte und der Förderung regionaler Integration in Afrika dienen
  - zur Abschaffung von Versorgungshindernissen durch Investition in die Handelsinfrastruktur beitragen.
- Afrika hat in den 90er Jahren eine Phase der starken Liberalisierung erlebt, sodass die afrikanischen Regierungen heute eine weitere Liberalisierung vermeiden sollten.
- Handelsvereinbarungen müssen mit nationalen Strategien zur Armutsreduzierung und mit nationalen Entwicklungsplänen übereinstimmen.
- Es besteht ein Bedarf an verstärkter internationaler finanzieller und technischer Unterstützung für eine Entwicklung der Produktions- und Handelskapazitäten der afrikanischen Länder.

## **„Die Regionen können anders an ihrer unterschiedlichen Wirtschaftskraft arbeiten, als unter jedem globalen Freihandelsabkommen“**



*Ulrich Kelber,  
Mitglied des Deutschen Bundestages*

Ich wurde gebeten, über die Stellung Europas im internationalen Agrarhandel, die Rolle Europas und die Rolle der Agrarpolitik in der Europäischen Union zu sprechen. In letzter Zeit hat es einige sehr gute Erklärungen von nationalen Parlamenten und dem Europaparlament selbst gegeben, und mitunter eine ganz andere Position der Europäischen Kommission. Was ich versuchen will, ist Ihnen meinen persönlichen Standpunkt darzulegen, einen Einblick in einige der Diskussionen zu geben und eventuell die Frage nach einem gemeinsamen Verständnis der meisten von uns diskutierten Punkte anzusprechen.

Erstens: Es gibt ein Recht auf Nahrung, denn es ist das erste grundlegende körperliche Bedürfnis eines jeden Menschen. Ein Recht auf Computer, Autos oder andere Dinge besteht nicht. So gesehen ist es geboten, sich mit dem Thema Nahrung und internationalen Handelsabkommen zu befassen. Zweitens: Nur eine größere Nahrungsmittelproduktion in den Entwicklungsländern kann den Hunger beenden und Ernährungssicherheit garantieren. Die Vorstellung, dass fünf oder sechs Regionen in der Welt wie Brasilien, Nordamerika und Europa die Welt ernähren ist lächerlich und gefährlich. Die Handelsliberalisierung in den letzten Jahren hat etwas Wichtiges bewirkt. Doch wie wir während des Exposures gesehen haben – nachdem wir vorher nur theoretische Kenntnisse hatten – trifft das für die meisten Menschen in den Entwicklungsländern nicht zu und schon gar nicht für den Großteil der Gesellschaft in anderen Regionen.

## **Die Idee von einem Internet für Nahrungsmittelversorgung**

Ich bin von Beruf Informatiker. Mitte der achtziger Jahre sagten einige, dass EDV nur so funktionieren – mit Rechenanlagen so groß wie diese Halle, verkabelt mit kleinen Tischcomputern mit gelben Buchstaben auf schwarzem Hintergrund. Sie sagten, dass es die nächsten Jahrzehnte so bliebe. Einige aber wollten es anders. Sie wollten kleine, selbständig arbeitende Computer, und wenn sie etwas mitteilen wollten oder bräuchten, dann würde sie das nur wenig kosten. Und so entstand das Internet; zunächst auf einer Militärbasis, später mit dem World Wide Web für zivile Nutzer. In meiner politischen Arbeit versuche ich, die Idee der Internetcomputer auf ein Internet für Nahrungsmittelversorgung zu übertragen. Das heißt, das tun, was vor Ort oder in der Region getan werden kann, und nur mit den Stellen, die man braucht, über ein modernes Netz als Sicherheit in Verbindung treten, um das, was vor Ort getan werden kann, zu unterstützen.

Ich bin nicht der Meinung, dass alles dort getan werden muss, wo es am billigsten ist. Das heißt, einer bietet die billigsten Tischlerarbeiten in der Welt an, andere produzieren Autos am billigsten, und so geht die Autoproduktion in ein Land und die Tischlerarbeiten in ein anderes Land, und beide handeln und tauschen ihre Waren und werden reicher als zuvor. Das würde mit Nahrungsmitteln nicht funktionieren.

So viel wie möglich auf lokaler Ebene organisieren bedeutet kleinere Gemeinschaften, die für die Menschen zugänglich sind, die nicht genug Geld haben, etwas zu kaufen oder zu verkaufen, weil sie zu sehr von Dingen abhängig sind, die sie auf ihrem eigenen Hof, ihrem eigenen Land oder in ihrer Gemeinde nicht leisten können. Diese Arbeit könnte auf Bezirksebene unterstützt werden – wobei mit Bezirksebene keine größeren Gebiete oder Länder wie die 'Bundesländer' in Deutschland gemeint sind, sondern größere lokale Strukturen in einem Land. Noch dazu rechnen wir mit einer zunehmenden internationalen Zusammenarbeit und Integration. Die nationale Ebene wird aber weiter wichtig bleiben, weil es dort ein gemeinsames Regelwerk und Normen gibt. Es bietet faire und für alle Bauern gleiche Chancen und dort kann die Zivilgesellschaft politischen Druck ausüben, damit etwas geschieht. Generell könnte etwas passieren, wenn die politische Macht beispielsweise der Europäischen Union übertragen wird. Doch da die Verantwortung auf mehrere verteilt ist, läuft der politische Druck ins Leere. Auf nationaler Ebene aber, das sehen Sie, wenn Sie Petitionen bei der Regierung einreichen oder sich an die Medien wenden, kann politischer Druck ausgeübt werden. Drängen Sie sie, bestimmte Maßnahmen zur Sicherung der Nahrungsversorgung und andere politisch notwendige Schritte in unserem Kampf für das Recht auf Nahrung zu ergreifen.



## **Regionale Integration wäre hilfreich**

Die regionale Integration ist förderlich und notwendig. Sie richtet sich auf die unterschiedliche Wirtschaftskraft der Länder in einer bestimmten Region. Die Europäische Union schaffte dies mit Subventionen an die schwächeren Länder, damit sie sich entwickeln konnten und Zugang zu Märkten erhielten, womit sie Unternehmen unterstützen, Fabriken bauen, und spezielle Hilfen an Bauern geben konnten, und dies alles im ersten Jahr nach ihrem Beitritt in die Europäische Union.

Wenn ich es recht sehe, versuchen alle, entsprechend ihrer jeweiligen Wirtschaftskraft zu agieren, wobei jedem gestattet ist, Zölle auf zum Beispiel südafrikanische Produkte langsamer zu senken als die Zölle auf Waren aus anderen Ländern. Das besagt doch, dass Regionen anders an ihrer unterschiedlichen Wirtschaftskraft arbeiten können als unter jedem globalen Freihandelsabkommen. Ein weiterer zu berücksichtigender Aspekt beim Thema Nahrung ist, dass es vielleicht keine Hintertür gibt: d.h., alle Zölle zwischen Ländern eines regionalen Integrationsraumes werden aufgehoben und eines dieser Länder ist dann die Hintertür für Nahrungsmittelsexporte aus anderen Regionen. Dann sind sie in die regionale Integration eingebunden, was auch bedeutet, dass es keine Grenzen mehr gibt.

In Bezug auf internationale Handelsabkommen wurde in unserer Konferenz über die parteiübergreifenden Initiativen in Afrika gesprochen. Das ist wirklich ein guter Ansatz, ein deutliches Zeichen, aber es muss auf alle Entwicklungsländer ausgedehnt werden. Jedem Land sollte das Recht gegeben werden, seine Nahrungsmittelindustrie mit Zöllen zu schützen. Es muss Raum für sowohl jetzige und künftige Innovationen geben. Wir haben einige Ideen, wie Subventionen geschützt werden können. In allen Vereinbarungen muss der Schutz der Nahrungsmittelindustrie in Entwicklungsländern enthalten sein, und darüber hinaus selbst für verarbeitete Lebensmittel, die in entwickelte Länder exportiert werden, weil es in unseren Regionen noch immer Zölle auf alles gibt, das in Entwicklungsländern produziert wird. Nur Rohstoffe sind in unserer Region zum freien Handel zugelassen.

## **Standards zum Schutz der Menschen**

Zum Schluss stellt sich dieser Versammlung noch eine offene Frage: die Rolle von Standards. Angela sprach in ihrer Rede davon, und auch in Europa wird über Standards diskutiert. Viele in Europa, besonders die Lobbyisten, blocken gewöhnlich alles aus der

Europäischen Union ab. Dann aber legen sie manchmal dem Bundestag einen Entwurf vor und versuchen, mich oder meinen Koalitionspartner dazu zu drängen, neue Standards für Biotreibstoffe oder den Arbeitsmarkt festzulegen. Dann kann es zu einer echten Diskussion über einen verstärkten internationalen Schutz vor Ausbeutung für Menschen in Entwicklungsländern kommen. Wenn wir hier keine Fragen offen lassen wollen, müssen wir uns in diesem zweiten Teil der Diskussion mit Standards für ein faires Handelsabkommen, auch in entwickelten Ländern, beschäftigen.

# Den Handel verändern: ‚Pro-Poor‘ und ‚Aid for Trade‘

## Bericht zur Diskussion

Bei der Produktion landwirtschaftlicher Güter ist Exportorientierung zu einer herausragenden politischen Triebfeder geworden, insbesondere im Kontext der Liberalisierung der Märkte. Welche Prioritäten und Regeln gilt es national wie international zu bestimmen, damit der Handel mit Agrarprodukten zu einer nachhaltigen Entwicklung und zur effektiven Verminderung von Armut beitragen kann? Welche Standards sind zu setzen, welche Quoten und welche Bewertungen sind angemessen, um alle Seiten zu befriedigen? Wie kann der Anspruch auf Grundrechte die Diskussion lenken?



*Diskussion im Plenum der Konferenz*

### **Nur mit fairem Handel**

Dass internationaler Agrarhandel helfen kann, die Armut zu verringern, davon zeigte sich Angela Mulenga (CUTS-ARC, Sambia) in ihrem Eingangsreferat überzeugt (Seite 73ff). Das geschehe im Zuge der Handelsliberalisierung aber nicht per se durch die Öffnung der Märkte, wie es einige Verfechter eines freien Marktes behaupteten. Armut sei nur zu begegnen, wenn Politik für ein wirtschaftliches Wachstum zielgerichtet eine Politik für die Armen sei. Das sei nur mit fairem Handel möglich. Die Verhandlungen auf internationaler Ebene (z. B. WTO-Verhandlungen) würden im Gegenteil aber die entwickelten Länder des Nordens begünstigen und dem Bestreben der Entwicklungsländer nach Ernährungssicherung, Teilhabe am Agrarhandel und Schutz ihres eigenen landwirtschaftlichen Sektors Steine in den Weg legen.

Sie warf den Industrieländern vor, die Handelsregeln so festzulegen, dass die Entwicklungsländer die hohen Hürden u. U. nicht nehmen könnten, sie müssten flexibler ent-

sprechend dem Entwicklungsstand eines Landes gehandhabt werden. Standards (z.B. phytosanitäre Standards) und Quoten (z. B. die Milchquote der EU) dürften nicht dazu benutzt werden, bei einem angeblich freien Marktzugang zusätzliche Konkurrenz zu den Entwicklungsländern aufzubauen und womöglich deren eigene Landwirtschaft zu schädigen. Die Regierungen der afrikanischen Länder rief sie auf, die Wertschöpfung landwirtschaftlicher Produkte im eigenen Land zu verbessern, damit nicht allein Rohwaren exportiert und verarbeitete Produkte importiert würden.

Mulenga meinte, es reiche nicht, dass die Regierungen die eigene Agrarwirtschaft unterstütze, sondern es müssten die Handelsregeln im Sinne von ‚Pro-Poor‘ und Entwicklungsförderung angepasst werden, um die Ernährungssicherung zu garantieren. Afrika fordere, im Rahmen eines auf den Menschenrechten basierenden Ansatzes, das Recht auf Respektierung eines bestehenden Zugangs zu eigenen Lebensmitteln, auf Schutz der eigenen Märkte, auf Durchführung aktiver Maßnahmen zur Sicherung des Zugangs zu adäquater Ernährung.

Ulrich Kelber (MdB) schilderte aus europäischer Sicht, es gebe überhaupt keinen Zweifel am Recht auf Nahrung. Diesem Anspruch werde man aber nicht gerecht und vielmehr halte er es für gefährlich, wenn Agrargüter nur in fünf oder sechs Regionen der Welt (v.a. Brasilien, Nordamerika, Europa) produziert würden. Die bisherigen Handelsabkommen würden den afrikanischen Kleinbauern nicht helfen, das habe er beim Exposure gesehen. Nur wenn die landwirtschaftliche Produktion in den Entwicklungsländern selbst ausgedehnt würde, könnte der Hunger beendet werden. Er stimme nicht zu, wenn manche propagierten, die Produktion bestimmter Güter müsse jeweils dort erfolgen, wo es am billigsten sei. Von dieser Abschottung habe niemand etwas. Kelber machte sich stark dafür, so viel wie möglich lokal und regional zu organisieren, zwar größere Produktionseinheiten anzustreben, die nationale Ebene aber zu stärken (Seite 79ff).

Regionale Integration sei sinnvoll und notwendig. Auch in der Europäischen Union sei das eine Möglichkeit, die in ihrer Wirtschaftskraft sehr unterschiedlichen Regionen zu berücksichtigen. Beispielsweise, um schwächere Länder nach ihrem Beitritt zur EU zu unterstützen und ihnen Zugang zum Markt zu gewähren. Beispielsweise, um Unternehmen gezielt zu subventionieren, um Produktionsstätten aufzubauen oder Bauern in manchen Regionen gezielt zu helfen. Das müsse auch für andere Regionen der Welt möglich sein.

Er sprach sich dafür aus, dass Entwicklungsländer innerhalb der Handelsübereinkommen ihren eigenen Nahrungsmittelsektor schützen können müssten, auch den Export

von verarbeiteten Gütern in die entwickelten Länder. Standards müssten so festgesetzt werden, dass das internationale Niveau verbessert werde, ohne den fairen Handel aus den Augen zu verlieren.

In der Diskussion wurde klar, dass es nicht darum geht, 100 Prozent des Marktes zu öffnen und Zollfreiheit zu garantieren. Vielmehr sei es das Ziel, so Evita Schmiege (BMZ), innerhalb von 15 Jahren oder länger 80 Prozent des Marktes zu liberalisieren. Das scheine viel zu sein, wenn man aber bedenke, dass die meisten Länder bereits 65 oder 70 Prozent liberalisiert hätten, sei der Anspruch – 10 oder 15 Prozent in 15 Jahren – nicht zu hoch. Es gehe den EU-Ländern nicht darum, Zugang zum afrikanischen Markt zu bekommen, obwohl dies vielfach unterstellt werde. Kein Unternehmen habe beim BMZ um Zugang zum afrikanischen Markt nachgefragt.

*“Die Entwicklungsländer haben sehr stark auf die Notwendigkeit hingewiesen, aid for trade zu erhalten, damit internationale Verhandlungen vorteilhaft für sie sein können...nicht die Entwicklungsländer haben das Thema aufgebracht und dann in die internationale Diskussion eingebracht. Vielmehr war es umgekehrt.” (Evita Schmiege)*

### **Aid for Trade**

Es sei aber schon so, dass innerhalb der WTO einige Entwicklungsländer (wie zum Beispiel Honduras) es nicht hinnehmen wollten, dass die so genannten ACP-Staaten (African, Caribbean and Pacific Group of States) einseitig Vorteile auf europäischer Seite genießen. Deshalb müsse es zu neuen Regelungen kommen. Auch wenn freie Handelsabkommen erklärtes Ziel der WTO seien, werde Rücksicht auf die spezifische Situation einer Region genommen, werde regionale Integration aufgebaut, was ein komplett neuer Ansatz in den WTO-Verhandlungen sei. Die Entwicklungsländer ihrerseits hätten eine große Aufgabe, auch mit Hilfe der Zivilgesellschaft ihren Bedarf zu definieren, denn es gehe um generalisierte Abkommen für alle Entwicklungsländer.

*“Das ist eine große Aufgabe für. Entwicklungsländer, weil sie ihre Interessen und die Sektoren definieren müssen, die sie schützen wollen, und das ist sehr schwierig. Deshalb halte ich es für sehr wichtig, dass sich die Zivilgesellschaft an den Verhandlungen beteiligt und der Regierung hilft, ihre spezifischen Bedürfnisse zu bestimmen. Deshalb müssen wir diesen Prozess auch unterstützen, weil wir sehen, dass die Fähigkeit, die eigenen Positionen in Verhandlungen zu definieren, oft zu wenig ausgeprägt ist”*  
(Evita Schmiege)



# **Teil V**

## **Erntezeit**





## Erntezeit

Die Konferenz in Lusaka sollte zum Ende hin, so ihr methodischer Ansatz, die unterschiedlichen fachlichen Inputs in Lösungsansätze münden lassen. Dazu gab es zusätzlich zu den Referaten, Statements und Podiumsdiskussionen fünf verschiedene Workshops, in denen die Teilnehmer einzelne Aspekte ausführlicher beleuchteten. Ihre Ergebnisse sind im Folgenden dokumentiert. Darüber hinaus sind die Essentials der gesamten Konferenz von einer Beobachtergruppe zusammengefasst worden. Auch diese Punkte werden hier gesondert festgehalten, sozusagen als Gesamtfazit und Richtschnur auf dem Weg zu einem fairen Miteinander von Entwicklungs- und entwickelten Ländern, damit alle Menschen ihr Recht auf Nahrung einfordern und realisieren können.

## Wohin kann die Reise gehen?

Ergebnisse der Arbeitsgruppen



*Arbeitsgruppe 5:  
Klimawandel und Nahrungsmittelkrise*

**1** Der Klimawandel hat global große Auswirkungen und beeinflusst als eine der entscheidenden Größen zukünftig die Bedingungen für menschenwürdiges Leben und alle Bedingungen für Entwicklung und Landwirtschaft. Die Arbeitsgruppe reklamierte deutlich mehr Informationen über die langfristigen Folgen des Klimawandels. Es gebe immer mehr extreme Wetter-Situationen, die die Landwirte vor immer neue Herausforderungen und Probleme stellen würden. Vor allem der Süden Afrikas sei davon betroffen. Hier sei eine klare politische Strategie erforderlich, um dem Klimawandel zu begegnen.

- Das Schlüsselwort sei ‚Nachhaltige Entwicklung‘: Der Kampf gegen die Armut sei untrennbar mit dem Kampf gegen den Klimawandel verbunden. Erfolg gebe es nur, wenn beides miteinander verknüpft würde. Insbesondere für die Landwirtschaft sei dies eine große Herausforderung, wobei das Modell der westlichen Gesellschaft aber

nicht als Orientierung dienen sollte, sondern den je eigenen regionalen Bedingungen Afrikas angepasst werden müsste.

- Die zwei Hauptstrategien seien Verringerung der Umweltbelastungen und Anpassung an die Klimaveränderungen: Es sei besser und billiger, jetzt und frühzeitig zu handeln als zu warten, bis es womöglich zu spät sei. Im Speziellen gehe es um die Reduzierung der CO<sub>2</sub>-Emissionen, was in erster Linie auch mit der Energieversorgung zusammenhänge. Die Arbeitsgruppe forderte in diesem Zusammenhang einen Fond und Unterstützung insbesondere für die südlichen Länder.
- Ein Hauptaugenmerk sei auch auf den Schutz der Wälder zu legen. Wenn sich die Strategie nicht ändere, sei Sambia beispielsweise bald eine Wüste. Wälder könnten sowohl den Klimawandel mildern als auch die CO<sub>2</sub>-Emissionen binden.
- Der Emissionshandel in Europa, bei dem Unternehmen und Investoren eine Menge Geld zu zahlen hätten, müsse den Entwicklungsländern im Zuge eines ‚green new deal‘ die Möglichkeit geben, dieses Geld für Anpassungsleistungen zu verwenden. Der Emissionshandel berge aber auch eine große Gefahr, weil Regierungen miteinander handelten und das europäische Modell möglicherweise zum Maßstab nähmen. Hier seien NRO gefragt, sich einzubringen und Einfluss zu nehmen, wie und wozu das Geld verwendet werden sollte.
- Mit Entwicklung, darüber ließ die Arbeitsgruppe keinen Zweifel, sei natürlich Wachstum auch bei den Emissionen verbunden, die sich derzeit in Afrika noch auf sehr niedrigem Niveau bewegen. Das Recht zu wachsen, habe Afrika auf jeden Fall, aber nicht unbeschränkt sondern kontrolliert, wurde klargestellt. Aus dem Emissionshandel in Europa könnte jährlich ein Anteil von rund 40 Mrd. Euro in einen Anpassungsfonds fließen. Das sei Thema auf der Klimakonferenz in Kopenhagen. Aber davon abgesehen sei es ein zentrales Anliegen, Programme zur Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und zum Schutz der Wälder aufzulegen. Insgesamt gehe es um ein Volumen von etwa 100 Mrd. Euro pro Jahr.
- Wichtig seien auch nationale Aktionspläne und zielgerichtete Forschung, damit ein Land bestimmte Regionen beispielsweise effektiv vor Überflutungen und Dürren schützen könne. Es sei überhaupt nicht abzuschätzen, wie viel die unterschiedlichen Maßnahmen kosten würden. Deutschland sehe sich in punkto Klimaplan aber in einer Vorreiterrolle in Europa und werde sich entsprechend weiter einbringen.



Arbeitsgruppe 4: Aid for Trade

2 Zum Handel gebe es grundsätzlich keine Alternative, war das leitende Ergebnis einer Arbeitsgruppe zum Thema ‚Aid for Trade‘. Wie der Handel zu gestalten sei und wie Entwicklungsländern Zugang zu Märkten gewährt werden könnte, wurde intensiv diskutiert.

Drei Punkte seien dabei wichtig, so die Zusammenfassung der Ergebnisse: Die Fähigkeit der Implementierung, die Befugnis für Verhandlungen und die Verbesserung der Hilfsmöglichkeiten. Diese drei Komponenten seien die Säulen für die Hilfe der Europäischen Union, die 2 Mrd. Euro jährlich zugesagt habe, Deutschland allein engagiere sich mit 220 Mio. Euro pro Jahr. Wobei die Hilfe ohne Unterschied alle Bereiche beinhalte, auch Landwirtschaft und Handel, der Handel als ein übergreifendes Thema, abhängig von den nationalen Prioritäten, behandelt werden müsste und ‚Aid for Trade‘ zwar erklärtes Ziel, aber nicht mit einem spezifischen finanziellen Ansatz ausgestattet sei.

- Zweifel und Unsicherheiten gebe es dennoch: Die Übereinkunft ‚Aid for Trade‘ müsse sicherstellen, dass sie nicht durch andere Strategien oder andere Programme beeinträchtigt werde. Ein Problem sei die exakte Zuordnung der Gelder, die in den Haushalten manchmal sehr schwierig sei. Landwirtschaftliche Projekte könnten auch Komponenten des ‚Aid for Trade‘ enthalten und ebenso sei es bei Projekten zur Verbesserung der Infrastruktur, die vom Verkehrsministerium kämen.
- Zweitens brauche man eine intensivere Diskussion über die Ausweisung von Standards. Wie könnte Sambia z. B. festgelegte Standards erreichen? Wie könnten LDC-Länder bei der Festsetzung von Standards beteiligt werden, damit diese im Konkurrenzkampf mit dem Norden nicht zu unüberwindlichen Barrieren werden? Hierbei sei die Einbindung der Länder reduziert worden, sie müsse im Gegenteil ausgeweitet werden. Derzeit handele es sich größtenteils um phytosanitäre Standards bezogen auf landwirtschaftliche Produkte, es gehe aber auch um soziale Standards, die zurzeit eher im privaten Sektor auf freiwilliger Basis mit entsprechenden Labels und Zertifikaten ein Thema seien, nicht jedoch auf offizieller Regierungsebene.

- Ein dritter Aspekt des wirtschaftlichen Wachstums durch Förderung des Handels („Aid for Trade“) sei die Fokussierung über die Förderung von ‚cash crops‘ hinaus auf die gezielte Hilfe für die Armen: Pro-Poor. Die Frage müsse gestellt werden, ob solche Maßnahmen tatsächlich eine Auswirkung auf die Kleinbauern habe. Es scheine eher, als ob sie nicht davon profitierten. Wem komme die Hilfe dann zugute? Hier sei die Rolle der Exporteure und Händler (so genannte ‚middlemen‘) dringend in den Blick zu nehmen, bevor eine Initiative an den Start gehe.
- Zum Schluss müsse die Frage nach Übernahme des Prozesses ‚Aid for Trade‘ in die Politik eines Landes gestellt werden. Die Förderung könne nicht an der richtigen Stelle ankommen, wenn dieses Anliegen nicht höchste Priorität in einem Land genieße. Die Abkommen würden auf kooperativer Basis und in Augenhöhe zwischen zwei Regierungen geschlossen. Deshalb sei eine Kohärenz von nationalen Politiken in Bezug auf unterschiedliche Sektoren notwendig, die ihrerseits den Handel an erste Stelle setzen.

Die Übernahme und Selbstbestimmung im Prozess ‚Aid for Trade‘ sowie die Definition von politischer Zielrichtung und Prozessen werde diese Ländern (wie z. B. Uganda und Sambia) im Endeffekt deutlich stärken.



*Arbeitsgruppe 3: Sozialstandards*

**3** Eine weitere Arbeitsgruppe hatte die Thematik ‚Soziale Standards‘ im Zuge der Handelsliberalisierung ins Visier genommen: Ein Problem sei es, dass sich die Liberalisierung in vielerlei Hinsicht auf die Menschen auswirke, zum Beispiel in Form von niedrigen Löhnen oder schlechten Arbeitsbedingungen.

Notwendig sei erstens, dass sich Betroffene organisierten und mobilisieren ließen und dass Landarbeiter sich mit anderen armen Bevölkerungsschichten zusammenschlossen.

Zweitens sollte ein anwaltschaftliches Lobbying stattfinden, das sich für sozialen Schutz sowie anständige Arbeitsbedingungen für ein menschenwürdiges Leben stark mache.

Drittens sollten die Entwicklungsländer in diesem Prozess Hilfe erhalten, um solche Regeln zum Schutz der Menschen zu formulieren und zu installieren. Es wurde darauf hin-

gewiesen, dass eine länderübergreifende Zusammenarbeit sinnvoll und hilfreich sei; der ILO (International Labour Organization) komme dabei eine wichtige Rolle zu. Die ILO tue zwar bereits eine Menge, um entsprechende Programme voranzubringen, doch das müsse noch weiter verstärkt werden.



*Arbeitsgruppe 2: Regionale Integration*

4 Wie sich der Anspruch auf ‚Regionale Integration‘ mit der Forderung nach einem freien Handel verträgt, war Thema in einem vierten Workshop. Hier hatten sich die Teilnehmer im Wesentlichen auf die Rolle Sambias in der Region Südafrika fokussiert. Sambia gehört sowohl der Southern Africa Development Community an als auch dem Gemeinsamen Markt im südlichen Afrika.

Übereinstimmend wurde die Meinung vertreten, dass Sambia weiterhin zu beiden Gruppen gehören solle. Die Vielfachmitgliedschaft in mehreren Organisationen sei derzeit nicht zu ändern.

Klar wurde aber auch, dass jedes Land innerhalb dieser Zusammenschlüsse unterschiedliche Anforderungen abhängig von den einzelnen Produkten stelle. Das macht eine Zusammenarbeit nicht einfacher.

- Für den regionalen Handel von zentraler Bedeutung sei die Notwendigkeit, die unterschiedlichen Interessen von Produzenten und Konsumenten in Einklang zu bringen. Einige Länder des südlichen Afrikas wollten beispielsweise Weizen und Sonnenblumen schützen. Dabei könnten sie womöglich die ganze Region versorgen und würden vielleicht so eine Situation heraufbeschwören, in der sie die Konsumenten steigenden Preisen aussetzten.
- Regionale Integration sei mehr als freier Handel, wurde bemerkt. Integration beinhalte in jedem Fall auch, das Recht auf Nahrung der eigenen Bauern und aller gefährdeten Bevölkerungsgruppen zu schützen und die Standards zu verbessern, um langfristig mit anderen Regionen konkurrieren zu können.
- Zu klären sei zudem, wie es einen Schutz vor billigen Gütern aus Europa gebe: Am Beispiel Milch wurde gezeigt, dass Südafrika beispielsweise in der Lage ist, viele neue und oft billigere Produkte zu importieren, die dann den Weg auch in den sambischen Markt nehmen. Eine schwierige Situation für Sambia, sich gegen solche Ein-

flüsse zu wehren und die unterschiedlichen Marktmechanismen mit ihren Folgen auch für die Kleinbauern zu steuern.

**5** Sehr komplex ist die Frage nach dem möglichen Marktzugang und nach dem Ausbau der Infrastruktur eines Entwicklungslandes. Das zeigte sich bei der Diskussion einer weiteren Arbeitsgruppe.



Im Zentrum stehe, so Sprecher der Arbeitsgruppe, der Marktzugang, der durch unterschiedliche Faktoren determiniert werde: Größe der Unternehmen, Informationen und Logistik, die in Abhängigkeit von der Art des Marktes - lokal, regional, national, global - unterschiedlich zu bewerten sind.

*Arbeitsgruppe 1:  
Marktzugang und Infrastruktur*

- Die Größe eines einzelnen Produzenten beispielsweise beeinflusse – das sei während des Exposure sehr deutlich geworden – in entscheidendem Maße die Möglichkeit, Zugang zum Markt zu finden, insbesondere zu einer bestimmten Ebene. Zwar gebe es in gewissem Maße Möglichkeiten für das individuelle Wachstum einzelner Unternehmen und auch die Möglichkeit, Wachstum über Investitionen von außen zu bewerkstelligen, doch werde dem Gedanken der Kooperation mehrerer Kleinbauern die größte und erfolgversprechendste Bedeutung zugemessen. Hier gehe es aber nicht nur um den Aufbau von Kooperationen schlechthin, sondern vor allem um die Befähigung der Kleinbauern und das so genannte ‚capacity building‘, was mit einem qualifizierten Management in der landwirtschaftlichen Erzeugung als auch in der Abstimmung der Prozesse einhergeht.
- Information sei ein Schlüsselbegriff: Es nehme zum Beispiel Wunder, dass in Vietnam ein Kaffeebauer rund 95 Prozent des Exportpreises realisieren könne, ein afrikanischer Kaffeebauer jedoch lediglich 30 bis 40 Prozent. Als Ursache wurde ein Informationsdefizit ausgemacht, das es Kleinbauern erschwert, einen adäquaten Zugang zum Markt zu bekommen. Der Mangel an Informationen resultiert zum einen aus einem Mangel an Bildung und zum anderen aus einem Mangel an Unterlagen, die es Betreffenden leichter machen würde, Preise und Angebote zu vergleichen und die individuell jeweils beste Lösung zu finden.

- Die Infrastruktur eines Landes – der dritte bestimmende Einflussfaktor – limitiere ebenfalls den Marktzugang. Wo Güter nicht von A nach B transportiert werden können, weil Straßen oder Transportmittel fehlen, oder wo der Transport zu teuer ist, da sei Abhilfe gefragt, sei der Aufbau einer differenzierten Infrastruktur vonnöten, auf lokaler und regionaler (Straßen) wie auf globaler Ebene (Flughafen etc.).
- Eine große Rolle spielte in der Diskussion neben diesen eher allgemeinen Determinanten die Ebene der gesetzlichen Richtlinien für Handel und Marktzugang:

Ein Stichwort dazu war beispielsweise der Zugang zu Land, der oft durch unklare Besitzverhältnisse behindert ist und der besser geregelt werden müsste.

Während die persönlichen Möglichkeiten eines einzelnen Farmers seinen eigenen Erfolg oder Misserfolg (mit)bestimmen, hat er keinen Einfluss auf das Marktgeschehen auf einem höheren Niveau. Hier sind andere Förderungen gefragt.

Der Marktzugang ist auch erschwert, wenn unnötige Bürokratie, wenn Grenzkontrollen oder wenn Korruption an den Grenzen den Handel behindern.

Rechtsetzung ist erforderlich, wenn es um die Festlegung von Standards, um Zertifizierung und Kontrolle der Zertifikate, wenn es um die Verteilung der Kosten für diese Zertifizierungen und Überprüfungen geht.

Sorgsam zu beobachten und zu begleiten ist der Aufbau von entsprechend Strukturen, damit unterschiedliche Partner (Farmer, Unternehmen, Kooperationspartner etc.) sich auf Augenhöhe begegnen können.

## Ernährung an erster Stelle: Politische und wirtschaftliche Bedürfnisse

Rückblick der Beobachter

*Reflexionen bei der Internationalen  
Fachkonferenz in Lusaka*



- ▶ Als wir anfangen, wussten wir überhaupt nicht, wie weit wir kommen würden. Zuerst sprachen wir über das Recht auf Nahrung. Es wurde festgestellt, dass jeder Mensch ein Recht auf Nahrung hat, aber dass es Schwierigkeiten dabei gebe, dieses Recht in den Verfassungen aller Staaten zu verankern. Deshalb ist es erforderlich, das Recht auf Nahrung in den Verfassungen festzuschreiben und sicherzustellen, dass Nahrung zur Verfügung steht. Manche Länder sind sehr reich und verfügen über ausreichende Ressourcen, aber das ist auch schon alles. Viele dieser Länder haben Feinde, auch ausländische. Ein weiteres Problem ist, dass keine Prioritäten gesetzt und Ressourcen zu falschen Zwecken verwendet werden. Es ist also dringend erforderlich, Prioritäten zu setzen und die Ressourcen ordnungsgemäß zu nutzen, damit staatliche Investitionen und Entwicklungshilfe sinnvoll eingesetzt werden können.
- ▶ Eine weitere Diskussion behandelte die Themen Ernährungskrise im östlichen und südlichen Afrika und die europäische und deutsche Agrarpolitik. Dabei stellten wir fest, dass niedrige und hohe Lebensmittelpreise jeweils Vorteile haben können. Aber die Vorteile müssen konkretisiert werden. Ein weiterer Schwerpunkt ist der Einsatz von GVOs. Wir haben festgestellt, dass GVOs bereits einen Einzug in viele Länder genommen haben, besonders auch in Afrika, und dass es schwer ist, sie wieder loszuwerden. Wir fragten uns, wie wir das Vordringen weiterer GVOs in das Land verhindern könnten.  
Die beste Möglichkeit, um zukünftige Nahrungsmittelkatastrophen zu verhindern ist der Anbau von verschiedenen Feldfrüchten. Eine Diversifizierung beim Anbau der



Feldfrüchte verspricht größeren Erfolg als der Anbau von einer einzigen Frucht, die dann den gesamten Markt dominiert. Wir müssen Forschungsergebnisse über das Potential der GVOs und über die negativen Aspekte der GVOs untersuchen. Wenn wir nicht beide Seiten zu Wort kommen lassen, können wir kein ausgewogenes Urteil fällen.

Außerdem überlegten wir, ob wir organische Landwirtschaft und GVOs in einem Gebiet zulassen sollten, und wir kamen zu dem Schluss, dass die Kosten sehr hoch wären, wenn es eine Katastrophe gäbe. Unserer Meinung nach sollte diese Entscheidung von der Gesellschaft getroffen werden.

- ▶ Nahrung sollte oberste Priorität haben. Bevor man über Biokraftstoffe, andere Energiequellen und so viele andere Dinge redet, sollten wir das Thema Nahrung vorrangig behandeln, denn wir müssen die Menschen mit Nahrungsmitteln versorgen.
- ▶ Des Weiteren ging es um Ernährungssouveränität und Marktorientierung. Hier hingen die Schlüsselbegriffe mit Arbeitsstandards zusammen, damit eine Verbesserung der Standards für Arbeiter gewährleistet werden kann. Wenn Arbeiter arm und arbeitsunfähig sind, dann können sie nicht produktiv sein. Ebenfalls diskutiert wurde über die Rolle von Mann und Frau, und wir sind der Meinung, dass es häusliche Krisen geben kann, wenn eine Seite höher gestellt ist als die andere, da manche Menschen eher Körperkraft statt den Verstand einsetzen. Wir müssen deutlich machen, dass wir alle gleichgestellt sind.
- ▶ Ebenso behandelten wir das Thema Marketing und die Befähigung dazu. In den Ländern, in denen Marketing problematisch ist, muss vorrangig eine Infrastruktur aufgebaut werden. Wenn ein Bauer oder eine Kooperative ihre Erzeugnisse nicht auf den Markt bringen können, dann führt das zu massiven Marketingproblemen.
- ▶ Zum Schluss redeten wir über die Verbindung zwischen dem Markt und den Arbeitern. Die Erzeuger meinten, dass sie nur den niedrigsten Preis für ihre Erzeugnisse erhielten und dass man ihnen nicht dabei helfe, den besten Preis zu erzielen.



## Abschlussbemerkung

*"... hier habe ich festgestellt, dass es keinen klaren Unterschied zwischen dem gibt, was der Staat unternehmen soll, und was die Kirche. Diese Erfahrung hilft uns dabei, die Arbeit des Staates und der Kirche für den einzelnen Menschen zu verbinden, und es wird sehr deutlich, dass wir noch mehr zusammenarbeiten müssen."*

## Nachwort

*Dr. Hildegard Hagemann (Sachbereich Entwicklung) und  
Prof. DDr. Johannes Wallacher (Philosophische Hochschule München),  
Deutsche Kommission Justitia et Pax*

Die Erfahrungen des Exposure- und Dialogprogramms „Internationaler Agrarhandel zwischen Ernährungssicherung, Energieversorgung und Handelsliberalisierung“ und der sich daran anschließenden Agrarkonferenz bestätigen die Grundthese, die der Nobelpreisträger für Ökonomie, Amartya Sen, in seinem jüngsten Buch „Ideas of Justice“ prägnant zusammen gefasst hat. Wenn wir heute in einer Welt zunehmend globaler Verflechtungen und Abhängigkeiten über Gerechtigkeit nachdenken, hilft es nur bedingt, abstrakte Theorien oder Prinzipien über eine ideal gerechte Gesellschaft zu entwerfen. Vielmehr müssen wir bei der faktischen Lebenswirklichkeit der Menschen und ihren konkreten Erfahrungen von Unrecht ansetzen. Denn angesichts zunehmend pluraler Vorstellungen über Werte und Normen können wir uns leichter darüber verständigen, was offensichtliches Unrecht ist, und dass es zunächst darum gehen muss, dieses Unrecht zu überwinden.

Um zu allgemein geteilten Überzeugungen über „Ungerechtigkeit“ zu gelangen, braucht es den Dialog und die öffentliche Auseinandersetzung. Ganz wichtig ist es, dass daran auch die primär Betroffenen teilnehmen und ihre Erfahrungen einbringen können. Dies war im Rahmen des Exposure- und Dialogprogramms wie der sich daran anschließenden Konferenz der Fall. Leider haben für den Bereich Agrarhandel wichtige Akteure wie Vertreter von Auslandsinvestoren, Nahrungsmittelkonzernen, Saatgutkonzernen, Handelsketten, aber auch von landwirtschaftlichen Ständen im Norden wie etwa dem Deutschen Bauernverband gefehlt.

Unter den beteiligten Akteuren aus Bauernorganisationen, Gewerkschaften, NRO aus Uganda und Sambia, aus Wissenschaft, Politik und Kirche war relativ schnell ein Konsens darüber gefunden, dass Hunger und Mangelernährung einen offensichtlichen Fall von Unrecht darstellt und daher das Recht auf Nahrung für alle der grundlegende ethische Maßstab für die Gestaltung nationaler und internationaler Agrar- und Handelspolitik darstellen müsse. Dies belegt einmal mehr, dass sich die Entstehungsgeschichte der Menschenrechte, bei allem Bemühen um theologisch-ethische Begründungen, immer als Antwort auf konkrete Leid- und Unrechtserfahrungen deuten lassen.

Im weiteren Verlauf der Debatte hat sich jedoch schnell gezeigt, dass ein menschenrechtlicher Ansatz in der nationalen Agrar- und Handelspolitik der betroffenen Länder nicht vorhanden oder bestenfalls unterentwickelt ist. Ähnliches gilt für die verschiedenen Ebenen (bi- und multilateral) der Entwicklungszusammenarbeit. Besonders fehlt es an partizipativ entwickelten Konzepten für Ernährungssicherung und Ernährungssouveränität auf nationaler Ebene. Daher braucht es zivilgesellschaftlichen Dialog und Diskussionsprozesse mit den jeweiligen nationalen Regierungen und Parlamenten. Unabdingbar ist es dabei, auch den Privatsektor in einen kritischen Dialog einzubeziehen und damit eine Verknüpfung der Dialoge zwischen relevanten gesellschaftlichen Akteuren herzustellen. Nicht selten, so die Erfahrung der Partner, würden Paralleldialoge geführt, ohne diese miteinander zu verbinden. Umso wertvoller waren die Erfahrungen der Konferenz, wo es erstmals gelang, die Partner und die Agrarindustrie in Sambia zu einem gemeinsamen Austausch zusammenzubringen.

Dies kann freilich nur ein erster Schritt sein, denn besonders kontroverse Themen wie z.B. Patentrecht oder gentechnisch veränderte Mechanismen wurden auf der Konferenz überwiegend einverständlich diskutiert und der Bedarf an gesellschaftlicher Auseinandersetzung identifiziert. Ebenso wurden der Zusammenhang von Arbeitsbedingungen im ländlichen Raum und Armutsbekämpfung sowie das Thema Sozialstandards noch zu wenig in der allgemeinen Diskussion beleuchtet. Hier muss wohl erst noch einiges an Vertrauen aufgebaut werden, um sich auch über solche wichtigen und kontroversen Fragen konstruktiv austauschen zu können.

Dennoch sind die Erfahrungen aus der Konferenz ermutigend und daher sollte der Dialog zwischen den Akteuren, die für das Thema Nahrungsmittelsicherheit und Agrarhandel relevant sind, intensiviert und erweitert werden, sowohl was die Gesprächspartner als auch die Inhalte angeht.

### **Einbeziehung weiterer Akteure**

Der Dialog muss in Zukunft verstärkt mit Akteuren geführt werden, die bisher noch nicht für solche Gespräche gewonnen werden konnten. Dazu gehören die bäuerlichen Standesvertreter bei uns, vor allem der Deutsche Bauernverband, aber auch die international agierenden Investoren in diesem Bereich, die Nahrungsmittel- und Saatgutkonzerne, Unternehmen der Nahrungsmittelverarbeitung sowie die Handelsketten.

Ein möglicher Einstieg für die Deutsche Kommission *Justitia et Pax* ist der Dialog mit den hier ansässigen Akteuren. Ergänzend dazu bietet sich jedoch weitere Zusammenar-

beit mit den Partnerländern Sambia und Uganda an, um exemplarisch den Dialog mit dortigen privatwirtschaftlichen Akteuren zu führen.

### **Ausweitung des Dialogs um weitere relevante Themen**

Genauso wichtig ist die inhaltliche Ausweitung des Dialogs um neue Themenfelder, welche die Umsetzung des Rechts auf Nahrung heute und zukünftig wesentlich beeinflussen. Dies sind Fragen des Zugangs und der Verteilung von Land. Probleme, die in engem Zusammenhang dazu stehen, sind zunehmende Problem der Landnahme durch ausländische Investoren. Diese sehen in dem immer knapper werdenden Gut Land eine wichtige Anlage, teilweise auch ein Spekulationsobjekt. Zudem ist zu befürchten, dass der rasch voranschreitende Klimawandel die Bedingungen für die Herstellung von Nahrungsmittel in weiten Teilen der Erde teilweise dramatisch verändern wird. Außerdem wird man sich ehrlich dem Zielkonflikt stellen müssen, der sich zwischen der Beschäftigungsförderung in eher kleinbäuerlichen Strukturen und dem Bedarf nach Produktivitätssteigerungen bestehen kann.

All diese neuen Herausforderungen gilt es in die Dialogprozesse aufzunehmen, weil nur dann die evidenten Ungerechtigkeiten der gegenwärtigen Strukturen des internationalen Agrarhandels aufgedeckt und diese in eine entwicklungsverträgliche Richtung gelenkt werden können. Dabei gilt es soweit wie möglich an bestehende Initiativen und politische Prozesse auf supranationaler Ebene anzuknüpfen bzw. diese zum Thema zu machen, wie z.B. die Gestaltung der geplanten FAO-Leitlinien zu Landnahme oder die Unterstützung der Reform des Komitees für Ernährungssicherheit bei der FAO.

Auch die vielfältigen Prozesse um die gesellschaftliche Unternehmensverantwortung sind in diesen Austausch zu integrieren. Dies könnte die Möglichkeit bieten, die Notwendigkeit gesetzlicher Regulierung für Handel- und Investitionsabkommen zu betonen oder in der Frage des Transfers angepasster Technologien gemeinsame Vorstellungen zu entwickeln. Dieser Aspekt ist sowohl für die Nahrungsmittelsicherheit als auch den Klimaschutz sowie die Anpassung an den unvermeidbaren Klimawandel von großer Bedeutung.

### **Vorschläge für Justitia et Pax:**

Welchen Beitrag könnte Justitia et Pax leisten, um die notwendigen Dialogprozesse zu intensivieren und inhaltlich zu erweitern? Eine Möglichkeit besteht darin, mit dieser Dokumentation neue Dialogstränge mit der Agrarindustrie zu knüpfen, in dem man etwa aktiv auf Anfragen hinsichtlich der Rolle der Grünen Gentechnik reagiert und diesbezüglich Gesprächsbereitschaft signalisiert. In ähnlicher Weise könnte man an die ver-

schiedenen Standesorganisationen der Bauern in Deutschland, besonders den Bauernverband, herantreten, um ausgehend von der Dokumentation der Tagung einen Dialog über Alternativen der landwirtschaftlichen Erzeugung in Gang zu setzen, was im ureigenen Interesse der hiesigen Landwirtschaft wäre. So wäre zu erörtern, wie die zunehmenden Abhängigkeiten von Subventionen, dem Einzelhandel oder von Betriebsmittelunternehmen überwunden werden können.

Was die Politik angeht, so sollte der bereits begonnene Dialog mit Politik und Regierung in ressortübergreifender Form mit dem Ziel einer kohärenten Politik der Bundesregierung weitergeführt werden. Gleichzeitig gilt es die EU-Politik nicht aus den Augen zu verlieren. Das derzeitige Cotonu-Abkommen läuft bis 2020 und die Joint Africa-EU-Strategy ist ziemlich wackelig.

Aus der grundlegenden Arbeit von *Justitia et Pax* zur Partizipation könnte man schließlich Impulse dafür gewinnen, wie wichtige Süd-Akteure in diesem Feld begleitet oder gestärkt werden können, um ihren Ländern die jeweiligen Dialogforen weiterzuentwickeln. Gegebenenfalls könnte man diese Dialoge im Norden und Süden zumindest ansatzweise miteinander verknüpfen. Dazu wäre es notwendig, die Akteure in Deutschland, die an einem solchen Erfahrungsaustausch und Dialog ernsthaftes Interesse haben, zu identifizieren und zusammenzuführen.



# **A N H A N G**

**Programm der Konferenz**

**Teilnehmerliste der Konferenz**

**Partnerorganisationen**

**Basic Needs Basket: Lusaka, Februar 2009**

**Abkürzungsverzeichnis**





## Programm

**Freitag, 3. April 2009** (Anreise Donnerstag)

- 9.00 Uhr**            **Offizielle Begrüßung und Eröffnung**  
- Begrüßung durch **JCTR**, *Mwene Mwene*  
- Vorstellung der **EDP-Gruppe**, *Prof. Dr. Markus Vogt*
- 9.30 Uhr**            **Das Recht auf angemessene Ernährung und ein ökologisch und sozial nachhaltiger internationaler Agrarhandel – Menschenrechte und Ethische Überlegungen**  
*Miniva Chibuye, P. Dr. Peter Henriot SJ, JCTR*
- Diskussion*
- 10.30 Uhr            Kaffee-, Teepause
- 11.00 Uhr**            **Nahrungsmittelkrise im östlichen und südlichen Afrika - Bewertung, Herausforderungen und Ansätze zur Agrarpolitik**  
*Cosmore Mwaanga, Ministerium für Landwirtschaft und Genossenschaften*
- 11.30 Uhr**            **Europäische und deutsche Agrarpolitik – Kriterien für und Auswirkungen auf nationale und internationale Marktregulierung**  
*Bärbel Höhn, Mitglied des Deutschen Bundestages, Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz*
- Diskussion*
- Vorsitz:**            **Dr. David Kaulemu**, AFCAS  
**Beobachter:**      **P. Hilary Muheezangango**, Caritas Luweero  
                         **Anke Kurat**, VENRO  
                         **Anja Tomic**, GTZ
- 12.30 Uhr            Mittagspause
- 14.00-16.00 Uhr**    **1. Themenkomplex**  
**Zwischen Ernährungssicherung und (Export-) Marktorientierung**  
**Antriebskräfte der Agrarpolitik**  
  
**Vorsitz:** *Dr. Hildegard Hagemann, Justitia et Pax*

Die vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten landwirtschaftlicher Rohstoffe führen zu Herausforderungen für den nationalen Agrarhandel sowie für die Integration eines Landes in internationale Handelsabläufe. Spannungsfelder entstehen zwischen Exportorientierung

und Ernährungssouveränität, zwischen örtlicher Energieversorgung und Biokraftstoffen für den Export. Die Entscheidungsbefugnis hinsichtlich der Ausrichtung nationaler oder regionaler Agrarpolitik liegt in der Verantwortung der Staaten. Welche Entscheidungskriterien müssen dabei angewendet werden? Welche Erfahrungen können für nachhaltigkeits- und zukunftsorientierte Entscheidungen genutzt werden?

#### **Aufbau**

*Beitrag aus Südafrika mit konkreten Beispielen (15 Minuten)*

**Burton Shinganga**, ESAFF

*Gefolgt von 4 verschiedenen Betrachtungen aus Afrika und Europa (jeweils 5 Minuten):*

**Daisy Herman**, FIMARC, **Dr. Evita Schmieg**, BMZ,

**Lali Naidoo**, ECARP, **Martin Njobvu**, Parmalat

*Fishbowl-Diskussion mit dem Plenum (Übertragbarkeit und Nachhaltigkeit der Beispiele?)  
Unterstützt durch 'Public Advocates' des EDP, die gegebenenfalls die Erfahrungen der Teilnehmer bei ihren Aufenthalten in den Gastfamilien in die Diskussion einbringen*

**Jörg Hilgers**, **Ulrich Fechter-Escamilla**

**Beobachter** greifen 2-3 Stichworte zur weiteren Diskussion auf

#### **16.30-18.30 Uhr 2. Themenkomplex**

**GVO: Gefahr oder Chance für die Ernährungssicherheit im Kontext eines fairen Welthandels**

**Vorsitz:** *P. Dr. Peter Henriot SJ, JCTR*

GVO sind Gegenstand kontroverser Diskussionen, nicht nur in Bezug auf Lebensmittelhilfe und Ernährungssouveränität, sondern auch hinsichtlich der Förderung von Kleinbauern mit dem Ziel der Armutsreduzierung. Die Grüne Revolution für Afrika wird besonders von privaten Förderern und internationalen Organisationen befürwortet. Dieses Forum soll die sehr unterschiedlichen Haltungen verdeutlichen und nach einer Lösung für diese Streitfrage suchen.

#### **Aufbau:**

*Einführung durch 4 Podiumsteilnehmer*

**Prof. Dr. Markus Vogt**, **Manuel Benteler**, IMCARY, **Christoph Eichen**, BMZ,

**Dr. Mbikusita Lewanika**, NISR

*Podiumsdiskussion*

*Offene Diskussion*

*'Public Advocates' ermutigen Exposure-Teilnehmer, über ihre Erfahrungen aus den Besuchen bei den Gastfamilien zu sprechen*

**Beobachter** greifen 2-3 Stichworte zur weiteren Diskussion auf

**19.00 Uhr** *Abendessen in der Best Home Lodge*

**20.00 Uhr** *Abfahrt zum kulturellen Abendprogramm*

**Samstag, 4. April 2009**

**7.30 Uhr**            **Theologische Reflektion zum Tag** (*Fr. Hilary Muheezangango*)

**9.00-11.00 Uhr**    **3. Themenkomplex**  
**Internationaler Agrarhandel unter den Aspekten Ernährungssicherheit und Energieversorgung**

**Vorsitz: Hermann Schuten, ILD**

Nationale Regierungen und internationale Interessen haben Exportorientierung landwirtschaftlicher Produktion zu einem wichtigen Schlüsselbegriff im Zusammenhang mit der Liberalisierung der Märkte gemacht. Welche Prioritäten und Normen müssen für die auswärtige wie nationale Politik festgelegt werden, damit der Agrarhandel einer nachhaltigen Entwicklung und einer effektiven Armutsreduzierung dienen kann? Welche Standards, Quoten, Herkunftsbescheinigungen und Wertschöpfungsbestimmungen sind für alle Seiten förderlich? Wie kann ein juristischer Ansatz diese Diskussion gestalten? Ziel dieser Debatte ist es, ethische Argumente zu untersuchen und zu vertiefen, und neue Ansätze zu finden.

**Aufbau:**

*Zwei Beiträge (jeweils 15 Minuten)*

**Angela Mwape Mulenga, CUTS-ARC**

**MdB Ulrich Kelber**, Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

*Anschließend Diskussion in Arbeitsgruppen*

1. *Marktzugang und Infrastruktur*

**Br. Mathias Kayondo**, Caritas Kasanaensis / **David Kiiza**, Rukararwe partnership /  
**Dr. Gerd Fleischer**, GTZ

2. *Regionale Integration*

**Humphrey Katotoka**, Ministry of Commerce, Trade and Industry /  
**MdB Ulrich Kelber**

3. *Liberalisierung internationaler Märkte und Sonderrechte*  
*(Sicherungsmechanismen, Soziale Standards, Produktschutz)*

**Hillary Kumwenda**, Ministry of Commerce, Trade and Industry / **Jürgen Hinzer**, NGG

4. *Aid for trade*

**Humphrey Mulemba**, JCTR / **Angela Mulenga**, CUTS / **Dr. Evita Schmiege**, BMZ

5. *Klimawandel und Nahrungsmittelkrise*, UNEP oder FAO

**MdB Bärbel Höhn** / **Dr. David Kaulem**, AFCAST

*Ziel: 1-2 Stichworte zur weiteren Diskussion und Konkretisierung*

10.30 Uhr.            Kaffee-, Teepause in den Arbeitsgruppen

**11.15 Uhr**            **Erntezeit: Annäherung oder weiterhin Distanz?**  
**Einklang und Missklang, Überlegungen für die Zukunft**

**Vorsitz: Dr. Hildegard Hagemann**, Justitia et Pax

Vorstellung der Ergebnisse durch die **Beobachter** und je einen von den einzelnen Arbeitsgruppen ernannten **Berichterstatter**

*Offene Diskussion*

**13.00 Uhr**            **Schlussbemerkungen**

**Beiträge: P. Dr. Peter Henriot SJ** und **Prof. Dr. Markus Vogt**

13.15 Uhr            Mittagessen

# **Ernährungssicherung und Energieversorgung zwischen Eigeninteressen und globaler Gerechtigkeit**

Internationale Experten Dialog-Konferenz  
3. und 4. April 2009, Lusaka, Sambia

## **Teilnehmerliste:**

Herr Manuel Benteler  
Internationale Bewegung der Katholischen Landjugend  
International Movement of Catholic Rural Youth (IMCARY), Deutschland

Herr Gerd Botterweck  
Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Sambia

Frau Miniva Chibuye  
Zentrum der Jesuiten für theologische Reflektion  
Jesuit Centre of Theological Reflection (JCTR), Sambia

Frau Valerie Chibuye  
Dan Church Aid, Sambia

Herr Charles Chirweta  
Norwegian Church Aid, Sambia

Herr Christoph Eichen  
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung,  
Deutschland

Herr Ulrich Fechter-Escamilla  
Exposure- und Dialogprogramme e.V, (EDP), Deutschland

Herr Dr. Gerd Fleischer  
Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ), Deutschland

Herr Johannes Flosbach  
Kaïto Invest, Deutschland

Frau Dr. Hildegard Hagemann  
Deutsche Kommission Justitia et Pax, Deutschland

Pater Dr. Peter Henriot SJ  
Zentrum der Jesuiten für theologische Reflektion  
Jesuit Centre of Theological Reflection (JCTR), Sambia

Frau Daisy Herman  
Internationale katholische Landbewegung  
International Catholic Rural Movement (FIMARC), Belgien

Herr Joerg Hilgers  
Exposure- und Dialogprogramme e.V, (EDP), Deutschland

Herr Hans-Jürgen Hinzer  
Gewerkschaft Nahrung, Genuss, Gaststätten (NGG), Deutschland

Frau Bärbel Höhn  
Mitglied des Deutschen Bundestages, Deutschland

Herr Eugene Kabilika  
Caritas Sambia

Herr Edmond Kangamungagu  
Caritas Sambia

Herr Humphrey Katotoka  
Zentrum der Jesuiten für theologische Reflektion  
Jesuit Centre of Theological Reflection (JCTR), Sambia

Herr Dr. David Kaulem  
Afrikanisches Forum für Katholische Soziallehre  
African Forum for Catholic Social Teaching (AFCAST), Simbabwe

Bruder Mathias Kayondo  
Caritas Kasanaensis, Uganda

Herr Ulrich Kelber  
Mitglied des Deutschen Bundestages, Deutschland

Herr David Kiiza  
Rukararwe Partnership, Uganda

Frau Anke Kurat  
Verband der Nicht-Regierungsorganisationen (VENRO), Deutschland

Herr Mwananyanda Mbikusita Lewanika  
National Institute for Scientific and Industrial Research (NISIR), Sambia

Frau Annette Malulu  
Caritas Sambia

Herr Musonda Mofu  
Nationale Nahrungsmittel- und Ernährungs-Kommission, Sambia  
National Food & Nutrition Commission of Zambia

Frau Hilary Muheezangango  
Caritas Luweero, Uganda

Herr Simon Mumbwa  
Kleinbauern Forum im Osten und südlichen Afrika  
East and Southern African Small-Scale Farmers Forum (ESAFF), Zambia

Herr Muwene Muwene  
Zentrum der Jesuiten für theologische Reflektion  
Jesuit Centre of Theological Reflection (JCTR), Zambia

Herr Cosmore Mwaanga  
Ministerium für Landwirtschaft und Genossenschaften  
Ministry of Agriculture and Cooperatives, Zambia

Herr Kelvin C. Mwanza  
Zivilgesellschaftliches Netzwerk zur Bekämpfung der Armut  
Civil Society for Poverty Reduction (CSPR), Zambia

Frau Angela Mwape Mulenga  
CUTS - VERBRAUCHER Einheit und Vertrauen GESELLSCHAFT  
Zentrum für internationalen Handel, Wirtschaft und Umwelt  
Consumers' Unity and Trust Society (CUTS-ARC), Zambia

Frau Lali Naidoo  
Landwirtschaftliches Forschungsprojekt am Ost-Kap  
Eastern Cape Agricultural Research Project (ECARP), Südafrika

Herr Martin Njobvu  
Hilfsorganisation Parmalat, Zambia

Peter Spencer J. Nyendwa  
Diözese Monze, Referat Entwicklung  
Diocese of Monze, Development Dept., Zambia

Herr Solomon Phiri  
Caritas Monze, Zambia

Frau Birgit Pickel  
Deutsche Botschaft in Zambia

Frau Dr. Gudrun Rieger-Ndakorerwa  
Deutscher Entwicklungsdienst (DED), Zambia

Frau Luise Richard  
Journalistin, Deutschland

Frau Ina von Schlichting  
Exposure- und Dialogprogramme e.V, (EDP), Deutschland

Frau Dr. Evita Schmieg  
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ),  
Deutschland

Herr Hermann Schuten  
Internationaler ländlicher Entwicklungsdienst der Katholischen Landvolk-  
bewegung, Deutschland

Herr Burton Shinganga  
Eastern and Southern African Farmers' Forum (ESAFF), Sambia

Herr Brian Ssebunya  
AMFRI Farms, Uganda

Frau Anja Tomic  
Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GTZ), Deutschland

Frau Dr. Renate Vogelsang  
Deutsche Botschaft in Südafrika

Herr Prof. Dr. Markus Vogt  
Universität München, Deutschland

### **Referenten:**

Frau Barbara Fischer  
Deutsch-Simbabwische Gesellschaft, Simbabwe

Frau Margareta Rumpf  
Namibia

### **Konferenz-Assistentin:**

Frau Susan Kirimania  
Zentrum der Jesuiten für theologische Reflektion  
Jesuit Centre of Theological Reflection (JCTR), Sambia



## Partnerorganisationen

### **African Forum for Catholic Social Teaching (AFCAST)**

16 Link Road, Mount Pleasant, P.O. BOX 320, Mt. Pleasant/Simbabwe,  
Tel/Fax: +263-4-745 411 Ext 150, e-mail: [website@afcast.org.zw](mailto:website@afcast.org.zw)

### **Amfri Farms Ltd / African Organic**

P.O.Box 29078, Kampala/Uganda, Tel: +256-41-286691 - Fax: +256-41-286692

### **Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

Dahlmannstraße 4, 53113 Bonn, Tel: 0228/99535-0 - Fax: 0228/99535-3500  
e-mail: [info@bmz.bund.de](mailto:info@bmz.bund.de)

### **Caritas Kasanaensis / Caritas Luwero / Uganda**

Office of Service Development & Peace, Kasana-Luwero Diocese,  
P.O. BOX 303, Luwero/Uganda, Homepage: <http://www.kasanaluweero diocese.org>

### **Caritas Monze / Caritas Zambia / Zambia**

Caritas Zambia, Kapingila House, Kabulonga Road, Plot BRT6, P.O Box 31965, Lusaka-Sambia  
Tel: + +260-211-26080/261789 - Fax: + +260-211-260950,  
e-mail: [caritazambia@iconnect.zm](mailto:caritazambia@iconnect.zm)

### **Consumers' Unity and Trust Society (CUTS-ARC), Zambia**

181 B, Bishop Road, Kabulonga, Box 50882, Lusaka/Sambia,  
Tel: 260-211-266234 - Fax: 260-211-261600, e-mail: [info@cstnz.co.zm](mailto:info@cstnz.co.zm)

### **Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)**

Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, 65760 Eschborn, Tel: 06196-79-0 - Fax 06196-79-1115  
e-mail: [info@gtz.de](mailto:info@gtz.de)

### **East Cape Agricultural Research Project (ECARP)**

P O Box 855, Grahamstown 6140/Südafrika, Tel + +46-622-5429 - Fax: + +46-6222617,  
e-mail: [ecarp@imagnet.co.za](mailto:ecarp@imagnet.co.za)

### **Eastern and Southern African Farmers' Forum (ESAFF), Zambia**

P.O Box 30443, Lusaka/Sambia. Tel: +260-1-295376, Fax +260-1-295392,  
E.mail: [mubangakasakula@yahoo.co.uk](mailto:mubangakasakula@yahoo.co.uk)

### **Exposure- und Dialogprogramme e.V. (EDP)**

Kaiser-Friedrich-Str. 9, 53113 Bonn, Tel: 0228-103337 - Fax: 0228-2439-532  
e-mail: [edp@exposure-dialog.de](mailto:edp@exposure-dialog.de)

### **Gewerkschaft Nahrung-Genuss-Gaststätten (NGG), Hauptverwaltung**

Haubachstr. 76, 22765 Hamburg, Tel.: 040/38013-0 - Fax: 040/3892637  
e-mail: [hauptverwaltung@ngg.net](mailto:hauptverwaltung@ngg.net)

### **International Catholic Rural Movement (FIMARC), Belgien**

Rue Maurice Jaumain, 15, 5330 Assesse/Belgien,  
Tel: + +83/65.51.92 - Fax: + +83/65.62.56, e-mail: [contact@acrf.be](mailto:contact@acrf.be)

**International Movement of catholic Rural Youth (IMCARY)**

International Secretariat, 53, Rue J. Coosemans, 1030 Brüssel/Belgien  
Tel: + + 32-2-734-92-11 - Fax: + + 32-2-734-92-25, e-Mail: [world@mijarc.net](mailto:world@mijarc.net)

**Jesuit Centre of Theological Reflection (JCTR), Sambia**

P.O. Box 37774, Lusaka, 10101/Sambia,  
Tel: + + 260-211-290410 - Fax: + + 260-211-290759, e-mail: [infojctr@jesuits.org.zm](mailto:infojctr@jesuits.org.zm)

**KAÏTO Projekt GmbH**

Pettenkoferstr. 24, RGB, 80336 München, Tel: 089-5454-6147 - Fax: 089-5454-6152  
e-mail: [info@kaito-afrika.de](mailto:info@kaito-afrika.de)

**Kasisi Agricultural Trainig Centre (KATC) Zambia**

Lusaka/Sambia

**Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)**

Drachenfelsstr. 23, 53604 Bad Honnef-Rhöndorf, Tel: 02224-71031 - Fax: 02224-78971,  
e-mail: [ild@klb-deutschland.de](mailto:ild@klb-deutschland.de)

**Rukararwe Partnership, Uganda**

PO. Box 275, Bushenyi/Uganda, Tel: + + 256-77-339953, e-mail: [teljeff@yahoo.com](mailto:teljeff@yahoo.com)

**Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)**

Kaiserstrasse 201, 53113 Bonn, Tel: 0228-94677-0 - Fax: 0228-94677-99  
e-mail: [sekretariat@venro.org](mailto:sekretariat@venro.org)

## JCTR BASIC NEEDS BASKET: LUSAKA February 2009

### (A) COST OF BASIC FOOD ITEMS FOR A FAMILY OF SIX IN LUSAKA

| Commodity               | Kwacha | Quantity       | Total            |
|-------------------------|--------|----------------|------------------|
| Mealie meal (breakfast) | 60,000 | 3 x 25 Kg bags | 180,000          |
| Beans                   | 7,900  | 2 Kgs          | 15,800           |
| Kapenta (Siavonga)      | 45,500 | 2 Kgs          | 91,000           |
| Dry Fish                | 80,000 | 1 Kg           | 80,000           |
| Meat (mixed cut)        | 17,400 | 4 Kgs          | 69,600           |
| Eggs                    | 6,700  | 2 Units        | 13,400           |
| Vegetables (greens)     | 7,500  | 7.5 Kgs        | 56,250           |
| Tomato                  | 5,200  | 4 Kgs          | 20,800           |
| Onion                   | 4,400  | 4 Kgs          | 17,600           |
| Milk (fresh)            | 10,000 | 1 x 2 litres   | 10,000           |
| Cooking oil             | 28,400 | 2 x 2 litres   | 56,800           |
| Bread                   | 3,700  | 1 loaf/day     | 111,000          |
| Sugar                   | 5,000  | 8 Kgs          | 40,000           |
| Salt                    | 2,000  | 1 Kg           | 2,000            |
| Tea (leaves)            | 10,000 | 1 x 500 g      | 10,000           |
| <b>Sub-total</b>        |        |                | <b>K774, 250</b> |

### (B) COST OF ESSENTIAL NON-FOOD ITEMS

|                                |           |                |                    |
|--------------------------------|-----------|----------------|--------------------|
| Charcoal                       | 57,500    | 2 x 90 Kg bags | 115,000            |
| Soap (Lifebuoy)                | 1,800     | 10 tablets     | 18,000             |
| Wash soap (Boom)               | 4,100     | 4 x 400 g      | 16,400             |
| Jelly (e.g., Vaseline)         | 8,700     | 1 x 500 ml     | 8,700              |
| Electricity (medium density)   | 53,000    | 300 units      | 53,000             |
| Water & Sanitation (med-fixed) | 114,530   |                | 114,530            |
| Housing (medium density)       | 1,100,000 |                | 1,100,000          |
| <b>Sub-total</b>               |           |                | <b>K1, 425,630</b> |

**Total for Basic Needs Basket**

**K2, 199,880**

| Totals from Previous mon | Feb 08    | Mar 08    | Apr 08    | May 08    | Jun 08    | Jul 08    | Aug 08    | Sep 08    | Oct 08    | Nov 08    | Dec 08    | Jan 09    |
|--------------------------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| Amount                   | 1.870.650 | 1.880.300 | 1.939.800 | 1.931.350 | 1.941.350 | 1.893.150 | 1.834.100 | 1.828.100 | 1.854.850 | 1.914.450 | 1.934.950 | 2.186.980 |

### (C) SOME OTHER ADDITIONAL COSTS

| Item                         | Kwacha              | Item                             | Kwacha  |
|------------------------------|---------------------|----------------------------------|---------|
| Education                    |                     | Transport (bus fare round trip): |         |
| Grades 8-9 (User+PTA/year)   | K300,000 – K420,000 | Chilenje-Town                    | K5,600  |
| Grades 10-12 (User+PTA/year) | K500,000 – K720,000 | Chelston-Town                    | K6,800  |
| School Uniform (grades 8-12) | K 90,000 – K180,000 | Matero-Town                      | K5,000  |
| Health (clinic)              |                     | Fuel (cost at the pump)          |         |
| 3 Month Scheme (per person)  | K 5, 000            | Petrol (per litre)               | K5, 818 |
| No Scheme Emergency Fee      | K 5, 500            | Diesel (per litre)               | K5, 417 |
| Mosquito Net (private)       | K15, 000 – K20, 000 | Paraffin (per litre)             |         |

*“The government should introduce Community Hammer Mills to address high mealie meal prices”... Kanyama resident*

### (D) SOME COMPARATIVE FIGURES OF WAGES--"TAKE HOME PAY"

|          | Teacher                  | Nurse                    | Guard with Security Firm | Secretary in Civil Service | Average Monthly Income in Urban Low-Cost Area - CSO | Piecoworker on a Farm     |
|----------|--------------------------|--------------------------|--------------------------|----------------------------|---|---------------------------|
| Pay Slip | K1,145,300 to K1,631,600 | K1,121,000 to K2,624,000 | K300,000 to K750,000     | K915,000 to K1,480,000     | 645,326 (between October 2004 and January 2005)     | K3,000 to K15,000 per day |

*This survey was conducted on 28<sup>th</sup> February 2009 by the Social Conditions Programme of the Jesuit Centre for Theological Reflection. Average prices were calculated on the basis of prices gathered from retail outlets at Northmead, Shopleft (Kafue Road), City Market, Chawama, Chainta, Kabwata, Matero and schools, clinics/hospitals around Lusaka. The February Basic Needs Basket is approximately US\$393 based upon an average middle exchange rate of 5601 Kwacha per US\$ at the end of February.*

Jesuit Centre for Theological Reflection, P.O. Box 37774, 10101 Lusaka, Zambia  
Tel: 260-211-290-410 Fax: 260-211-290-759 E-mail: [socialjctr@jesuits.org.zm](mailto:socialjctr@jesuits.org.zm) Internet: [www.jctr.org.zm](http://www.jctr.org.zm)  
Location: Luwisha House, Plot 5880 Great East Road (opposite UNZA main gate), Lusaka

## Abkürzungsverzeichnis

|                 |  |
|-----------------|--|
| ACP/AKP         | African, Caribbean and Pacific Group of States<br>Afrikanische, Karibische, Pazifische Staatengruppe                                   |
| Amfri           | Amfri Farms Limited, Kampala, Uganda.<br>The company grows and exports organic fruits and vegetables and is certified to EU standards. |
| AOA             | Agreement on Agriculture   |
| BMZ             | Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit,<br>Bonn  |
| CO <sub>2</sub> | Kohlendioxid, Treibhausgas   |
| CUTS/CUTS-ARC   | Consumers' Unity and Trust Society, Sambia   |
| ECARP           | Eastern Cape Agricultural Research Project   |
| ECSR            | European Committee of Social Rights  |
| EDP             | Exposure- und Dialogprogramm des EDP e.V.  |
| EPA             | Economic Partnership Agreement,<br>Freihandelsabkommen zwischen EU- und Entwicklungsland   |
| EU              | Europäische Union  |
| FAO             | Food and Agricultural Organization from the United Nations   |
| FIMARC          | International Federation of Rural Adult Catholic Movements,<br>Belgien   |
| FSP             | Fertilizer Support Program   |
| FTA             | Free Trade Agreement,<br>Freihandelsabkommen oder auch Free Trade Area,<br>Freihandelszone   |
| GDP             | Gross Domestic Product,<br>Brutto-Sozial-Produkt eines Landes  |
| GMO/GVO         | Genetically Modified Organism,<br>Genetisch Veränderte Organismen  |
| HIV/Aids        | Human immunodeficiency virus,<br>humanes Immundefizienz Virus  |
| ICESR           | International Covenant on Economic, Social and Cultural<br>Rights, United Nations  |
| ILO/IAO         | International Labour Organization<br>Internationale Arbeitsorganisation  |
| IMF/IWF         | International Monetary Fund,<br>Internationaler Währungsfonds  |

|            |  |
|------------|--|
| IPCC       | Intergovernmental Panel of Climate Change, leading body for the assessment of climate change, established by the United Nations Environment Programme (UNEP) and the World Meteorological Organization (WMO) |
| JCTR       | Jesuit Centre for Theological Reflection, Lusaka/Sambia  |
| LDC-Länder | Least Developed Countries, am wenigsten entwickelte Länder   |
| MdB        | Mitglied des deutschen Bundestages   |
| MDG        | Millennium Development Goals   |
| NGO/NRO    | Non-Governmental Organization, Nichtregierungsorganisationen   |
| NISR       | National Institute of Scientific Research  |
| SPS        | WTO Sanitary and Phytosanitary Standards, Programm für die Einhaltung der internationalen gesundheitspolizeilichen und pflanzenschutzrechtlichen Maßnahmen   |
| UN/VN      | United Nations / Vereinte Nationen   |
| WTO/WHO    | World Trade Organization / Welthandelsorganisation   |

## Entwicklungspolitik

Gerechtigkeit für alle. Zur Grundlegung kirchlicher Entwicklungsarbeit. 1991; bearb. Auflage 2009 (Einzelexemplar kostenlos)  
E 12 ISBN 978-3-940137-28-9

Neue Wege zur Lösung der internationalen Schuldenfrage. Stellungnahme der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1999.  
E 15 (Einzelex. kostenl.) ISBN 978-3-932535-35-2

Reform des Welthandels. Die Reform der Welthandelsorganisation und die Interessen der Armen. Das TRIPS-Abkommen bedroht die Menschenrechte der Armen. 2001  
(Einzelex. kostenl.) ISBN 978-3-932535-55-0

Walter Eberlei  
Partizipation in der Armutsbekämpfung. Mindeststandards für zivilgesellschaftliche Beteiligung in nationalen PRS-Prozessen. 2002. 47 S.  
ARB 96 € 3,-- ISBN 978-3-932535-58-1

Roter Faden Partizipation  
Erklärungen und Untersuchungen zur Partizipationsorientierung der Poverty Reduction Strategy Prozesse und des Cotonou-Abkommens der AKP- und EU-Länder. 2004. 57 S.  
Heft 105 € 3,-- ISBN 978-3-932535-78-9

Agrarhandel als Testfall für gerechte Welthandelsbedingungen. Gemeinsames Positionspapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax, der Katholischen Landvolkbewegung und der Katholischen Landjugendbewegung. Deutsch/englisch. 2005. 64 S.  
Heft 108 € 3,-- ISBN 978-3-932535-89-5

Le commerce agricole, opportunité de tester l'équité du commerce mondial. / Comércio Agrário como Caso de Teste para Condições de Comércio Mundial Justo. 2006. 74 S.  
Heft 108f/p € 3,-- ISBN 978-3-932535-95-6

Organisieren – Nicht Resignieren  
Armutsbekämpfung durch die Umsetzung des Rechts auf Vereinigungsfreiheit in der informellen Wirtschaft. Dokumentation eines Vorhabens der Deutschen Kommission Justitia et Pax 2003–2006. 2006. 105 S.  
Heft 110 € 4,-- ISBN 978-3-932535-94-9

Organise – don't resign  
Fighting poverty through the implementation of the right to organise in the informal economy. Documentation of a project of the German Commission for Justice and Peace 2003 – 2006. 2007. 95 p.  
Heft 110e € 4,-- ISBN 978-3-932535-99-4

Hay que organizarse - No hay que resignarse  
Combatir la pobreza en la economía informal con el derecho de libertad de asociación. Documentación de un proyecto realizado por la Comisión Alemana Justicia y Paz entre 2003 y 2006. 2007. 106 p.  
Heft 110sp € 4,-- ISBN 978-3-940137-03-0

Heft 110s € 4,-- ISBN 978-3-940137-03-6  
New Chances for Participatory Processes in Development Cooperation. A Dialogue of Justice and Peace Structures in Africa and Europe 2005-2007 2008. 169 p.  
Heft 114 € 4,-- ISBN 978-3-940137-09-8

Nouvelles chances pour les processus de participation dans la coopération au développement. Dialogue entre les structures de Justice et Paix en Afrique et en Europe entre 2005 et 2007. 2008. 191 p.  
Heft 114f € 4,-- ISBN 978-3-940137-18-0

Integrale Entwicklung für alle - wie lernfähig ist die westliche Welt? Dokumentation der Tagung "40 Jahre Justitia et Pax". 2008. 167 S.  
Heft 116 € 4,-- ISBN 978-3-940137-13-5

Ernährungssicherung und Energieversorgung zwischen Eigeninteressen und globaler Gerechtigkeit. Internationale Experten Dialog-Konferenz 3. und 4. April 2009, Lusaka, Sambia. 2010. 117 S.  
Heft 120 € 4,-- ISBN 978-3-940137-31-9

Food Security and Energy Supply between Self-Interest and Global Justice International Experts Dialogue Conference 3 and 4 April 2009, Lusaka, Zambia. 2010. 110 p.  
Heft 121 € 4,-- ISBN 978-3-940137-32-6

**Frieden / Sicherheit  
Versöhnung**

Peter Schulte-Holtey  
Minen wissen nicht, wann Frieden ist. Bericht und Dokumente zum Engagement des Bundesdeutschen Initiativkreises für das Verbot von Landminen. 1996. 148 S.  
ARB 79 € 4,-- ISBN 978-3-928214-84-1

Jörg Lürer  
Einmischung zum Schutz der Menschenrechte mit militärischen Mitteln? Beiträge zur aktuellen Diskussion. 1998. 53 S.  
ARB 88 € 3,-- ISBN 978-3-932535-21-5

Wehrdienst oder Kriegsdienstverweigerung? Ethische Überlegungen zur aktuellen Entwicklung bezüglich der Gründe und Motive junger Männer für die Kriegsdienstverweigerung. Vorgelegt von der Ständigen Arbeitsgruppe Dienste für den Frieden der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1997. 28 S.  
ARB 84 € 1,-- ISBN 978-3-932535-04-8

Der Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. Vorgeschichte, Ausbruch und Verlauf. Nicht-militärische und militärische Interventionsmöglichkeiten aus ethischer und politikwissenschaftlicher Sicht. Hrg. von der Arbeitsgruppe Sicherheitspolitik der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1994. 100 S.  
ARB 66 € 3,-- ISBN 978-3-928214-41-4

Erfahrungen aus dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. Teil I: Analysen und Empfehlungen. Vorgelegt von der Projektgruppe Gerechter Frieden der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1997. 80 S.  
ARB 87 € 3,-- ISBN 978-3-932535-08-6

Thomas Hoppe / Jörg Lürer  
Erfahrungen aus dem Konflikt im ehemaligen Jugoslawien. Teil II: Dokumentation eines Workshops. Durchgeführt von der Projektgruppe Gerechter Frieden der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1997. 135 S.  
DOK 40 € 4,-- ISBN 978-3-932535-05-5

Versöhnung suchen - Leben gewinnen. Texte und Materialien zu den Ökumenischen Versammlungen in Erfurt und Graz. Eine Handreichung der Projektgruppe Versöhnung der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1996. 94 S.  
ARB 73 € 3,-- ISBN 978-3-928214-78-0

Versöhnung - Gabe Gottes und Quelle neuen Lebens. Texte und Materialien zur Zweiten Europäischen Ökumenischen Versammlung in Graz 1997. Eine Handreichung der Projektgruppe Versöhnung der Deutschen Kommission Justitia et Pax. Teil 1. 1997. 26 S.  
ARB 83 € 1,-- ISBN 978-3-928214-96-4

Versöhnung zwischen Ost und West? Möglichkeiten und Bedingungen christlichen Versöhnungshandelns. Eine Handreichung der Projektgruppe Versöhnung der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1997. 160 S.  
ARB 86 € 4,-- ISBN 978-3-932535-07-9

Reconciliation between East and West?  
1998. 148 P.  
ARB 86e € 4,-- ISBN 978-3-932535-15-4

Reconciliation entre l'Ouest et l'Est?  
1998. 149 S.  
ARB 86f € 4,-- ISBN 978-3-932535-16-1

Versöhnung zwischen Ost und West? Russischsprachige Ausgabe von ARB 86.  
1998. 133 S.  
ARB 86r € 4,-- ISBN 978-3-932535-17-8

Dieter Grande  
Without memory there will be no reconciliation. Approaches to, and reflections on, a Charta Memoriae. 2000. 90 S.  
DOK41e € 4,-- ISBN 978-3-932535-46-8

Der deutsch-deutsche Umgang mit der SED-Vergangenheit. Perspektiven kirchlichen Handelns. Dokumentation eines Workshops in der Forschungs- und Gedenkstätte Normanenstraße in Berlin. Herausgegeben von Dieter Grande. 2001. 75 S.  
DOK 42 € 3,-- ISBN 978-3-932535-32-1

Zatschistka - Säuberung. Verletzung der Menschenrechte und der Normen des humanitären Völkerrechts im bewaffneten Konflikt in Tschetschenien. Dokumentation der russischen Menschenrechtsorganisation „MEMORIAL“ zum Massaker an der Bevölkerung des Dorfes Nowyje Aldy am 5. Februar 2000. 2001. 78 S.  
DOK 43 € 3,-- ISBN 978-3-932535-49-9

Axel Heinrich  
Schuld und Versöhnung. Zum Umgang mit belasteter Vergangenheit in systematisch-theologischen und pastoral-praktischen Diskursen seit dem Zweiten Vatikanum. 2001. 75 S.  
ARB 95 € 3,-- ISBN 978-3-932535-44-4

Dieter Grande  
Dem Frieden eine Chance. Die Arbeit von Justitia et Pax in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR). 2003. 97 S.  
Heft 97 € 3,-- ISBN 978-3-932535-65-9

Erinnerung, Wahrheit, Gerechtigkeit. Empfehlungen zum Umgang mit belasteter Vergangenheit. Handreichung der Projektgruppe Versöhnung. 2004. 44 S.  
Heft 102 € 3,-- ISBN 978-3-932535-74-1

Memory, Truth, Justice. Recommendations on Dealing with Burdened Past. 2004. 42 S.  
Heft 102e € 3,-- ISBN 978-3-932535-82-6

Souvenir, vérité, justice. Recommandations sur l'abord d'un passé douloureux. 2004. 46 S.  
Heft 102f € 3,-- ISBN 978-3-932535-81-9

Memoria, Verdad, Justicia. Recomendaciones para afrontar un pasado lastrado. 2004. 46 S.  
Heft 102sp € 3,-- ISBN 978-3-932535-12-3

Sjećanje, istina, pravda. Preporuke za ophođenje s opterećenom prošlošću. 2004. 39 S.  
Heft 102kr € 3,-- ISBN 978-3-932535-80-2

Pamięć, prawda, sprawiedliwość. Zalecenia dotyczące podejścia do trudnej przeszłości. 2004. 42 S.  
Heft 102pol € 3,-- ISBN 978-3-932535-14-7

Kirchliches Verständnis vom Dienst am Frieden - Dienste für den Frieden. Grundlagenpapier der Arbeitsgruppe Dienste für den Frieden. 2004. 55 S.  
Heft 103 € 3,-- ISBN 978-3-932535-75-8

Kirchliches Verständnis vom Dienst am Frieden - dienste für den Frieden. Aktualisiertes Grundlagenpapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 2008. 65 S.  
Heft 103 € 3,-- ISBN 978-3-940137-19-7  
(neubearb. und erw. Auflage)

Axel Heinrich  
Denkmuster zur Eindämmung und zur Legitimation von Gewalt im Christentum und im Islam. 2006. 78 S.  
Heft 109 € 3,-- ISBN 978-3-932535-93-2

Annette Meuthrath  
Gewaltpotentiale im Hinduismus. 2007. 44 S.  
Heft 112 € 3,-- ISBN 978-3-940137-00-5

Die wachsende Bedeutung nuklearer Rüstung. Herausforderung für Friedensethik und Politik. 2008. 66 S.  
Heft 113 € 3,-- ISBN 978-3-940137-08-1

The growing significance of nuclear armaments. A challenge for the ethics of peace and the political sphere. 2008. 66 S.  
Heft 113e € 3,-- ISBN 978-3-940137-15-9

Matthias Gillner  
Gewissensfreiheit unter den Bedingungen von Befehl und Gehorsam. Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 21. Juni 2005 zur Gewissensfreiheit des Soldaten und die katholische Lehre von der Kriegsdienst- und Gehorsamsverweigerung aus Gewissensgründen. 2008. 56 S.  
Heft 117 € 3,-- ISBN 978-3-940137-16-6



## Menschenrechte

Udo Marquardt

Bedrohung Islam? Christen und Muslime in der Bundesrepublik Deutschland. 1996. 75 S.  
ARB 72 € 3,-- ISBN 978-3-928214-73-5

Udo Marquardt

Miteinander leben. Christen und Muslime in der Bundesrepublik Deutschland. 1996. 168 S.  
ARB 77 € 4,-- ISBN 978-3-928214-82-7

Alexander M. Schweitzer

Gleichberechtigung - Entwicklung - Frieden. Die Pekinger Weltfrauenkonferenz 1995. Eine Handreichung der Projektgruppe Frauen und Menschenrechte. 1998. 78 S.  
ARB 78 € 3,-- ISBN 978-3-928214-83-4

Vergewaltigt - Verschwunden - Versöhnt. Versöhnung mit dem Leben angesichts von Menschenrechtsverletzungen an Frauen in Friedens- und Kriegszeiten. Eine Handreichung der Projektgruppe Frauen und Menschenrechte der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1998. 50 S.

ARB 85 € 3,-- ISBN 978-3-932535-06-2

Peter von Wogau

Wege aus der Gewalt, Exposure- und Dialogprogramm „Solidarität im Einsatz gegen Gewalt an Frauen“. Eine Handreichung der Projektgruppe Frauen und Menschenrechte der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 1999. 147 S.

ARB 89 € 4,-- ISBN 978-3-932535-29-1

Maria-Christine Zauzich

Bevölkerungspolitik und Menschenrechte. Journalistische Untersuchung zur Situation in Peru. 2000. 151 S.

ARB 91 € 4,-- ISBN 978-3-932535-39-0

Michael Sierck (Hg.)

Die Todesstrafe. Bestandsaufnahme und Bewertung aus kirchlicher Sicht. 1992. IV + 156 S.  
DOK 33 € 4,-- ISBN 978-3-928214-11-7

Cornelia Marschall/Monika Pankoke-Schenk (Hg.)  
Gewalt gegen Frauen.

Dokumentation einer Fachtagung der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 2001. 150 S.  
DOK 44 € 4,-- ISBN 978-3-932535-53-6

REPORT ON THE STATE OF HUMAN RIGHTS IN BOSNIA & HERZEGOVINA IN THE YEAR 2002. IZVJEŠĆE O STANJU LJUDSKIH PRAVA U BIH 2002. GODINU. Presented by the Justice and Peace Commission of Bosnia- Herzegovina. 2003. 86 S.

Heft 99 € 3,-- ISBN 978-3-932535-69-7

Man hört nichts mehr von Unrecht in deinem Land. Zur Menschenrechtsarbeit der katholischen Kirche. Herausgegeben von Daniel Bogner und Stefan Herbst. 2004. 130 S.

Heft 100 € 4,-- ISBN 978-3-932535-71-0

REPORT ON THE STATE OF HUMAN RIGHTS IN BOSNIA & HERZEGOVINA IN THE YEAR 2003. IZVJEŠĆE O STANJU LJUDSKIH PRAVA U BOSNI I HERCEGOVINI ZA 2003. GODINU. Presented by the Justice and Peace Commission of B&H. 2004. 86 S.

Heft 101 € 3,-- ISBN 978-3-932535-73-4

Geschlechtergerechtigkeit und weltkirchliches Handeln. Ein Impulspapier der Deutschen Kommission Justitia et Pax. 2004. 58 S.

Heft 104 € 3,-- ISBN 978-3-932535-76-5

Religion und Demokratie.

Muslimische und christliche Perspektiven. Dokumentation zu einem interreligiösen Besuchs- und Dialogprogramm mit Gästen aus Indonesien. 2004. 73 S.

Heft 106 € 3,-- ISBN 978-3-932535-79-6

REPORT ON THE STATE OF HUMAN RIGHTS IN BOSNIA & HERZEGOVINA IN THE YEAR 2004. Presented by the Justice and Peace Commission of B&H. 2005. 126 S.

Heft 107 € 4,-- ISBN 978-3-932535-84-0

REPORT ON THE STATE OF HUMAN RIGHTS IN BOSNIA & HERZEGOVINA IN THE YEAR 2006. Presented by the Justice and Peace Commission of B&H. 2007. 75 Seiten.

Heft 111 € 3,-- ISBN 978-3-932535-98-7

REPORT ON THE STATE OF HUMAN RIGHTS  
IN BOSNIA AND HERZEGOVINA IN THE YEAR  
2007. IZVJEŠĆE O STANJU LJUDSKIH PRAVA  
U BOSNI I HERCEGOVINI ZA 2007. GODINU.  
Presented by the Justice and Peace Commis-  
sion of B&H.  
2008. 78 Seiten.  
Heft 115 € 3,-- ISBN 978-3-940137-12-8

Religionsfreiheit - gegenwärtige Herausforde-  
rungen aus christlicher Sicht.  
2009. 112 Seiten.  
Heft 118 € 4,-- ISBN 978-3-940137-21-0

REPORT ON THE STATE OF HUMAN RIGHTS IN  
BOSNIA AND HERZEGOVINA IN THE YEAR 2008.  
Izvješće O STANJU LJUDSKIH PRAVA U BOSNI I  
HERCEGOVINI ZA 2008. GODINU. Presented by  
the Justice and Peace Commission of B&H.  
2009. 111 Seiten.  
Heft 119 € 4,-- ISBN 978-3-940137-25-8

REPORT ON THE STATE OF HUMAN RIGHTS IN  
BOSNIA AND HERZEGOVINA IN THE YEAR 2009.  
Izvješće O STANJU LJUDSKIH PRAVA U BOSNI I  
HERCEGOVINI ZA 2009. GODINU. Presented by  
the Justice and Peace Commission of B&H.  
2010. 112 Seiten.  
Heft 122 € 4,00 ISBN 978-3-940137-34-0

**Deutsche Kommission  
Justitia et Pax**

Geschäftsstelle  
Kaiserstr. 161  
53113 Bonn

Tel: 0228 - 103 217 / Fax: 0228 - 103 318  
e-mail: [justitia-et-pax@dbk.de](mailto:justitia-et-pax@dbk.de)  
[www: justitia-et-pax.de](http://www.justitia-et-pax.de)